

DNA

Die neuen Antworten

geben wir gemeinsam

Die neuen Antworten geben wir gemeinsam.

DNA – Das neue Arbeitsprogramm des ÖAAB.



Inhalt

Vorwort ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger	6	
Vorwort ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits.....	7	
Neun Länder. Unsere gemeinsame DNA	8	
Präambel	10	
Kapitel 1: Die neuen Antworten für Gemeinschaft und Gesellschaft		
Unsere Grundsätze	14	
Die neuen Antworten für Österreichs Kunst und Kultur	16	
Die neuen Antworten für Österreichs Medien	18	
Kapitel 2: Die neuen Antworten für Lebensqualität im Zusammenleben		
Die neuen Antworten für leistbares Wohnen in Österreich.....	22	
Die neuen Antworten für Österreichs Vereine und das Ehrenamt.....	25	
Die neuen Antworten für Österreichs Familien	29	
Die neuen Antworten für die Jugend in Österreich.....	32	
Kapitel 3: Die neuen Antworten auf Zukunftsfragen unserer Arbeit.....		36
Kapitel 4: Die neuen Antworten für ein soziales und gesundes Leben		
Die neuen Antworten für eine nachhaltige Pflege in Österreich	48	
Die neuen Antworten für die Gesundheit Österreichs.....	52	
Die neuen Antworten für den Sport in Österreich	57	
Die neuen Antworten für Österreichs Menschen mit Behinderungen	59	
Kapitel 5: Die neuen Antworten für Generationen und lebenslanges Lernen		
Die neuen Antworten für unser Pensionssystem.....	64	
Die neuen Antworten für einen erfolgreichen Bildungs- und Ausbildungsweg.....	66	
Kapitel 6: Die neuen Antworten für Regionalität und Digitalisierung		
Die neuen Antworten für den ländlichen Raum	76	
Die neuen Antworten für ein digitales Österreich	79	
Die neuen Antworten für mehr Chancengleichheit für Frauen	81	
Kapitel 7: Die neuen Antworten für Mobilität und Morgen		
Die neuen Antworten für Österreichs Umwelt und Naturraum	88	
Die neuen Antworten für Österreichs Verkehr	92	
Kapitel 8: Die neuen Antworten für unsere Sicherheit		
Die neuen Antworten für Österreichs Verfassung	98	
Die neuen Antworten für unseren Rechtsstaat.....	99	
Die neuen Antworten für unsere Sicherheit.....	101	
Die neuen Antworten für Österreichs Landesverteidigung.....	103	
Kapitel 9: Die neuen Antworten für Regionen und Nationen		108
Schlusswort.....	112	



August Wöginger ÖAAB-Bundesobmann

Die neuen Antworten geben wir gemeinsam! Unter diesem Motto starteten wir den größten Reformprozess in der Geschichte des ÖAAB. Das Ziel war es den Prozess möglichst breit anzulegen und viele Mitglieder einzubinden. Über 350 Personen aus ganz Österreich arbeiteten über fünf Monate an diesem Programm. Ihnen gilt mein großer Dank. Die neun Bundesländer übernahmen dabei die Verantwortung über Themenkreise und waren wichtige Impulsgeber. Es sind die Antworten auf die Aufgaben der Arbeitswelt von morgen.

Es ist unser Anspruch eine moderne und zukunftsorientierte Vertretung für die arbeitenden Menschen in unserem Land zu sein. Seit 76 Jahren sind wir dabei ein zuverlässiger Partner. Mit unseren Ideen waren wir der Motor für neue Entwicklungen in der Arbeitswelt. Arbeit, Familie, Sicherheit, Bildung sowie soziale und finanzielle Absicherung, das sind die Bereiche, derer sich der ÖAAB laufend annimmt. Mit dem Ziel, Verbesserungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erreichen. Viele sozialpolitische Meilensteine konnten wir konsequent umsetzen und langjährige ÖAAB-Forderungen vortreiben. Eine sozialpolitische Bilanz, die sich sehen lassen kann! Diesen Anspruch für die Zukunft untermauern wir mit diesem Programm.

Das Ziel war dabei, den Menschen eine Perspektive zu geben, von der Geburt bis ins hohe Alter. Wir blicken über den Tellerrand, denn die neuen Antworten finden wir nicht in den Mustern der Vergangenheit. Politik muss zu den Menschen passen, wie sie heute und morgen leben. „Veränderung leben, Werte behalten“ gilt dabei als Grundsatz für unser Handeln.

Die Arbeitswelt der Zukunft schreitet unaufhaltsam voran. Themen wie Digitalisierung, Umwelt oder Mobilität kann man als Gefahr sehen oder als Chance nutzen. Ein wichtiger Faktor ist dabei der ländliche Raum. Die Arbeitsplätze von morgen können in der globalisierten Welt nicht an Österreich vorbeirauschen, sondern müssen durch eine kluge Standortpolitik in unser Land gebracht werden. Unser hoher Standard in Bezug auf die Arbeitsbedingungen und der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen dabei nicht leiden und müssen als Errungenschaften hochgehalten werden.

Als ÖAAB gehen wir voran. Wir werden unserem Anspruch als Ideengeber gerecht und schreiben an der Zukunft mit. Die neue Arbeitswelt kommt und die dadurch erforderlichen neuen Antworten darauf geben wir gemeinsam.

Christoph Zarits

ÖAAB-Generalsekretär



Am 24. April hat Bundesobmann August Wöginger beim ersten Teil des ÖAAB- Bundestages den Startschuss für den Programmprozess gegeben. Der Auftrag an uns war klar: Der ÖAAB war und ist der Ideengeber und Vordenker innerhalb der Volkspartei. Um diesen Anspruch zu erfüllen, ist es für uns wesentlich, den Veränderungen in unserer Arbeitswelt und in der Gesellschaft Rechnung zu tragen und Antworten auf die neuen Fragen zu finden.

In den vergangenen Jahren standen die Lebensrealitäten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Familien und die Kinder, die Aus- und Weiterbildung, das Arbeitsleben bis ins hohe Alter und die Bedürfnisse in der Pension im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir haben uns für sozialverträgliche politische Lösungen eingesetzt. Zahlreiche unserer Forderungen wurden umgesetzt. Dabei haben wir immer den Menschen und seine Anliegen im Fokus gehabt. Nun unterliegt die Arbeits- und Gesellschaftswelt einem Wandel, und es ist unsere Aufgabe als Vordenker Antworten zu diesen Veränderungen zu geben. Diese Veränderungen beziehen sich nicht nur auf die Arbeitsbedingungen, sondern umfassen auch andere Bereiche unseres täglichen Lebens. Das war mit ein Grund, warum wir uns als ÖAAB auch mit Bereichen auseinander

gesetzt haben, die nicht als klassische Arbeitnehmerthemen gelten. Themen wie Kunst und Kultur, Naturraum und Umweltschutz, Sport und Medien finden sich im vorliegenden Programm ebenso wie solche zur Zukunft unserer Arbeitswelt.

Wir sind stolz, dass Vertreterinnen und Vertreter des ÖAAB auf allen Ebenen - auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene - sowie unsere Vertreterinnen und Vertreter in den Gewerkschaften und Kammern an der Erstellung des Programmes mitgewirkt, und ihre Ansichten eingebracht haben.

Gemeinsam wurden die neuen Antworten für viele Bereiche unseres Lebens gefunden: Wir geben Antworten auf Fragen bezüglich Gemeinschaft und Gesellschaft, Sicherheit, Generationen und hinsichtlich des Lebenslangen Lernens, des Zusammenlebens, der Mobilität und des Morgens, der Regionalität und Digitalisierung, der Regionen und Nationen, in Bezug auf Soziales und Gesundheit und der neuen Arbeitswelt. Aber am wichtigsten war und ist uns im gesamten Reformprozess immer gewesen: Die neuen Antworten geben wir als ÖAAB gemeinsam.

Neun Länder.

Unsere gemeinsame DNA.



DNA
Die neuen Antworten
für **Gemeinschaft
und Gesellschaft**

LAbg. Harald Witwer

Landesobmann des ÖAAB Vorarlberg



DNA
Die neuen Antworten
für **Regionalität
und Digitalisierung**

LR Beate Palfrader

Landesobfrau des AAB Tirol



LAbg. Karl Zallinger
Landesobmann des ÖA



Die neuen Antworten
für ein soziales und
gesundes Leben

LH-Stv. Christine Haberlander
Landesobfrau des ÖAAB OÖ



Die neuen Antworten
für Lebensqualität
im Zusammenleben

LR Christiane Teschl-Hofmeister
Landesobfrau des NÖAAB



Die neuen Antworten
für unsere Sicherheit

BM Karl Nehammer
Landesobmann des ÖAAB Wien



Die neuen Antworten
für Mobilität und Morgen

Landesobmann des ÖAAB Salzburg



Die neuen Antworten
auf Zukunftsfragen
unserer Arbeit

LR Christopher Drexler
Landesobmann des Steirischen ÖAAB



Die neuen Antworten
für Regionen
und Nationen

MEP Christian Sagartz
Landesobmann des ÖAAB Burgenland



Die neuen Antworten
für Generationen und
lebenslanges Lernen

Angelika Kuss-Bergner
Landesobfrau des ÖAAB Kärnten



Die neuen Antworten
geben wir gemeinsam

Präambel.

Gute Politik entsteht nicht allein am grünen Tisch – Menschenwürdige Arbeitsbedingungen kann nur schaffen, wer die Arbeitswelt und die Lebensrealitäten kennt.

- 1. Der Österreichische Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund (ÖAAB) ist eine christlich-soziale Bewegung, die glaubwürdige Ideen und Perspektiven für eine bessere Gesellschaft vertritt.** Werte wie jene der Freiheit, der Eigenverantwortung, der Selbstbestimmung und der persönlich gelebten Solidarität sind der Kompass unserer politischen Arbeit. Eine erfolgreiche christlich-soziale Politik orientiert sich immer an der aktuellen Lebenswirklichkeit der Menschen, denn wir setzen nicht auf Ideologien. Wir wollen, dass jede und jeder die Freiheit und die Chancen hat, sich durch Arbeit und Bildung im Leben etwas aufzubauen. Ausgehend von diesem Fundament müssen wir aber auch Antworten auf neue Herausforderungen unserer Zeit geben – Herausforderungen, die mit den Stichworten Digitalisierung, demografische Entwicklung und Globalisierung zwar angedeutet, aber nur unzureichend beschrieben werden. In einer Welt des Wandels reichen alte Konzepte nicht mehr aus. Wir brauchen ein neues Denken in allen Bereichen der Sozialpolitik. Die Globalisierung und die Bevölkerungsentwicklung erfordern eine positive Kultur der Arbeit und des Arbeitens, des Alters und des Alterns. Globale Herausforderungen verlangen auch nach lokalen Lösungen. Der ÖAAB gestaltet Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbildes und der christlichen Soziallehre. Er steht für Soziale Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft.
- 2. Der ÖAAB ist die DNA der neuen Volkspartei. Er vertritt innerhalb der Partei die Arbeitnehmerinteressen.** Der ÖAAB versteht sich als Denkwerkstatt und Ideenfabrik. Seit jeher ist der ÖAAB das soziale Gewissen der Volkspartei. Gerade darum ist es wichtig, die Bedürfnisse der Menschen zu erkennen und sich daran zu orientieren. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht immer der Mensch als Individuum.
- 3. Der ÖAAB nimmt Einfluss auf die Willensbildung innerhalb der neuen Volkspartei – in den Gremien der Partei und im Dialog mit ihren Entscheidungsträgern.** Die dem ÖAAB angehörenden kommunalen Mandatsträger und Abgeordneten, Amtsträger und Minister wirken an den Entscheidungen der Fraktionen und Parlamente – vom Gemeinderat bis zum Europäischen Parlament – an der Gesetzgebung und am Regierungshandeln mit.

- 4. Der ÖAAB ist die Brücke der neuen Volkspartei zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.** Von der vergangenen Nationalratswahl 2019 wissen wir, dass ungefähr eine Million der arbeitenden Menschen die neue Volkspartei gewählt haben, dieses Potenzial müssen wir auch weiterhin nützen, und die Botschaften und unsere Politik der neuen Volkspartei entsprechend verbreiten.
- 5. Der ÖAAB ist in den Gewerkschaften und den gesetzlichen Arbeitnehmervertretungen verankert.** Aus der Geschichte wissen wir: Gute Arbeitsbedingungen lassen sich am besten durchsetzen, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über Grenzen der Weltanschauung hinweg gemeinsam für sie kämpfen.
- 6. Der ÖAAB ist in den Betrieben verankert.** Der ÖAAB lebt vom Engagement seiner Betriebsgruppen, seiner Betriebsräte und Personalvertretern. Sie alle wissen, wo die Kolleginnen und Kollegen vor Ort der Schuh drückt, und bringen dieses Wissen in die Arbeit des ÖAAB, und damit in die Arbeit der neuen Volkspartei, ein – und zugleich informieren sie die Kolleginnen und Kollegen über die Politik der neuen Volkspartei.
- 7. Der ÖAAB wirkt in die Gesellschaft hinein – mit Kampagnen und Aktionen.** Er leistet politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit; er wirbt in der Öffentlichkeit für seine Anliegen und schafft Bewusstsein für menschenwürdige Arbeit und Gerechtigkeit, für Solidarität und Nachhaltigkeit.
- 8. Der ÖAAB ist das politische Netzwerk der Christlich-Sozialen.** Er bietet die Möglichkeit, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen und sich mit Entscheidungsträgern aus Politik, Gewerkschaften und Betrieben auszutauschen und sich zu vernetzen.



Die neuen Antworten für Gemeinschaft und Gesellschaft.

Neue Orientierungen auf einem
positiven Wertefundament.

Kapitel 1



I. Die neuen Antworten für Gemeinschaft und Gesellschaft.

Neue Orientierungen auf einem positiven Wertefundament.

Unsere Grundsätze

Österreich steht auf einem starken Wertefundament, das von unserer jüdisch-christlichen Tradition und der Aufklärung geprägt ist. Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte gehören zu diesem Fundament. Unsere historischen Erfahrungen und diese **Werte** sind die Grundlage für unsere österreichische Identität, unsere Kultur und unser Lebensmodell.

Als ÖAAB wollen wir diese Identität bewahren und sicher in die Zukunft bringen. Daraus leiten wird die **Kernwerte unseres politischen Denkens** und Handelns ab: Freiheit, Verantwortung, Nachhaltigkeit, Leistung, Solidarität, Subsidiarität und Gerechtigkeit. Als christlich-soziale Gesinnungsgemeinschaft steht für uns der Mensch im Mittelpunkt. Dafür treten wir ein, das unterscheidet uns von politischen Mitbewerbern.

Als Person mit Wert und Würde ausgestattet und für die Freiheit geschaffen, ist jeder Mensch Träger von Rechten und Verantwortung. Alle Menschen sind einzigartig, und gleich an **Wert und Würde** geschaffen. Wir sind als Geschwister füreinander verantwortlich. Als Mann und Frau sind wir unterschiedlich, aber gleich an Würde und Rechten. Sexismus und Rassismus lehnen wir entschieden ab.

Arbeit ist für uns eine spezifisch menschliche Art, die Welt zu gestalten. Arbeit ist keine Last, sondern Grundlage für Unabhängigkeit und ein erfülltes Leben. Wir haben ein positives Bild der Arbeit und der arbeitenden Menschen. In Arbeit finden wir Sinn, Gemeinschaft, „Werkfreude“. Arbeit bietet eine Möglichkeit der Verantwortungsübernahme und der Selbstverwirklichung. Arbeit bedeutet Einkommenserwerb und gesellschaftliche Teilhabe unter den richtigen Rahmenbedingungen. Jedem Menschen, der arbei-

ten kann, soll es ermöglicht werden zu arbeiten. Arbeit ist das beste Mittel, um der Armut vorzubeugen.

Leistung muss sich lohnen. Von einem Vollzeitgehalt müssen sowohl die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer als auch eine Familie leben können. Wohnraumschaffung, Vermögensbildung und Alterssicherung müssen durch Arbeit möglich sein. Gerechtigkeit heißt auch, dass wir jene, die viel für unser Land leisten, entsprechend entlasten. Deswegen wollen wir vor allem kleine und mittlere Einkommen entlasten. Unser Credo ist die Senkung der Steuer- und Abgabenquote. Österreich ist ein sozialer Wohlfahrtsstaat und das soll sich auch nicht ändern. Unser Grundsatz dabei ist klar: Wir helfen als Gesellschaft, wenn es jemand braucht, aber nur solange es nötig ist. Das soziale Auffangnetz, das sich aus dem Prinzip der Solidarität ergibt, soll ein Trampolin oder Sprungnetz sein. Darum muss zwischen Entlohnung und Sozialleistung ein deutlicher Unterschied bestehen. Staatliche Unterstützung muss gestuft-differenziert sein und ausreichend absichern: Arbeit darf dadurch aber nicht unattraktiv werden.

Und wir wollen ein **Altern in Würde**. Wer altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheidet, dessen Lebensgrundlage muss dadurch gesichert sein, dass er auch im Alter nicht durch den Staat alimentiert wird, sondern dass er im Alter die Früchte seines Erwerbslebens erntet. Denn für uns gilt: Pension und Altersversorgung sind Alterslohn für Lebensleistung.

Der ÖAAB steht für die **Ökosoziale Marktwirtschaft**, die größtmögliche Freiheit im Handeln innerhalb ökologischer und sozialer Rahmenbedingungen vorsieht. Klar ist: Ohne unternehmerisches Denken und Leistung gibt es weder nachhaltigen Wohlstand noch soziale Sicherheit. Wirtschaftliche Leistungskraft, die von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie

Unternehmen partnerschaftlich erarbeitet wird, ist das Fundament unseres Gesellschaftsmodells. Arbeit und Sparen müssen sich lohnen. Wir wollen sozialen Aufstieg, Chancengerechtigkeit und den Erwerb von Eigentum fördern. Eigentum ist der Schlüssel für Unabhängigkeit und Wirtschaftskraft.

Der Mensch ist für uns nicht eine Umweltbedrohung, sondern durch den Menschen finden wir ökologische Lösungen. Mobilität ist eine Errungenschaft, die wir nicht auf ein Minimum beschränken wollen, sondern nachhaltig optimieren müssen. Staatliche Bevormundung lehnen wir ab.

Die **Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer ist Subjekt, nicht Objekt**, man gestaltet das Leben eigenverantwortlich und ist gesellschaftliche Mitgestalterin bzw. gesellschaftlicher Mitgestalter. Damit ist man Ermöglicher und Nutznießer von Subsidiarität. Wir stehen für die größtmögliche Selbstbestimmung und Eigenverantwortung des Individuums und der Familie sowie Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene. Die Übernahme von betrieblicher Verantwortung soll individuell und durch gewerkschaftliche Strukturen umgesetzt werden. Im Vordergrund steht für uns nicht Klassenkampf, sondern das Miteinander von Unternehmen und Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter, Vertrauen, Rücksichtnahme und gemeinsames, vernunftbasiertes Gestalten. Wir arbeiten lösungs- und dialogorientiert und sind überzeugt, dass der beste Weg im wertschätzenden Miteinander gefunden wird. Wir arbeiten nicht mit Feindbildern und nicht gegen die Unternehmer sondern mit ihnen: Beide Seiten profitieren davon, wenn es dem anderen gut geht. Beide Seiten gehen vom guten Willen des anderen aus, was die Vertrauensbasis stärkt.

Familie ist der Grundbaustein der Gesellschaft. Das Wohl der Kinder hat Vorrang vor allen anderen Interessen. Wir wollen, dass es mehr Familien in Österreich gibt und dass es in den Familien mehr Kinder gibt. Wir wissen, dass es nicht allein von der Politik abhängt, ob es mehr Kinderfreundlichkeit und mehr Nachwuchs gibt. Aber wir wissen auch, dass es in vielen Lebensbereichen auf die Politik ankommt, damit Menschen ihren Kinderwunsch realisieren. Es kommt darauf an, dass die Politik Prioritäten für Kinder und Familien setzt. Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur. Dafür setzt sich der ÖAAB in allen Bereichen und auf allen Ebenen ein.

Familien leisten Unbezahlbares bei Erziehung und Pflege. Indem Generationen füreinander Sorge tragen, halten sie die Gesellschaft zusammen. Dafür brauchen Eltern gesellschaftliche Anerkennung, steuerliche Entlastung und staatliche Unterstützung.

Familien brauchen Zeit miteinander: Durch lebensgerechte Löhne, flexible Zeitarbeitsmodelle, partnerschaftliches Zusammenwirken und die Sonntagsruhe soll ausreichend Zeit für Familie ermöglicht werden.

Vorurteile gegen Väterbeteiligung müssen abgebaut werden. Auch Väter sollen die Rolle ihres Lebens nicht verpassen! Selbstgewählte Lebens- und Betreuungsmodelle wie familienbedingte Teilzeitarbeit oder partnerschaftliche Betreuung der Kinder dürfen nicht zu Altersarmut führen. Eine breite Palette unterschiedlicher Formen der Kinderbetreuung gehört für uns zur Wahlfreiheit. Innerfamiliäre Kinderbetreuung darf dabei nicht finanziell diskriminiert werden. Arbeit ist Teil unseres Lebens, aber nicht alles: Arbeit soll dem Menschen Freiräume belassen, die auch Familienzeit und Ehrenamt ermöglichen.

Wir leben in einer **globalen Welt**. Europäische Zusammenarbeit, internationale Wirtschaftsverflechtungen und Migrationsbewegungen verändern auch unsere Arbeitswelt von Grund auf. Als überzeugte Europäerinnen und Europäer gestalten wir auf europäischer Ebene engagiert mit. Die kulturelle, regionale und historische Vielfalt Europas erleben wir als Bereicherung. Wir unterstützen europäische Integration, ohne die Menschen durch Überregulierung oder eine Sozialunion zu überfordern. Österreich trägt eine besondere Verantwortung für die Länder in Mittel- und Osteuropa. Dorthin wollen wir ganz besonders Brücken bauen und unterstützend tätig sein. Wir sehen für jeden Menschen einen Platz in unserer Gesellschaft – aber wir verlangen Respekt für unsere Gemeinschaft und ihre Werte.

Aus der Pandemie soll Österreich gestärkt hervorgehen. Wir wollen international mit einer geringen Arbeitslosigkeit und als attraktiver Wirtschafts- und Arbeitsstandort reüssieren. Die Politik muss sich für die Attraktivierung des Standortes Österreich und für den Schutz von Arbeitsplätzen einsetzen, unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit. Wir wollen niemanden zurücklassen: bestmögliche Bildung, Aus-, Fort- und Weiterbildung sind dafür Imperative.

Die neuen Antworten für Österreichs Kunst und Kultur

Kaum ein anderer Bereich spiegelt die Gesellschaft so gut wider wie Kunst und Kultur. Das hat nicht zuletzt auch die Corona-Pandemie gezeigt. Wir verstehen Kunst und Kultur als perspektivenerweiternd und identitätsstiftend. Freiheit und Vielfalt von Kunst und Kultur sind Grundlage und wesentliche Voraussetzung für unsere Gesellschaft.

Kunst und Kultur sind wie kaum eine andere Branche durch unterschiedliche Organisationsstrukturen, verschiedenste Beschäftigungsformen und vielfältige Sparten geprägt. Kunst und Kultur sind Aushängeschild, Wirtschaftsfaktor, emotionaler und kritischer Diskurs, schaffen Begegnungsorte, aber auch Arbeitsplätze, sind Seismografen der Gesellschaft, soziales Bindeglied und noch viel mehr.

Eine der wichtigsten Säulen des Kulturlandes Österreich sind die unzähligen Freiwilligen und Ehrenamtliche – also Menschen, die zwar im „Brotberuf“ etwas anderes machen, aber ihre Freizeit voll Leidenschaft dem Theater, der Musik oder dem Tanz widmen. In den über 2.163 Blasmusik-Kapellen und –Orchestern, den mehr als 1.100 Jugendorchestern, den 3.500 Chören mit über 105.000 Sängerinnen und Sängern und den zahlreichen Musikschulen wird außerdem die Grundlage dafür geschaffen, dass wir in Österreich Musikerinnen und Musiker, Künstlerinnen und Künstler auf internationalem Spitzenniveau haben. Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur fordert und fördert Bereitschaft und Kompetenz zur persönlichen Veränderung und Weiterentwicklung.

Kulturausgaben sind deshalb auch nachhaltige Investitionen in Kreativität und Innovation, fördern den Ideenreichtum. Österreich ist ein Land der Literatur, der bildenden und darstellenden Künste und der Musik. Kunst und Kultur sind in Stadt und Land in all ihren Formen zu fördern. Kultur öffnet den Horizont, stärkt die Empathie, die Kreativität und die Teamfähigkeit. Das alles sind Soft Skills, die auch in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt neue Wichtigkeit bekommen. Wir bekennen uns dazu, dass Österreich seine international bedeutende Stellung als Kulturnation sichert und ausbaut.

In einer zunehmend digitalisierten [Arbeits-]Welt werden auch analoge Werte immer wichtiger: Kreativität,

Zuhören und Empathie. Gemeinsam etwas erleben, das nicht nur digital passiert, sondern analog erlebt wird, fördert Gemeinschaft und Team. Zudem belegen viele Studien die positive Wirkung auf die psychische und physische Gesundheit. Kultur ist Arbeitgeber, Tourismusmagnet und Wirtschaftsfaktor. Der Mensch ist ohne Kultur nicht denkbar – auch das hat die COVID-19-Pandemie gezeigt: Kultur in all ihren vielfältigen Formen verbindet die Menschen und bereichert unser Leben.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Unterstützungsmaßnahmen für Kunst und Kultur im Wiederaufbau nach der Pandemie**
- ▶ **Bestehende Förderungen für Tätige in Kunst und Kultur weiter ausbauen**
- ▶ **Fair Pay für in Kunst und Kultur Tätige**
- ▶ **Förderung des Musikunterrichts in Schulen**
- ▶ **Kultur als Tourismusmagnet erhalten**
- ▶ **Erhalt der Kulturstätten**

Unterstützungsmaßnahmen für Kunst und Kultur im Wiederaufbau nach der Pandemie

COVID-19 und dessen wirtschaftliche Folgen in Österreich wirken sich auch auf Kunst und Kultur aus. Eine Vielzahl an Unterstützungsmaßnahmen haben die Bundesregierung und das Parlament für Kunst und Kultur in Österreich auf den Weg gebracht. Mit einem Volumen von über einer Milliarde Euro konnte die Branche massiv unterstützt werden. Doch auch nach der Krise ist es notwendig, Kunst und Kultur in ihrer Vielfalt und Gesamtheit weiterhin zu unterstützen.

Bestehende Förderungen für Tätige in Kunst und Kultur weiter ausbauen

Die staatliche Verantwortung für Kunst und Kultur ist in Österreich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt. Neben der rechtlichen Funktion in Form von urheber-, vertrags-, steuer- und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen gibt es auf staatlicher Ebene öffentlich-rechtliche Stiftungen, Anstalten und sons-

tige Körperschaften der Kunst- und Kulturförderung. Die zahlreichen Varianten der staatlichen Kunstförderung bestehen in Projektförderung, in Kunstpreisen, Jahres-, Auslands- und Arbeitsstipendien, Atelierförderprogrammen, im Ankauf von Kunstwerken, in Programmen wie Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum etc. und sollen weiter ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass regionale und lokale Förderung für Künstlerinnen und Künstler forciert wird, insbesondere solche mit überregionaler Wirkung. Gleichzeitig soll es künftig mehr Transparenz bei den Förderungen geben und die Förderabwicklung soll weiter digitalisiert und vereinfacht werden. Anzustreben ist ein One-Stop-Shop-Prinzip.

Fair Pay für in Kunst und Kultur Tätige

Die Corona-Krise hat viele Verbesserungspotenziale innerhalb der österreichischen Kunst- und Kulturlandschaft deutlich gemacht. Ausgehend vom Thema Fair Pay wurde deshalb im Herbst 2020 ein breit angelegter „Fairness-Prozess“ gestartet, der sich mit Maßnahmen beschäftigt, die nachhaltig faire Rahmenbedingungen für Künstlerinnen und Künstler in Österreich schaffen sollen. Unser Zeitgeist ist ein digitaler, weshalb auch der Online-Konsum von Film, Musik und Literatur, stetig steigend, zu höheren Erträgen für Künstlerinnen und Künstler führen soll. Dafür braucht es neben einer fairen Bezahlung auch ein klares Urheberrecht. Wir fordern mehr Transparenz und faire Entlohnung für Kunst und Kultur. Denn Fairness bedeutet mehr als Fair Pay: Damit sind Wertschätzung, ein gutes Arbeitsklima, offene Kommunikation und die Möglichkeit der Mitgestaltung verbunden.

Förderung des Musikunterrichts in Schulen

Wissen, Flexibilität, Teamfähigkeit, Führungsqualitäten und Kommunikationsfähigkeit werden von Kindern in der Schulzeit erworben. Diese Zeit ist also die beste Zeit, in der sie ihr musikalisches Talent entdecken und frei entfalten können. Musikunterricht fördert nicht nur das logische Denken, auch das allgemeine Lernverhalten entwickelt sich dadurch positiv. Besonders bei den jüngeren Kindern wird die Persönlichkeit ausgebildet und die Merkfähigkeit gesteigert. Gestaltungswillen, Durchhaltevermögen und Vorstellungskraft, aber auch das Bewusstsein für Qualität entstehen und wachsen stetig. Dies ist für Kinder heutzutage besonders wichtig, weil die fortschreitende Digitalisierung und die Schnelllebigkeit innerhalb der Gesellschaft zu einer Reizüberflutung durch die Umwelt

führen können. Damit die Persönlichkeitsentwicklung bei Kindern in diesen wichtigen Jahren nicht eingeschränkt wird, sondern entsprechend voranschreiten kann, sind das Erlernen eines Musikinstruments sowie Musikunterricht allgemein wichtig. Auch das Allgemeinwissen kann damit positiv beeinflusst und im Zuge der musikalischen Grundausbildung auch die Liebe zur Musik entwickelt bzw. gefördert und damit unter Umständen der Grundstein für eine spätere musikalische Berufslaufbahn gelegt werden. Schließlich fällt die Entscheidung für die Berufswahl meistens in der Schulzeit. Auch das kulturelle Erbe muss gesichert und gepflegt werden. Deswegen fordern wir, dass die Rahmenbedingungen für den Musikunterricht verbessert sowie mehr Pädagoginnen und Pädagogen in diesem Bereich ausgebildet und unterstützt werden.

Kultur als Tourismusmagnet erhalten

Für die Bedeutung Österreichs in der Welt sind Kunst und Kultur wesentliche Faktoren. Ob es Kulturerbe oder zeitgenössische Kunst ist, ob es Volks- oder Hochkultur ist – für Österreich sind all diese Bereiche von immenser Bedeutung. Auch für den Tourismus – als wichtiger Wirtschafts- und Wohlstandsmotor – ist es wichtig, Maßnahmen zu setzen, die den Erhalt unseres kulturellen Erbes nachhaltig sichern. Gerade für regionale Betriebe und damit auch für die jeweilige Region schafft und erhält der Tourismus Arbeitsplätze. Deswegen ist es für uns als ÖAAB von hoher Wichtigkeit, Österreichs Kunst und Kultur nachhaltig zu stärken und in der Welt noch sichtbarer zu machen.

Erhalt der Kulturstätten

Österreichs kulturelles Erbe beinhaltet unter anderem besondere Baudenkmäler, die zum Teil zum Weltkulturerbe zählen, Naturdenkmäler und einzigartige Landschaften. Diese sind anziehend und daher wichtig für Österreich als Tourismusland. Dafür ist es notwendig, dass diese von öffentlicher Hand erhalten und auch gefördert werden. Es ist zudem unabdingbar, dass sie auch für die nachkommenden Generationen erhalten werden. Damit eng verbunden ist aber, dass sie von jeder Generation wieder erkannt und anerkannt werden. Aus diesem Grund soll für Kinder und Jugendliche das Themengebiet „Österreichs kulturelles Erbe“ in den Lehrplan aufgenommen werden.

Die neuen Antworten für Österreichs Medien

Ein demokratischer Rechtsstaat fußt auf Grundrechten wie der Meinungs- und Informationsfreiheit. Medien erfüllen als sogenannte vierte Gewalt im Staat eine wichtige Aufgabe in unserer Demokratie. Demokratische Öffentlichkeit ist unabdingbar verbunden mit einer pluralistischen, freien und unabhängigen Medienlandschaft, welche die Bürgerinnen und Bürger angemessen über gesellschaftliche und politische Vorgänge informiert und damit eine wichtige Grundlage für den demokratischen Diskurs schafft.

Die Medienbranche befindet sich seit einigen Jahren in einem großen Umbruch – die Digitalisierung und die Globalisierung stellen die Medienwelt vor große Herausforderungen. Dass die Medien ihre Rolle im demokratischen Gesamtgefüge wahrnehmen können, ist die Garantie, frei und unabhängig von staatlichen Einflüssen arbeiten zu können. Vorrangige Aufgabe einer bürgerlichen Medienpolitik ist es daher, im Sinne gelebter Meinungsfreiheit, Vielfalt in der Medienlandschaft zu sichern und qualitativ hochwertige Berichterstattung zu ermöglichen. Gerade durch die steigende Relevanz der sozialen Medien werden Qualitätsmedien noch wichtiger. Waren bis vor wenigen Jahren die beiden Säulen Print und Rundfunk allein maßgeblich, ist die „Mediengesellschaft“ heute mit wesentlich vielfältigeren neuen Medien jenseits der klassischen Massenmedien und mit einer Vielzahl neuartiger Nutzungsgereäte konfrontiert (z.B. Smartphones, Tablets, „Apps“). Insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk bekommt zusätzliche Bedeutung und Verantwortung. Der öffentlich-rechtliche Auftrag ist daher weiterzuentwickeln – um den aktuellen Erfordernissen, insbesondere der zunehmenden Digitalisierung, zu entsprechen. Unser Anspruch ist es auch in Zukunft, österreichische Identität und österreichische Inhalte sicherzustellen, insbesondere im digitalen Raum.

Medien haben für Demokratien eine herausragende Bedeutung – es ist uns daher ein besonderes Anliegen, unabhängigen und hochprofessionellen Journalismus in seiner Vielfalt für Österreich zu sichern und zu fördern. In der Medienwelt braucht es Pluralismus von der Journalistenausbildung, der inhaltlichen Ausrichtung bis zur Eigentümerstruktur und der transparenten Presseförderung.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Medienkunde in den Lehrplänen verankern – im Kampf gegen Fake News**
- ▶ **Kostenloser Zugang zu Schutzfiltern im Internet**
- ▶ **Verpflichtender Identitätsnachweis in Online-Foren als Maßnahme gegen Hass im Netz**
- ▶ **Ausbau und Stärkung der Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten, um objektiven und neutralen Journalismus zu ermöglichen**
- ▶ **GIS-Gebühren zielgerichtet einsetzen**

Medienkunde in den Lehrplänen verankern – im Kampf gegen Fake News

Digitale Medien sind unverzichtbarer Bestandteil unseres Bildungs- und Kulturverständnisses. Das Thema „Fake News“ hat seit geraumer Zeit stark an Bedeutung gewonnen. „Fake News“ tragen zu einer qualitativen Veränderung der gesellschaftlichen Diskussionsstruktur und -kultur bei: Sie können einen begrenzten, aber dennoch vorhandenen Einfluss auf die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger haben. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Wie alle Freiheiten brauchen auch die Freiheiten, die Facebook und andere Social-Media-Plattformen eröffnen, die entsprechende Verantwortung im Umgang mit diesen Freiheiten. Menschen brauchen daher Wissen nicht nur über die Chancen, sondern auch über die Risiken von Social-Media-Plattformen. Dieses Wissen muss vermittelt werden, nicht nur im Freundeskreis und in der Familie, sondern auch in der Schule. Neben den Eltern sollten sich daher österreichische Pflichtschulen durch die Aufnahme eines Faches „Medienkunde“ in die Lehrpläne darum kümmern, Schülerinnen und Schülern Medienkompetenz zu vermitteln. Beim Lehrstoff geht es aber nicht nur um Facebook, sondern um Social-Media-Anwendungen im weitesten Sinn und um andere Kulturtechniken, die Menschen in einer modernen mediatisierten Gesellschaft brauchen. Kinder und Jugendliche sollen zu eigenverantwortlichen Bürgerinnen und

Bürgern heranwachsen. Eigenverantwortung ist jedoch auch im Hinblick auf den Umgang mit Medien und sozialen Netzwerken von Bedeutung, die neben all den sich bietenden Chancen auch zunehmend zur Gefahr für Kinder und Jugendliche werden können. Hier gilt es, Jugendliche zu sensibilisieren und den richtigen Umgang mit Medien zu vermitteln.

Kostenloser Zugang zu Schutzfiltern im Internet

Um Kinder und Jugendliche vor ungeeigneten Inhalten im Internet besser zu schützen, müssen wir die Eltern mit entsprechenden Hilfsmitteln unterstützen. Daher fordern wir einen leichteren, kostenlosen und freiwilligen Zugang zu Schutzfiltern (z.B. Schutz vor Pornografie und Gewalt). Aber so ein Schutzfilter darf die Aufsichtspflicht der Eltern nicht ersetzen: Mit jüngeren Kindern sollten sie das Netz möglichst oft gemeinsam erkunden, mit älteren zumindest regelmäßig über die Nutzung sprechen und Regeln festlegen.

Verpflichtender Identitätsnachweis in Online-Foren als Maßnahme gegen Hass im Netz

Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein. Gerade in Online-Medien werden allerdings immer wieder die Grenzen der Meinungsfreiheit überschritten in Richtung Verhetzung, Hass und andere strafbare Tatbestände. Da es aber keine gesetzliche Grundlage für den Nachweis der Identität von Postern vor allem in Online-Foren gibt, bleiben viele Verstöße ungeahndet. Mit der Klarnamenpflicht soll geregelt werden, dass niemand komplett anonym im Internet unterwegs sein kann. Auf allen relevanten Plattformen, wo Meinungsaustausch passiert, soll in Zukunft die Identität der Schreiber hinterlegt werden – das soll schon im Zuge der Registrierung passieren.

Ausbau und Stärkung der Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten, um objektiven und neutralen Journalismus zu ermöglichen

Journalismus ist heute weit mehr als nur eine Printausgabe von Zeitungen, Journalen und Magazinen in Kombination mit Audio- und Videomaterial. Er hat sich weiterentwickelt: Umfang, Aktualität, Format und Erreichbarkeit sind mit hoher Geschwindigkeit

angewachsen und haben ein enormes Ausmaß erreicht. Technologien ändern nicht nur die Art und Weise der Kommunikation und des Informationskonsums, sondern bieten auch einen Nutzen für redaktionelle Prozesse. Big Data generiert enorme Informationsmengen mit einer großen Varianz an Daten und Beiträgen. Der schnelle Zugriff erleichtert einerseits die Recherche, erschwert andererseits die Selektion von relevanten, vertrauenswürdigen Quellen. Neue Techniken und eine Reorganisation der Datenrecherche erweitern daher das redaktionelle Aufgabenfeld. Die Journalistenausbildung muss demnach z.B. in Form von Kollegs oder speziellen Lehrgängen auf neue Beine gestellt werden, um objektiven und neutralen Journalismus zu ermöglichen. Wir setzen uns für eine sichere und unabhängige Finanzierung des Journalismus ein.

GIS-Gebühren zielgerichtet einsetzen

Die GIS, die Gebühren Info Service GmbH, ist für die Rundfunkgebühren des ORF in Österreich zuständig. Sie vollzieht das Rundfunkgebührengesetz. Anders als viele Menschen glauben, kommen die Rundfunkgebühren dem ORF nicht zur Gänze zugute. Was so einfach als Rundfunkgebühr bezeichnet wird, setzt sich tatsächlich aus vielen Teilgebühren zusammen. Knapp 67 Prozent des vorgeschriebenen Gesamtbetrages kommen dem ORF als sogenanntes Programmentgelt zugute, womit Eigenproduktionen, Sendeanlagen, technische Ausstattungen, Landesstudios, Lizenzen und vieles mehr bezahlt werden. Dazu kommen Steuern und Bundesabgaben etwa für Kunstförderung und unterschiedliche Landesabgaben. Der ÖAAB bekennt sich zur Beibehaltung des Systems der Rundfunkgebühren, um damit nicht zuletzt auch den öffentlich-rechtlichen Auftrag des ORF bestmöglich und objektiv umgesetzt zu wissen. Auch in Hinblick auf die Kunstförderung ist die GIS-Gebühr für Österreich essentiell.



Die neuen Antworten für Lebensqualität im Zusammenleben.

Was schafft Lebensqualität für die Zukunft und sichert gelungene Integration?



II. Die neuen Antworten für Lebensqualität im Zusammenleben.

Was schafft Lebensqualität für die Zukunft und sichert gelungene Integration?

Die neuen Antworten für leistbares Wohnen in Österreich

Die Wohnungspreise – sowohl bei Miete als auch bei Eigentum – sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Auch leistbares Bauland wird, besonders in Regionen mit erhöhtem Wohnungsbedarf, immer knapper. Die Grundstückspreise in den Städten haben sich in den vergangenen Jahren deutlich dynamischer entwickelt als die Baukosten und gefährden somit die Leistbarkeit des Wohnens. Besonders der Eigentumserwerb in den westlichen Bundesländern ist kaum mehr möglich. Der Traum von den eigenen vier Wänden ist für viele in weite Ferne gerückt.

Für uns ist klar: Wer in unserem Land arbeitet und lebt, soll sich auch ein Haus oder eine Wohnung leisten können – weil Tatkraft und Fleiß sich auszahlen müssen. Der ÖAAB setzt sich für all jene ein, die täglich fleißig arbeiten, um sich und ihren Familien etwas aufzubauen. Es muss möglich sein, dass man sich von seinem Gehalt auch ein schönes Zuhause leisten kann!

Uns geht es aber nicht einfach um „billigeres Wohnen“, wir verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz: Nachhaltigkeit und Mobilität, die Bedürfnisse jüngerer und älterer Generationen und Familien müssen gleichermaßen berücksichtigt werden. Wir wollen uns langfristig dafür einsetzen, dass alle Bevölkerungsschichten eine Wohnmöglichkeit finden, die ihren Vorstellungen und Bedürfnissen entspricht, aber auch leistbar ist. Dabei wollen wir Energieeffizienz, Innovation, effizienten Ressourceneinsatz und Qualität mitbedenken.

Wir wollen mehr Angebot durch eine Mobilisierung des Wohnungsmarktes schaffen. Vor allem Sanieren soll unterstützt werden, damit wir die Bodenversiegelung gering halten können und die Baukosten geringer werden, ungenützte Kapazitäten

sollen verwertet werden und jede und jeder soll die Möglichkeit haben, sich durch Arbeit Eigentum zu schaffen. Die Bedürfnisse des Ballungsraums müssen dabei genauso berücksichtigt werden, wie jene des ländlichen Raums.

Wir wollen das Wohneigentum insbesondere für junge Menschen fördern. Die Eigentumsbildung darf nicht durch zusätzliche Eigentumssteuern erschwert, sondern muss durch Steuer- und Abgabensenkungen unterstützt werden. Das erleichtert das Ansparen von finanziellen Mitteln für den Erwerb von Wohneigentum.

Die Nachfrage nach gemeinnützigen Wohnungen ist in den vergangenen Jahren vor dem Hintergrund steigender Wohnungskosten deutlich gestiegen. Bei der Wohnbauförderung müssen ein wirksamer Einsatz von Förderungsmitteln, soziale Treffsicherheit und eine angemessene Regelung der Rückzahlungsverpflichtungen gewährleistet sein.

Nicht nur die jüngeren Menschen brauchen beim Thema Wohnen Unterstützung, auch für die ältere Generation braucht es Maßnahmen, damit diese wunschgemäß möglichst lange in „den eigenen vier Wänden“ selbstständig leben können. Rund 90 Prozent aller älteren Österreicherinnen und Österreicher leben deshalb auch jenseits des 60. Lebensjahres in ihrer gewohnten Umgebung bzw. in Wohnungen oder Häusern, die ihnen seit Jahren vertraut sind. Altersgerechtes Wohnen macht mitunter einige Umbaumaßnahmen in Haus oder Wohnung erforderlich. Auch hier setzen wir uns ein, dass diese Gruppe Rahmenbedingungen vorfindet, die ein Altern in Würde ermöglichen.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Eigentum schützt vor Armut**
- ▶ **Eigentum ermöglichen: Mietkauf- und Kauf-auf-Raten-Modelle forcieren**
- ▶ **Abschaffung der staatlichen Nebenkosten aufs erste Eigenheim**
- ▶ **Steuerlicher Bonus für Häuslbauer**
- ▶ **Aktives Leerflächen- und Leerstandsmanagement statt Neu-Flächenverbauung**
- ▶ **Bestehende Flächen durch Nachverdichtung besser nutzen**
- ▶ **Nachhaltiges Bauen als Benchmark**
- ▶ **Altersgerechte Wohnformen: Möglichkeiten für „Alten-WG“ schaffen**
- ▶ **Vereinfachung des Mietrechts – Transparenz im Mietvertrag**
- ▶ **Entbürokratisierung des Bauens zur Senkung der Kosten**

Eigentum schützt vor Armut

Wir wollen Österreich zu einem Land der Haus- und Wohnungseigentümer machen und entsprechen damit auch den Wünschen der Menschen in unserem Land. Anstatt Eigenheime zu fördern, wurde die Eigenheimförderung kontinuierlich gekürzt und es wurden stattdessen Unsummen für Wohnbeihilfen, z.B. in Wien, ausgegeben. Wir setzen uns dafür ein, dass der Erwerb von Eigentum stärker steuerlich berücksichtigt und gefördert wird.

Eigentum ermöglichen: Mietkauf- und Kauf-auf-Raten-Modelle forcieren

Eine Variante, Eigentum zu ermöglichen, ist das Mietkaufmodell (Optionskauf). Diese Variante ist üblich, wenn es sich beim Vermieter um eine gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft handelt. Nach einer Mietdauer von einer gewissen Anzahl von Jahren ab Fertigstellung des Wohnobjekts erhält die Mieterin oder der Mieter die Möglichkeit (Vorkaufsrecht), die Wohnung oder das Haus auch käuflich zu erwerben. Es besteht jedoch keine Verpflichtung zum Kauf, das Objekt kann auch weiterhin zur Miete bewohnt werden. Diesem steigenden Bedarf soll Rechnung getragen werden und eine steuerliche Vergünstigung bei der momentanen Vorsteuerpflicht forciert werden. So soll es zu einer Verkürzung des Vorsteuerberich-

tigungszeitraumes von 20 auf 10 Jahre beim Erwerb von Mietwohnungen mit Kaufoption kommen. Auch eine gesetzliche Möglichkeit für Wohnleasing soll geschaffen werden. So soll die Miete nach einigen Jahren auf den Kaufpreis angerechnet werden, was diesen verringert und eine Finanzierung erleichtert. Mit diesen Maßnahmen kann die Eigentumsquote beim Wohnen erhöht werden. So kommt es auch zu einer besseren sozialen Absicherung für das Alter.

Abschaffung der staatlichen Nebenkosten aufs erste Eigenheim

Die Schaffung von Eigentum ist die beste Absicherung gegen Armut im Alter. Im internationalen Vergleich hat Österreich allerdings einigen Aufholbedarf, was das Eigentum beim Wohnen betrifft. Hier wollen wir Anreize setzen, damit auch jüngere Menschen den Schritt zum Eigentum wagen. Neben den mittlerweile immer weiter steigenden Preisen für Grundstücke, Häuser und Wohnungen entstehen aber zusätzlich noch erhebliche Nebenkosten beim Kauf eines Hauses oder einer Wohnung. Was die staatlichen Steuern und Gebühren wie Grunderwerbssteuer oder Eintragungsgebühren ins Grundbuch betrifft, sollen diese in Zukunft beim Kauf des ersten Eigenheims erlassen werden. Dies begünstigt junge Menschen beim Start in die Unabhängigkeit, fördert Jungfamilien und bringt nur eine geringe Belastung des Staatshaushaltes, aber große Wirkung bei den Begünstigten.

Steuerlicher Bonus für Häuslbauer

Für private Haushalte sind die Kosten für den Hausbau aber für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsarbeiten auf legalem Weg oft nicht leistbar. Das Ergebnis ist, dass viele dieser Arbeiten in der Schattenwirtschaft („Pfuscher“) abgewickelt werden - eine Situation, die sowohl für die Haushalte als auch für den Staat Nachteile mit sich bringt (entgangene Steuereinnahmen, keine Gewährleistung). Diese Situation könnte mit einem steuerlichen Bonus für Häuslbauer verbessert werden. Die in Rechnung gestellten Arbeitskosten werden bis zu einer bestimmten Höhe steuerlich absetzbar gemacht. Davon profitieren in erster Linie die Haushalte. Zum einen werden die Dienstleistungen durch den Bonus günstiger, zum anderen steht den Häuslbauern bei offizieller Inanspruchnahme eine Gewährleistung zu.

Aktives Leerflächen- und Leerstandsmanagement statt Neu-Flächenverbauung

In Österreich werden täglich ca. 10 bis 15 Hektar Land verbaut. Dies gilt es im Sinne des Klimaschutzes dringend einzudämmen. Der Verbrauch von Flächen muss minimiert werden, denn eine Flächenversiegelung wirkt sich negativ auf das Klima aus. Ein bewussterer Umgang mit der Ressource Boden muss zum einen durch diese Instrumente der Raumordnung und zum anderen durch ein aktives Leerflächen- und Leerstandsmanagement mit Hausverstand erreicht werden. So soll künftig, sowohl bei Neubauten als auch bei Neuansiedelungen von Unternehmen in einer Gemeinde zuerst der Bestand geprüft werden. Es sollen alte bestehende Flächen besser umgebaut und hinsichtlich der Wünsche und Vorstellungen der Unternehmen adaptiert werden, bevor neue Gebiete erschlossen werden. Dasselbe gilt auch für den Wohnbau.

Bestehende Flächen durch Nachverdichtung besser nutzen

Das billigste Bauland ist jenes, das nicht benötigt wird. Nachverdichtung in Städten und Siedlungen ermöglicht neuen Wohnraum, ohne zusätzliches Bauland in Anspruch zu nehmen. Nachverdichtung von bestehenden Gebäuden und Siedlungen ist durch Dachgeschoßaufbauten, Zubauten oder Ersatzneubauten möglich. Die Vorteile der Nachverdichtung sind vielfältig: Entfall der Grundkosten, kaum Zusatzkosten für kommunale technische Infrastruktur, bessere Auslastung bestehender sozialer Infrastruktur, Präferenz der Wohnungssuchenden für derartige Lagen, auch eine weitere Flächenversiegelung wird mittels Nachverdichtung vermieden. Wir setzen uns daher für eine verpflichtende Prüfung der Möglichkeit einer Nachverdichtung im Falle umfassender Sanierungen im Gemeinnützigkeitsbereich ein.

Nachhaltiges Bauen als Benchmark

Umwelt- und Klimaschutz gewinnen auch beim Thema Wohnen an Bedeutung. Nachhaltiges Bauen darf keine Zukunftsvision sein – die Technologien dazu sind bereits verfügbar und müssen hier und jetzt zum Standard werden. Wir stehen für den Einsatz von nachhaltigen Materialien [z.B. Holz]. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass es künftig neben der gesetzlich einheitlichen Regelung von

vorgesehenen Parkplätzen, die bei einem Wohnungsbauprojekt verpflichtend vorgeschrieben sind, auch eine Regelung für eine gewisse Anzahl an Radstellplätzen und Car-Sharing-Parkplätzen gibt. Auch sollen in Zukunft bei allen Neubau-Projekten eine entsprechende Anzahl an e-Tankstellen sowie klimafitte Parkplätze mit eingeplant werden.

Altersgerechte Wohnformen: Möglichkeiten für „Alten-WG“ schaffen

Fürs Wohnen im Alter gibt es verschiedene Varianten. Die einen wohnen weiterhin zu Hause, andere ziehen in eine kleinere Wohnung. Wieder andere entscheiden sich für ein Seniorenheim. Eine weitere Möglichkeit gewinnt immer mehr Sympathien: die Senioren-Wohngemeinschaft, auch Alten-WG genannt. Hier teilen sich Gleichgesinnten Freude, Arbeit und Aktivitäten – aber auch die Pflichten im Haushalt. Dabei sind körperliche Beeinträchtigungen, Behinderungen oder auch Demenz keine Ausschlusskriterien, denn es soll künftig möglich sein, sich eine 24-Stunden-Betreuung zu „teilen“. Wir setzen uns für eine gesetzliche Lösung in diesem Sinne ein.

Vereinfachung des Mietrechts – Transparenz im Mietvertrag

Aktuell ist das österreichische Mietrecht sehr starr und für die meisten von uns ein Urwald voller Vorschriften, in dem man sich in aller Regel zwischen den Paragraphen verläuft. Selbst Mietrechtsexperten sind sich darüber einig, dass die derzeitigen Regelungen zu wenig Rechtssicherheit für die Mieterin bzw. den Mieter, aber auch für die Vermieterin bzw. den Vermieter, bringen. Wir setzen uns daher für eine Neukodifizierung des Mietrechts ein.

Wir brauchen mehr Transparenz bei den Mietverträgen, denn Mieterinnen und Mieter müssen wissen, wofür sie zahlen. Im Mietvertrag muss aufgeschlüsselt werden, welche Zu- oder Abschläge gemacht werden können, und es muss klar sein, welche Pflichten der Mieter und welche der Vermieter bei der Erhaltung der Wohnung hat. Damit wird erreicht, dass die Mietzinse besser vergleichbar und tendenziell günstiger werden.

Änderungen muss es auch bei den Eintrittsrechten in bestehende Mietverträge geben. Grundsätzlich sollen wie bisher Ehe- und Lebenspartner sowie minderjährige Kinder den bestehenden Mietzins übernehmen können. Für alle anderen Übernahme-

berechtigten soll aber der Richtwertmietzins gelten. Damit wird verhindert, dass Wohnungen lange Zeit leerstehen, anstatt auf den Markt zu kommen.

Entbürokratisierung des Bauens zur Senkung der Kosten

In den vergangenen Jahren sind die Anforderungen an Gebäude hinsichtlich Energieeffizienz, Barrierefreiheit oder Brandschutz deutlich gestiegen und dadurch auch die Wohnpreise. Immer mehr baurechtliche Bestimmungen kommen hinzu und zusätzlich haben sich die Baukosten im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten geradezu verdoppelt. Die Corona-Krise ist ein weiterer Preistreiber

in dieser Branche. Viele dieser Normen sind überzogen. Es werden Vorgaben geschaffen, die unverhältnismäßig sind: Beispielsweise machen die letzten 2 Prozent an Sicherheitsmaßnahmen oft 20 bis 30 Prozent der Gesamtkosten aus. Daher setzen wir uns für eine Entbürokratisierung der Bauvorschriften ein. Gleichzeitig muss auch der Förderdschungel in diesem Bereich gelichtet werden, um den Menschen bei der Suche nach Förderungen für Hausbau oder Wohnungskauf, aber auch bei Sanierungen etc. eine einfachere Übersicht über das Angebot zu geben.

Die neuen Antworten für Österreichs Vereine und das Ehrenamt

Tatkraft, Fleiß, Einsatz und Engagement für die Gemeinschaft sind Werte, die die Menschen in Österreich auszeichnen. Werte, die hier gelebt werden, im Beruf, in der Familie und in vielen anderen Bereichen, wo sich Menschen einbringen und engagieren. Diese ehrenamtlichen Leistungen sind ein wesentlicher Beitrag für den Zusammenhalt der österreichischen Gesellschaft. In allen Dörfern und Städten des Landes tragen sie dazu bei, dass Menschen aufeinander achten und das gesellschaftliche Miteinander belebt wird. Gerade im ländlichen Raum sichert ehrenamtliches Engagement auch wesentliche Leistungen, etwa im Sozialbereich, im Sport, in der Kultur oder in der Bildung.

Rund die Hälfte der österreichischen Bevölkerung ab 15 Jahren engagiert sich in irgendeiner Form ehrenamtlich. D.h. jede und jeder Zweite stellt der Allgemeinheit ihre bzw. seine Arbeitskraft und Freizeit zur Verfügung.

Die Leistungen der vielen ehrenamtlich engagierten Menschen kann man gar nicht genug wertschätzen. Es geht uns um die Anerkennung für die Menschen, die freiwillig mehr leisten, als sie leisten müssten. Menschen, die helfen, ohne danach zu fragen: Was bekomme ich dafür bezahlt? Ehrenamt muss den notwendigen Stellenwert bekommen und öffentlich noch sichtbarer werden.

Wer sich freiwillig engagiert, leistet seinen Beitrag zu einem Gesellschaftssystem, das auf Vertrauen

und Solidarität, Eigeninitiative und Verantwortung aufbaut. Das Engagement jeder Einzelnen und jedes Einzelnen bringt Chancen für alle: Eine Bürgergesellschaft, die von der Idee und Arbeit ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt, wird die Herausforderungen wie zum Beispiel im Pflege- und Betreuungssystem in Zukunft besser bewältigen können.

Als christlich-soziale Arbeitnehmervertretung stehen wir nicht für die Vollkaskogesellschaft, in der alles und jedes der Staat übernimmt. Was wir wollen, ist eine Bürgergesellschaft, in der die Menschen selbst Hand anlegen und nicht nur die Hand aufhalten.

Das Ehrenamt stärkt und erhält die Zivilgesellschaft, es schafft soziale Bindungen, trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, fördert die Lebensqualität und den sozialen Fortschritt. Das ehrenamtliche Engagement ist ein wichtiger Faktor für Integration. Es liegt ein enormes Potenzial im System des freiwilligen Engagements. Dieses muss sichtbar gemacht und ausgebaut werden. Wir müssen Ressourcen in diesem Bereich bündeln und Initiativen, wie z.B. das freiwillige soziale Jahr oder die gelebte Nachbarschaftshilfe, fördern und anerkennen.

Viele Tätigkeiten im freiwilligen Bereich, wie etwa das gut funktionierende und wichtige Vereinswesen, lassen sich nur ehrenamtlich organisieren. Ehrenamtlich Tätige setzen ihre persönliche Kraft ein, um anderen zu helfen, Gemeinschaft zu stiften und den Zusammenhalt zu fördern. Die Pflege der in-

stitutionellen ehrenamtlichen Strukturen ist für den ÖAAB daher unverzichtbar und bedarf gesetzlicher Rahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, den Firmen die Freistellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Einsätze zu erleichtern, gleichzeitig den Helferinnen und Helfern die Lohnfortzahlung zu gewährleisten und damit das Ehrenamt insgesamt zu stärken. Jeder, der sich freiwillig engagiert, erwartet sich dafür Anerkennung, möchte einen guten Versicherungsschutz, Beratung und Fortbildung, dafür gilt es den gesetzlichen Rahmen zu schaffen. Denn Solidarität darf nicht als Selbstverständlichkeit empfunden werden, sondern muss auch unterstützt und gefördert werden.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Steuerliche Anerkennung von ehrenamtlichen Tätigkeiten – Ehrenamtpauschale einführen**
- ▶ **Klare rechtliche Rahmenbedingungen im Vereins- und Freiwilligengesetz**
- ▶ **Ehrenamts-Pass einführen**
- ▶ **Einstellung Ehrenamtlicher: Bund als Vorbild**
- ▶ **Ehrenamt als Vorteil bei Wohnungsvergabe und Ermäßigung für Ehrenamtliche in Gemeinde-, Landes- und Bundesbetrieben**
- ▶ **One-Stop-Shop „Ehrenamt“ mit Ehrenamtsbörse**
- ▶ **Staatliches Gütesiegel „Freiwilligenfreundliches Unternehmen“ einführen**
- ▶ **Integration durch ehrenamtliches Engagement**
- ▶ **Kostenlose Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen für Vereine**
- ▶ **Rechtssicherheit für Vereine, bei Arbeit mit Kindern und Jugendlichen**
- ▶ **Weiterentwicklung der „Pauschalen Reiseaufwandsentschädigung“**
- ▶ **Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden und Mitgliedsbeiträgen für gemeinnützige Einrichtungen**

Steuerliche Anerkennung von ehrenamtlichen Tätigkeiten – Ehrenamtpauschale einführen

Jede und jeder, der sich freiwillig engagiert, erwartet keinen Lohn für diese Leistungen, die eine große Hilfe für die Allgemeinheit darstellen. Dieses Engagement ist förderungswürdig und erwartet sich dafür Anerkennung. Besonders steuerrechtliche Regelungen sind oftmals gewünscht. Daher setzen wir uns für die Einführung einer Ehrenamtpauschale ein. Diese Ehrenamtpauschale soll ein steuerlicher Absetzbarbetrag von bis zu 800 Euro im Jahr für Aufwendungen im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit sein. Auch eine steuerliche Absetzbarkeit von Kosten für eine Fortbildung, die im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit absolviert wird, soll eingeführt werden.

Klare rechtliche Rahmenbedingungen im Vereins- und Freiwilligengesetz

Wir sehen im Ehrenamt einen wichtigen Ausdruck politischen und gesellschaftlichen Engagements. Das Ehrenamt dient der Entfaltung der bzw. des Einzelnen und dem Gemeinwohl. Freiwilligenarbeit soll zeitgemäß gefördert und unterstützt, aber nicht überreguliert werden. Das Vereinsgesetz und das Freiwilligengesetz gehören evaluiert, denn viele ehrenamtlich Tätige kennen ihre Rechte und Pflichten zu wenig. Daher setzen wir uns für eine Überarbeitung der beiden Gesetze ein, die praxisnah und in einfacher Sprache die Rechtsmaterie für die ehrenamtlich Tätigen leichter nachvollziehbar macht. Das würde auch eine Rechtssicherheit für Funktionärinnen und Funktionäre in Vereinen bringen. Auch entsprechendes Informationsmaterial für freiwilliges Engagement soll in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden.

Ehrenamts-Pass einführen

Als Anerkennung für ehrenamtliches Engagement soll künftig ein Ehrenamts-Pass ausgestellt werden können. Er ist ein Dankeschön an die Menschen, die schon jahrelang selbstverständlich und zuverlässig ehrenamtliche Arbeit leisten. Der Ehrenamts-Pass soll ein persönliches Dokument sein, das als Dokumentation für die Art und den Umfang der ehrenamtlichen Tätigkeit dienen, und mit den dafür erforderlichen Fähigkeiten und etwaigen Qualifizierungsmaßnahmen verknüpft sein soll. Und bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten sollten Vor-

teile für die berufliche Laufbahn oder das Studium bringen, z.B. jemand, der sich beim Roten Kreuz engagiert, könnte Punkte für den Medizinaufnahmetest bzw. das Studium gutgeschrieben bekommen. Neben der gedruckten Form soll auch eine Online-Variante angeboten werden.

Einstellung Ehrenamtlicher: Bund als Vorbild

Ehrenamt funktioniert nicht ohne Unterstützung und Anerkennung von Gesellschaft und Arbeitgebern. Neben öffentlichen Ehrungen für Ehrenamtliche sollen auch die erworbenen Kompetenzen verstärkt in der Gesellschaft berücksichtigt werden. Teamfähig, stressresistent oder auch flexibel sind Begriffe, die man in Bewerbungen und Lebensläufe schreibt. Bei ehrenamtlich Tätigen sollen diese Fähigkeiten im Ehrenamts-Pass vermerkt sein. Soziales Engagement soll ein Wettbewerbsvorteil für den Job werden. Der öffentliche Dienst kann hier als Vorbild wirken, indem die in der Freiwilligenarbeit erworbenen Kompetenzen bei Bewerbungen stärker berücksichtigt werden.

Ehrenamt als Vorteil bei Wohnungsvergabe und Ermäßigung für Ehrenamtliche in Gemeinde-, Landes- und Bundesbetrieben

Man kann mit dem Ehrenamt soziale Verantwortung übernehmen und zu einer Sache beitragen, die einem selbst wichtig ist. Es bietet die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Mitgestaltung und dazu kann es natürlich auch noch eine Menge Spaß bringen. Künftig sollen ehrenamtlich Tätige auch einen Vorteil für ihr Engagement erhalten. So sollen sie - mithilfe der Eintragungen im Ehrenamts-Pass – einen Vorteil bei der Wohnungsvergabe bei Gemeinde-, Landes- und Bundeswohnungen erhalten und darüber hinaus auch noch Ermäßigungen bei Eintrittspreisen in Gemeinde-, Landes- und Bundesbetrieben, wie z.B. bei Theatervorstellungen oder bei Musikveranstaltungen, Eintrittspreisen für Museen, für Schwimm- und Freibäder etc.

One-Stop-Shop „Ehrenamt“ mit Ehrenamtsbörse

Es braucht eine digitale Plattform, wo Angebot und Nachfrage an Freiwilligenarbeit benutzerfreundlich zusammengeführt werden. Noch immer sagen rund 65 Prozent der Befragten, dass sie deshalb

nicht freiwillig tätig sind, weil sie noch nie gefragt oder gebeten wurden. Es muss ein Zusammenspiel von sozial und digital geben – und das auf einem qualitativ hohen Niveau. Daher setzen wir uns für einen One-Stop-Shop „Ehrenamt“ und den Aufbau regionaler „Ehrenamtsbörsen“ zur besseren Vernetzung der Vereine [Terminkoordinierung, Nutzung der örtlichen Raum- und Infrastruktur, Zusammenführung von potenziellen Freiwilligen und Vereinen/Einsatzfeldern] ein.

Staatliches Gütesiegel „Freiwilligenfreundliches Unternehmen“ einführen

Wir müssen die positiven Effekte ehrenamtlicher Arbeit viel mehr vor den Vorhang holen und entsprechend würdigen, denn ehrenamtliches Engagement braucht öffentliche Anerkennung. Aufgabe der Politik ist es nachhaltige Anreize zu schaffen, um Freiwilligenarbeit zu forcieren. Gleichzeitig sollen auch Unternehmen, die den bei ihnen beschäftigten Ehrenamtlichen, z.B. eine Auszeit für den Einsatz geben, ein besonderes Gütesiegel erhalten, dass sie als Arbeitgeber Ehrenamt unterstützen und wertschätzen, und damit auch ein attraktiver Arbeitgeber für ehrenamtlich Tätige sind. Analog zur bereits bestehenden Zertifizierung „berufundfamilie“ soll dieses neue Gütesiegel ein maßgeschneidertes Instrument für Unternehmen aller Branchen, Betriebsgrößen sowie Rechts- und Unternehmensformen sein.

Integration durch ehrenamtliches Engagement

Ehrenamt und Vereine sind das Rückgrat unserer Gesellschaft, vor allem im ländlichen Raum. Das beginnt bei der Arbeit bei der freiwilligen Feuerwehr oder beim Roten Kreuz, geht über die Aufrechterhaltung des lokalen Brauchtums bis hin zur Organisation des gesellschaftlichen Lebens durch Sportveranstaltungen, Feste und andere Veranstaltungen, die das Leben der Menschen bereichern. Wir müssen diese Aktivitäten stärken und dabei die Menschen integrieren, die zugewandert sind und sich offen für unsere Kultur und unsere Werte zeigen. Wenn Menschen gemeinsam Verantwortung für eine gemeinsame Sache übernehmen, bauen sie auch schneller Vorbehalte ab und stellen das Gemeinsame vor das Trennende.

Kostenlose Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen für Vereine

Um mehr Anerkennung und Unterstützung für das Ehrenamt zu gewährleisten, soll es künftig besser möglich sein, in den Gemeinden mithilfe einer bundesweit einheitlichen Förderung den ehrenamtlich tätigen Vereinen öffentliche Einrichtungen unter gewissen Bedingungen zur Verfügung stellen können. So sollen z.B. Sportvereine die Möglichkeit bekommen, in Schulen den Turnsaal benützen zu können, gleichzeitig sollen sie aber Probetrainings gratis anbieten. Oder Musikkapellen dürfen im Gemeindeamt einen Saal benützen, sollen aber im Gegenzug im Musikunterricht in den örtlichen Schulen aktiv werden. So schaffen wir eine Win-win-Situation für den jeweiligen Verein und fördern gleichzeitig die Nachwuchsarbeit.

Rechtssicherheit für Vereine, bei Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Das Ehrenamt leistet viel, besonders im Kinder- und Jugendbereich. Bei dieser Arbeit orientieren sich die ehrenamtlichen Tätigkeiten an den Bedürfnissen von jungen Menschen und handeln auch in deren Interesse. Diese Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist besonders sensibel. Um die in diesem Bereich Tätigen zu unterstützen und ihnen auch Rechtssicherheit zu geben, setzen wir uns dafür ein, dass es künftig eine Mindestanforderung für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gibt, die erfüllt werden muss. So soll vor der Aufnahme dieser Tätigkeiten ein Nachweis über Schulungen zum Thema Vereinsrecht, Kinderschutz, Gewaltprävention und Erste Hilfe erforderlich sein. Bereits im Kindergarten kann durch die Zusammenarbeit mit Vereinen eine Sensibilisierung auf Ehrenamt erfolgen. Es könnte außerdem bei der Kinderbetreuung eine Zusammenarbeit mit Vereinen angestrebt werden.

Weiterentwicklung der „Pauschalen Reiseaufwandsentschädigung“

Gemeinnützige Sportvereine können im Rahmen der „Pauschalen Reiseaufwandsentschädigung“ bis zu 60 Euro pro Einsatztag, insgesamt 540 Euro pro Monat, steuer- und sozialversicherungsfrei an Sportlerinnen und Sportler, Trainerinnen und Trainer, Schiedsrichterinnen und -schiedsrichter sowie Sportbetreuerinnen und Sportbetreuer als Aufwandsersatzung (§3 Abs1 Z16c EstG) auszahlen. Voraussetzung für diese Auszahlung ist, dass es sich nur um eine nebenberufliche Tätigkeit (=nicht Hauptberuf und Hauptquelle der Einnahmen) handelt. Diese „Pauschale Reiseaufwandsentschädigung“ hat sich im Sportbereich sehr bewährt, daher setzen wir uns für eine Ausweitung dieser Regelung auf andere Bereiche (Kultur, Soziales, Rettungsdienste u.a.) und eine jährliche Wertsicherung derselben ein.

Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden und Mitgliedsbeiträgen für gemeinnützige Einrichtungen

Spenden sind für die Finanzierung von Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sehr wichtig. Bereits jetzt sind Zuwendungen, die man an eine spendenbegünstigte Einrichtung leistet, steuerlich als Sonderausgaben absetzbar. Abzugsfähig sind Spenden an Empfänger, die im Gesetz ausdrücklich aufgezählt sind und an Empfänger, die zum Zeitpunkt der Spende über einen gültigen Spendenbegünstigungsbescheid verfügen und in der Liste der spendenbegünstigten Einrichtungen auf der Website des BMF ohne Gültigkeitsende aufscheinen. Diese Spendenabsetzbarkeit soll künftig ausgeweitet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden sowie Mitgliedsbeiträgen an gemeinnützige GmbHS und Stiftungen auch auf weitere Bereiche wie Sport, Bildung und Kultur ausgedehnt wird.

Die neuen Antworten für Österreichs Familien

Die erste und wichtigste Gemeinschaft für Menschen ist die Familie. Sie ist das Wichtigste im persönlichen Werdegang eines Menschen und das Wichtigste für ein Land, um die Zukunft zu sichern.

Familie ist Ort prägender Ersterfahrungen und verdient die bestmögliche Unterstützung durch Politik und geeignete Rahmenbedingungen. Diese sollen den Menschen ermöglichen, ihr Familienleben so zu gestalten, wie es ihren Wünschen entspricht. Familienfreundlichkeit ist nicht nur eine Frage von sozialer Verantwortung, sondern von elementarer Bedeutung für den Wirtschafts-, Lebens- und Zukunftsstandort. Zur Förderung von Familien dienen die vielfältigen und im internationalen Vergleich sehr großzügigen Familienleistungen. Diese konnten die in Österreich in den letzten Jahren weiterentwickelt und ausgebaut werden. Diesen Weg gilt es fortzusetzen.

Familien sind auch ein zentraler Erlebensort für ältere Menschen, wenn sie nicht am Rand der Gesellschaft stehen sollen. Ein modernes Bild des Alterns stellt ältere Menschen mit ihren Fähigkeiten in den Mittelpunkt. Die steigende Lebenserwartung sehen wir als Chance auf Selbstentfaltung im Alter, von welcher die und der Einzelne und die ganze Gesellschaft profitieren sollen. Ältere Menschen sollen in unserer Gesellschaft Schutz, Sinn und Lebenserfüllung finden. Menschen aller Altersstufen sollen die Chancen der digitalen Welt und alle Möglichkeiten der Weiterbildung nutzen können.

Im Zusammenwirken der Generationen in Familien und in der Gesellschaft sehen wir eine besondere Qualität solidarischen Zusammenlebens. Aus der Familie geht die nächste Generation hervor. Dort machen Kinder ihre grundlegendsten Erfahrungen, erleben, dass sie um ihrer selbst willen geliebt werden, werden sozialisiert und lernen, Verantwortung zu übernehmen. Die Leistungen der Familien sind unschätzbar, unbezahlbar und für die bzw. den Einzelnen sowie die Gesamtgesellschaft unersetzbar.

Familie unterstützt auch die vorangehende Generation: Im wachsenden Anteil der älteren Menschen sehen wir keine Bedrohung, sondern eine Chance. Zusammenhalt mit Älteren ist eine wichtige solidarische Leistung von Familien.

In allen Lebensphasen spielen die derzeit vorwiegend von Frauen erbrachten Leistungen für Familienarbeit und Pflege eine Schlüsselrolle. Damit diese Leistungen honoriert und verstärkt auch von Männern wahrgenommen werden, braucht es ein gleichberechtigtes, partnerschaftliches Miteinander aller Lebensbereiche. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern darf kein bloßes Schlagwort sein, muss durch Politik unterstützt, und darf weder durch kulturelle noch religiöse Vorstellungen infrage gestellt werden.

Wir stehen für gleiche Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit und für die Selbstbestimmung von Frauen im Beruf, in der Familie und in der Gesellschaft. Wir setzen uns aktiv für die gleichberechtigte Vertretung von Frauen in der Politik ein und fördern ihr Engagement. Wir wollen Männern mehr Zeit für ihre Familien ermöglichen.

Die Arbeitswelt muss so gestaltet sein, dass ausreichend Zeit für das Familienleben übrig ist. Der Arbeitsverdienst muss so gestaltet sein, dass er Basis der Finanzierung eines guten Familienlebens sein kann. Familie und Beruf dürfen weder theoretisch noch praktisch in einem Gegensatz stehen: Wir wollen Wahlfreiheit ermöglichen und respektieren die persönliche Entscheidung der Lebensgestaltung: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie ein Lebensabschnitt, in dem sich Familien mit Kindern - in ihren vielfältigen Formen und Konstellationen - ganz diesen widmen, sind Anforderungen, die wir unterstützen und durch unsere Politik ermöglichen wollen. Wir wollen familienbedingte Teilzeit als Ausdruck der freien Lebensgestaltung unterstützen und negative Konsequenzen auf die Pension durch geeignete Maßnahmen abfedern. Familienbedingte Teilzeit ist ein Dienst an der Gesamtgesellschaft. Wir wollen das honorieren und verhindern, dass dies zu Altersarmut führt.

Gefordert sind dabei nicht nur die Familien, sondern auch das Bildungssystem und die Einrichtungen der außerfamilialen Kinderbetreuung, die Arbeitswelt und die politischen Institutionen. Familie darf nicht kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen zum Opfer fallen.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Stärkere Berücksichtigung der Familien im Steuersystem – Familienbonus Plus erhöhen**
- ▶ **Arbeitswelt an die Bedürfnisse von Familien anpassen**
- ▶ **Flächendeckender und adäquater Ausbau von Kinderbetreuung**
- ▶ **Förderungen für die Errichtung von Betriebskindergärten ausbauen**
- ▶ **Sommerferien-Betreuung in Gemeinden ausbauen**
- ▶ **Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes zum Eltern-Kind-Pass bis zum 18. Lebensjahr**
- ▶ **Elternbildung und pädagogische Beratung ausbauen**

Familien brauchen Geld: Stärkere Berücksichtigung der Familien im Steuersystem – Familienbonus Plus erhöhen

2019 wurde mit dem Familienbonus Plus das größte Entlastungspaket für Familien in der Geschichte der Zweiten Republik umgesetzt. Nicht weniger als 950.000 Familien mit 1,6 Millionen Kindern profitieren seit der Einführung und werden von einer von einer Steuerlast von gesamt gesehen bis zu 1,5 Milliarden Euro befreit.

Bis zum 18. Geburtstag des Kindes beträgt die Entlastung bis zu 1.500 Euro. Danach steht ein reduzierter Familienbonus Plus in Höhe von 500 Euro jährlich zu, sofern für dieses Kind noch Familienbeihilfe bezogen wird.

Familienarbeit ist unbezahlbar. Gerade jene Eltern, die neben der Erziehung ihrer Kinder berufstätig sind, sollen dennoch für ihre Leistung der Kindererziehung eine spürbare Anerkennung erfahren. Deshalb setzen wir uns für eine Erhöhung des bestehenden Familienbonus Plus von 1.500 Euro auf 1.750 Euro jährlich pro Kind ein. Auch für Kinder über 18 soll der steuerliche Absetzbetrag von 500 auf 750 Euro erhöht werden.

Familien brauchen Zeit: Arbeitswelt an die Bedürfnisse von Familien anpassen

Damit Eltern jüngerer Kinder so viel Zeit für ihre Kinder aufbringen können, wie sie selbst es für richtig halten, setzt sich der ÖAAB für flexible Arbeitszeitmodelle ein. Nicht unternehmensgerechte Familien sind zukunftsfähig, sondern familiengerechte Unternehmen. Das ist im Interesse der gesamten Wertschöpfung und damit des Wohlstands in Österreich. Wirtschaft und Unternehmen sind hier in der Pflicht. Moderne Unternehmen haben längst erkannt, dass sie hier eine große Chance haben, mit Gewinn Gutes zu tun. Dort, wo auf die Lebens- und Familienwelt Rücksicht genommen wird, wächst die Loyalität zum Betrieb, steigt die Motivation und sinken Abwesenheiten. Eine unternehmenseigene Zeit-, Personal- und Organisationspolitik, die die Life-Family-Balance mit einbezieht, bringt auch einen Vorteil im Wettbewerb um die besten Köpfe. Eine Rücksicht auf Familien mit Kindern ist auch ökonomisch wertvoll und eine der wesentlichen Säulen einer nachhaltigen Familienpolitik.

Familien brauchen Infrastruktur: Flächendeckender und adäquater Ausbau von Kinderbetreuung

Um die Vereinbarkeit von Familien und Beruf zu verbessern, braucht es einen adäquaten und flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuung mit bedarfsgerechten Ganzjahresöffnungszeiten auch für Kleinkinder. Besonders für die Randzeiten, Abende, Wochenenden, Feiertage, Ferienzeiten und dergleichen hat sich das System der Tageseltern bewährt. Diese Möglichkeit der Betreuung muss weiter ausgebaut und forciert werden. Denn Wahlfreiheit gibt es nur, wenn entsprechende Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

Familien brauchen Infrastruktur: Förderungen für die Errichtung von Betriebskindergärten ausbauen

Nur wenige Unternehmen in Österreich bieten bislang einen Betriebskindergarten an. Auch wenn die Einrichtung eines Betriebskindergartens mit enormen Kosten für den Arbeitgeber verbunden ist, sind die Vorteile eines Betriebskindergartens enorm. Eine deutsche Studie hat gezeigt, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schneller und mit mehr Stunden in ihren Job zurückkehren, wenn ihre Kinder direkt im Unternehmen betreut werden. Das

erspart den Arbeitgebern hohe Recruitingkosten und verschafft dem Unternehmen eine bessere Mitarbeiterbindung. Daher setzen wir uns ein, dass die bestehenden Förderungen für die Errichtung eines Betriebskindergartens ausgebaut werden. Auch durch einen Zusammenschluss von mehreren Firmen im näheren Umfeld soll es möglich gemacht werden, einen Kindergarten zu gründen. Gleichzeitig muss es auch möglich sein, dass der Betriebskindergarten eigene Sommerferienprogramme für Kinder anbieten kann, um den angestellten Eltern die betreuungsintensive Zeit zwischen Juli und August zu erleichtern.

Ist die Errichtung eines Betriebskindergartens nicht möglich, könnten Arbeitgeber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bereits jetzt Zuschüsse zur Kinderbetreuung als Social Benefit zukommen lassen. Dieser Zuschuss ist bis zu einer Höhe von 1.000 Euro pro Kalenderjahr sozialabgaben- und lohnsteuerfrei. Dieser Betrag soll evaluiert und im Bedarfsfall erhöht werden.

Familien brauchen Infrastruktur: Sommerferien-Betreuung in Gemeinden ausbauen

Um den Eltern und Gemeinden eine rechtzeitige sowie unterstützende Planung der Betreuung von Schulkindern in den neun-wöchigen Sommerferien zu ermöglichen, setzen wir uns für einen Ausbau der Sommerferien-Betreuung vor Ort in der Gemeinde ein. Eltern sollen künftig in jeder Gemeinde in Österreich (oder im Gemeindeverband) ein kostenfreies Angebot mit qualitativ hoher freizeitpädagogischer und lehrender Komponente vorfinden. Dieses Angebot soll durch Zuwendungen von Ländern und Bund ermöglicht werden.

Weiterentwicklung des Mutter-Kind- PASSES zum Eltern-Kind-Pass bis zum 18. Lebensjahr

Der Mutter-Kind-Pass wurde bereits 1974 eingeführt. Das Programm wird seither kontinuierlich weiterentwickelt und dem Stand der medizinischen Wissenschaft und Erfahrung angepasst. Neben den medizinischen Untersuchungen fehlen aber immer noch die Aufnahme von standardisierten und qualitätsgesicherten Screenings zur psychischen Gesundheit, Ernährung, die Schaffung von Therapieoptionen und bessere Informationen und Beratung über Impfungen. Daher setzen wir uns für eine Wei-

terentwicklung des Mutter-Kind-Passes zu einem gesamtheitlichen Eltern-Kind-Pass ein, der über Gesundheitsaspekte hinaus zur Förderung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beiträgt. Auch Aspekte wie Integration, Elternbildung oder soziale Kompetenzen sind verstärkt in den Fokus zu rücken.

Elternbildung und pädagogische Beratung ausbauen

Die Erziehung von Kindern ist eine der größten Herausforderungen im Leben vieler Frauen und Männer. Im Allgemeinen verfügt jeder Elternteil selbst über Erfahrungen und Kompetenzen, um die Herausforderungen der täglichen Erziehungsarbeit zu bewältigen. Aber es gibt Augenblicke, in denen Mütter oder Väter an ihre Grenzen stoßen oder sich fragen, wie sie ihre Kinder noch besser fördern können. Darüber hinaus haben sich die Anforderungen an Familien durch Veränderungen im Berufsleben und in der Gesellschaft geändert. Um bei der Bewältigung des Familienalltags zu unterstützen und um Schwierigkeiten in der Eltern-Kind-Beziehung vorzubeugen, ist die Elternbildung ein adäquates Mittel. Elternbildung kann Mütter und Väter dabei unterstützen, Informationen zu sammeln, Erfahrungen mit anderen Eltern auszutauschen, eigene Stärken zu entdecken und praktische Anregungen für den Erziehungsalltag mitzunehmen. Ziel der Elternbildung ist es, die elterliche Kompetenz und die Erziehungsfähigkeit zu stärken und damit Schwierigkeiten in der Eltern-Kind-Beziehung vorzubeugen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass künftig Elternbildung in einem Eltern-Kind-Pass Platz findet. Neben diesen Elternbildungsmaßnahmen sollen auch Gesundheits- und Bildungsangebote, je nach Alter des Kindes, darin Eingang finden.

Die neuen Antworten für die Jugend in Österreich

Jugendpolitik versteht sich als Querschnittsmaterie und betrifft alle politischen Handlungsfelder gleichermaßen. Um diesen Anforderungen zu entsprechen, müssen wir nicht nur Politik für junge Menschen machen, sondern Jugendliche an den Tisch holen und mit ihnen Forderungen diskutieren und Lösungen erarbeiten.

Insbesondere sollen Jugendliche bei der Findung ihres individuellen geeigneten Bildungs- und Berufswegs unterstützt werden, unabhängig davon, ob sie sich für eine Lehre, eine schulische Ausbildung oder ein Studium entscheiden. Die allermeisten jungen Menschen wünschen sich, wenn sie an eine glückliche Zukunft denken, eine verlässliche Partnerschaft, eine Familie mit Kindern, eine gute Arbeit und eine ausgewogene Work-Life-Balance. Und dennoch bleiben diese Lebensentwürfe oft unerfüllt, nicht weil junge Menschen egoistisch nur an sich selbst denken, sondern weil die Verhältnisse so sind, wie sie sind. Wir wollen, dass die Träume junger Menschen in Erfüllung gehen können.

Als ÖAAB bekennen wir uns klar zum Leistungsgedanken. Dabei müssen wir immer bedenken, dass wir nur gemeinsam heute an morgen denken können. Dazu gehört auch die Überprüfung von staatlichen Ausgaben und deren Wirkung für kommende Generationen. Mit einem „Generationen-Budgeting“ können nachhaltig Auswirkungen für die Jugend als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Morgen beleuchtet werden. Dabei setzt sich der ÖAAB ganz klar für die Schaffung verschiedener Institutionen ein, in denen junge Menschen politische Forderungen artikulieren und beschließen. Diese Ergebnisse müssen im Anschluss weiterverfolgt werden, denn damit schaffen wir echte Beteiligung der Jugend an politischen Prozessen. Die Umsetzung und stetige Weiterentwicklung der Jugendstrategie als gesamtheitlicher und ressortübergreifender Zugang zur nachhaltigen Verankerung von Interessen und Bedürfnissen junger Menschen soll dabei gewährleistet werden.

Die Corona-Pandemie hat die Jugend zwar nicht in gesundheitlicher Hinsicht primär betroffen, aber gerade junge Menschen im ganzen Land wurden von den Auswirkungen beeinträchtigt und waren

massiv eingeschränkt. Wir haben eine solidarische Jugend erlebt, die sich an die Maßnahmen gehalten hat, um andere Generationen zu schützen. Es haben auch viele ehrenamtlich arbeitende, junge Menschen bewiesen, dass auf sie Verlass ist.

Unsere Aufgabe ist es, der Solidarität zwischen Generationen gerecht zu werden und die Jugend sowie ihre Anliegen in all unseren Entscheidungen zu berücksichtigen.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Gezielte Förderung von jungen Menschen ohne Abschluss**
- ▶ **Work-Life-Balance auch für junge Menschen in Ausbildung**
- ▶ **Faire Bezahlung und faire Voraussetzungen**
- ▶ **Wohnraum als Starthilfe für junge Menschen**
- ▶ **Mehr Psychotherapieplätze für Junge**
- ▶ **Begeisterung von jungen Menschen für den Lehrberuf**
- ▶ **Junge sollen sich politisch beteiligen können**
- ▶ **Kinderarmut mit Sachleistungen bekämpfen**

Gezielte Förderung von jungen Menschen ohne Abschluss

Junge Menschen, die keine Ausbildung abgeschlossen haben, dürfen wir nicht im Stich lassen. Hier müssen rechtzeitig Maßnahmen gesetzt werden, um zu verhindern, dass sie zu Langzeitarbeitslosen von morgen werden. Gerade Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die weder einen schulischen Abschluss noch eine andere abgeschlossene Ausbildung vorweisen können und nie im Arbeitsmarkt angekommen sind, sollen zielgerichteter gefördert und bei ihrer Suche nach einem Beruf besser begleitet werden. Dazu gehören auch Umschulungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen schon am Beginn eines Erwerbslebens.

Work-Life-Balance auch für junge Menschen in Ausbildung

Der Anspruch einer Balance zwischen Arbeitsleben und privater Freizeit ist in unserer Gesellschaft mittlerweile nicht mehr wegzudenken. Auch für junge Menschen, die noch in Ausbildung und noch nicht im Erwerbsleben angekommen sind, muss eine ausgewogene Einteilung ihrer Zeit Priorität haben. Darüber hinaus muss jungen Menschen schon in der Schule das richtige Zeitmanagement vermittelt werden. Hier kann beispielsweise die 8-8-8 Regel nach Owen zur Anwendung kommen. Dabei werden 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Schlaf und 8 Stunden Freizeit vorausgesetzt.

Faire Bezahlung und faire Voraussetzungen

Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bringen neuen Schwung in die Arbeitswelt, in ihre Betriebe und Unternehmen. Parallel dazu sind sie gerade am Beginn des Erwerbslebens mit sehr vielen Kosten konfrontiert, die sie zu tragen haben, wenn sie eine Familie gründen oder sich ein Eigenheim schaffen wollen. Daher fordern wir, dass für gleiche und gleichwertige Arbeit gleiches bezahlt werden muss, unabhängig davon, wie alt die Person ist. Dabei soll einzig die Qualifikation ausschlaggebend sein und realitätsfremde Anforderungsprofile von Unternehmen dürfen nicht zur Norm werden.

Wohnraum als Starthilfe für junge Menschen

Um junge Menschen beim Start in ein selbstständiges Erwerbsleben bestmöglich zu unterstützen, liegt es in unserem Interesse als Gesellschaft, junges Wohnen und die frühzeitige Schaffung von Eigentum zu fördern. Verschiedene Modelle zur Förderung von Starterwohnungen für Junge in Gemeinden oder die Schaffung von attraktiven und geförderten Miet-/Kauf-Modellen sind hier klar zu bevorzugen. Hier braucht es auch klare Grenzen bei Starterwohnungen, was die Dauer der Miete oder das Alter der jeweiligen Mieter betrifft.

Mehr Psychotherapieplätze für Junge

Psychische Gesundheit ist in unserer Gesellschaft immer noch ein Tabuthema. Mentale Gesundheit und eine damit verbundene Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen im Umgang miteinander ist ebenso wichtig, wie eine vermehrte Betreuung

und die Ausbildung von Lehrkräften. Dazu braucht es den Ausbau von mehr Kassenplätzen in der Psychotherapie für junge Menschen.

Begeisterung von jungen Menschen für den Lehrberuf

Um Junge auf die Möglichkeiten der Lehre früher hinzuweisen, möchten wir eine Berufsorientierung für alle ab der 5. Schulstufe einführen. Zudem braucht es mehr Schnuppertage direkt im Betrieb. Eltern haben in diesem Alter ihrer Kinder sehr viel Mitsprache, wenn es um die zukünftige Ausbildung geht. Deshalb möchten wir mit Aktionen wie Elterntagen in Betrieben auch die Eltern ansprechen und vom Lehrberuf begeistern. Die Lehre ist schon lange keine Sackgasse mehr und bietet großartige Chancen.

Junge sollen sich politisch beteiligen können

Wir möchten junge Menschen in Vereinen die Chance auf Führungspositionen geben. Außerdem sollen sie in politische Prozesse noch stärker eingebunden werden. Dazu bräuchte es eine Altersbegrenzung für Jugendgemeinderäte auf unter 35 Jahre. Auch bei wichtigen Entscheidungen im Betrieb möchten wir, dass Junge mitbestimmen können.

Kinderarmut mit Sachleistungen bekämpfen

Kein Kind in Österreich sollte von Armut bedroht sein. Damit das Geld aber auch wirklich den Kindern zugutekommt, setzen wir uns für Förderungen in Form von Sachleistungen oder Gutscheinen ein.



Die neuen Antworten auf Zukunftsfragen unserer Arbeit.

Arbeitsland Österreich mit Zukunft.

Kapitel 3



III. Die neuen Antworten auf Zukunftsfragen unserer Arbeit.

Arbeitsland Österreich mit Zukunft.

Die Arbeitswelt unterlag schon immer einem Wandel. Seit ungefähr 250 Jahren macht sich dieser Wandel besonders bemerkbar: Mit der Erfindung und der Weiterentwicklung der Dampfmaschine setzte dieser Wandel ein. Kurze Zeit später wurden erste Eisenbahnstrecken in Betrieb genommen, auf denen Waren und Personen transportiert wurden. Diese industrielle Revolution sorgte für Arbeit in Manufakturen und großen Fabriken statt am heimischen Webstuhl. In weiterer Folge wurde der Strom erfunden, die Elektronik und erste Computer hielten Einzug. Heutzutage findet sich in fast jedem Haushalt ein Laptop oder PC, ein Smartphone oder ein Tablet.

Digitalisierung, Robotisierung und Automatisierung sind Facetten des technischen Wandels, die sich auf vielfältige Weise auf die Arbeit selbst und auf den Arbeitsmarkt auswirken. Oftmals werden Produkte nicht mehr von Hand hergestellt, sondern mehr Maschinen kommen zum Einsatz. Alte Arbeitsplätze fallen weg, neue entstehen, die oft anspruchsvoller sind. Doch nicht nur die Arbeitsmittel ändern sich, die Veränderung wirkt sich auch auf die Arbeitsformen und den Arbeitsbegriff aus. Die Beschäftigten stehen vor der Herausforderung, mit dieser Veränderung am Arbeitsmarkt Schritt zu halten.

Neben der technischen Entwicklung stellt uns auch der demografische Wandel vor große Herausforderungen. Diese betreffen uns, unsere Familien, die Gesellschaft, die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, den Sozialstaat und das Verhältnis zwischen Jung und Alt. Um den Ansprüchen einer veränderten Bevölkerungsstruktur zu genügen und den Menschen jeden Alters politische, ökonomische und soziale Teilhabe zu ermöglichen, braucht es ein Miteinander von Jung und Alt, das Prinzip Generationenvertrag und eine Politik der Generationengerechtigkeit.

Auch die Globalisierung prägt unseren Alltag. Wir

leben in einer weltweit vernetzten Informations- und Wissensgesellschaft und kommunizieren und kooperieren mit Menschen rund um den Globus. Internationale Handelsbeziehungen sind ein fester Bestandteil nationaler Wirtschaftspolitiken. Migrationsströme vervielfachen Begegnungen im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Hier braucht es nationale Antworten auf internationale Probleme und Fragen, natürlich ist auch übernationale Regelung notwendig.

Ebenso verändert sich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite fundamental. Früher versprach die Arbeitgeberseite Sicherheit und einen lebenslangen Arbeitsplatz und die Arbeitnehmerseite Einsatz und Treue für das ganze Berufsleben. Das gehört weitgehend der Vergangenheit an. Heute handelt es sich oftmals um ein Verhältnis auf Zeit, das eine entsprechende Flexibilität von der Arbeitnehmerin bzw. vom Arbeitnehmer verlangt, gleichzeitig aber auch den Arbeitgeber fordert, Möglichkeiten zur Weiterentwicklung zu bieten.

Durch die rasante technische Entwicklung und die Veränderung der Arbeitswelt ist es für einen Großteil der Menschen erforderlich, sich mehrmals im Leben für neue Tätigkeiten zu entscheiden und zu qualifizieren. Es wechseln sich Angestelltenverhältnisse, Selbstständigkeit, freiberufliche Projektarbeit und temporäre Erwerbslosigkeit ab. Neue Beschäftigungsformen entstehen, ebenso wie eine neue „Kultur der Selbstständigkeit“.

Je schneller sich die Arbeitswelt verändert, desto wichtiger wird die Aus- und Weiterbildung. Ausbildung endet nicht mit der Schule bzw. mit der Lehrzeit. Lebensbegleitendes Lernen muss zur Selbstverständlichkeit werden. Es ist daher unerlässlich, die Inanspruchnahme von Bildungskarenz zu fördern. Beschäftigte müssen die Möglichkeit haben,

sich eine „Auszeit für Bildung“ zu nehmen. Diese „Auszeit für Bildung“ darf indessen kein Eliteprogramm oder Randphänomen sein, sondern muss für jeden - Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gleichermaßen - ganz selbstverständlich werden.

Qualifikation ist auch ein wichtiger Schlüssel zur Reduktion von Arbeitslosigkeit. Gerade wenig Qualifizierte sind besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Jeder zweite Arbeitslose hat weder Schul- noch Lehrabschluss. Die Unternehmen bieten allerdings immer weniger Jobs in einfachen Tätigkeiten an bzw. werden die oft auch von ausländischen Arbeitskräften wahrgenommen. Während somit auf der einen Seite am Arbeitsmarkt ein Überschuss an wenig qualifizierten Arbeitskräften herrscht, besteht auf der anderen Seite ein Mangel an Facharbeitern. Es gilt daher in Zukunft, Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt zusammenzuführen; vorhandene und nachgefragte Qualifikationen dürfen nicht länger auseinanderklaffen.

Wir müssen einen Umdenkprozess einleiten, dass Aus- und Weiterbildung nicht allein Aufgabe der öffentlichen Hand ist. Die Arbeitgeber sind ebenfalls aufgefordert, Menschen auszubilden und weiter zu qualifizieren. Sie müssen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Schulungs- und Trainingsaktivitäten unterstützen und sie zu kontinuierlichem Lernen und Ausbau ihrer Qualifikation motivieren. Zudem muss eine gute Aus- und Weiterbildung auch der bzw. dem zu Bildenden etwas wert sein. Eine Möglichkeit zur Finanzierung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen könnte beispielsweise das Zeitwertkonto bieten.

Auch der Schutz der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers kann nicht mehr wie in der industriellen Gesellschaft in starre Regeln gefasst werden, sondern muss auf die neuen Gegebenheiten Rücksicht nehmen und die Gefahren für den Menschen reduzieren. Dies umfasst den Schutz vor Selbstausbeutung bei gleichzeitiger möglichst hoher Selbstbestimmung. Gerade die fortschreitende technische Entwicklung macht eine ständige Er-

reichbarkeit und permanente Kontrolle der arbeitenden Menschen möglich – und lässt die Trennung zwischen Arbeitsplatz und Privatsphäre sowie zwischen Arbeit und Freizeit unschärfer werden und verschwimmen. Wir wollen den digitalen Wandel aktiv und bewusst gestalten. Denn auch in der digitalen Welt verlangt die Würde des arbeitenden Menschen nach menschengerechter Arbeit.

Für uns als christlich-soziale Arbeitnehmervertretung ist klar: Der Mensch lebt nicht um zu arbeiten, arbeitet nicht nur, um zu leben, sondern findet in der Arbeit einen Teil seiner Selbstverwirklichung. Erwerbsarbeit schafft eine Voraussetzung für ein eigenständiges Leben, sie ermöglicht Menschen einen Platz in der Gesellschaft und stiftet Identität. Der Mensch hat aber neben dem Arbeitsleben das Recht, seine Selbstverwirklichung im Dienst an der Gemeinschaft und im Dienst an der Familie zu verwirklichen. Die Verteilung der persönlichen Zeitressourcen darf ihr bzw. ihm nicht vorgeschrieben werden, sondern soll der persönlichen Planung überlassen sein.

Ein Auskommen mit dem Einkommen ist für uns nicht nur ein Schlagwort. Dem Leistungswillen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat Österreich viel zu verdanken. Doch wenn wir unseren hart erarbeiteten Wohlstand beibehalten wollen, müssen wir die richtige Anreizstruktur aufrechterhalten bzw. schaffen. Leistung muss sich lohnen und darf nicht bestraft werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Lohn- und Einkommenssteuer weiter gesenkt wird; damit mehr Netto vom Brutto bleibt.

Wesentlich für die Zukunft der Arbeit ist auch die Frage der Attraktivierung des Standorts Österreich. Internationale Unternehmen, die sich bei uns ansiedeln wollen und damit neue Arbeitsplätze schaffen, müssen Voraussetzungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, Wertschöpfung zu generieren, gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass diese Arbeitsplätze für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch attraktiv sind. Parallel müssen die heimischen Unternehmen mit

steuerlichen Anreizen und Abbau von bürokratischen Hürden von einer Abwanderung abgehalten werden. Eine Senkung der Lohnnebenkosten kann hier genauso eine Stellschraube sein, wie Erleichterungen bei der Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland mithilfe einer Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte.

Der ÖAAB ist die starke Vertretung aller arbeitenden Menschen – unabhängig davon, in welcher Branche sie tätig sind. Wir wollen für alle arbeitenden Menschen Bildungschancen, anständige Bezahlung, ein soziales Sicherheitsnetz, Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit und die Freiheit, sich zu entfalten. Gleichzeitig dürfen wir nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder leben. Deswegen muss christlich-soziale Politik immer auch nachhaltige Politik sein.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Arbeitsplätze der Zukunft in Österreich sichern**
- ▶ **Für ein modernes, zukunftsfitte Arbeitsrecht**
- ▶ **Faktor Arbeit entlasten: Senkung der Abgabenquote**
- ▶ **Faktor Arbeit entlasten: Lohnnebenkosten senken**
- ▶ **Abfertigung Neu: 2,5 statt 1,53 Prozent**
- ▶ **Steuersystem anpassen an die kalte Progression**
- ▶ **Einführung eines Zeitwertkontos**
- ▶ **Steuer- und abgabenfreie Mitarbeiterbeteiligung ermöglichen**
- ▶ **Das Arbeitsmarktservice (AMS) als Drehscheibe für Arbeit, Weiterbildung und Lehre ausbauen**
- ▶ **Beschäftigung attraktivieren – degressives Arbeitslosengeld-Modell unter Berücksichtigung branchenspezifischer Besonderheiten am Arbeitsmarkt**
- ▶ **„Auszeit für Bildung“ statt Bildungskarenz**
- ▶ **Zeitgemäße Aufwertung der Lehre**
- ▶ **Informationsoffensive für „Lehre mit Matura“**
- ▶ **Im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit: effektive Förderung von Unternehmen bei Aufnahme von Lehrlingen**
- ▶ **Handwerkliche Talente bereits in der Schule fördern**
- ▶ **Lehre stärken – Durchlässigkeit erhöhen**
- ▶ **Einführung einer MINT-Lehre**
- ▶ **Reform der Rot-Weiß-Rot-Card – innovative Zuwanderungsstrategie für den Standort Österreich**
- ▶ **Employer Branding verstärkt einsetzen**
- ▶ **Klimawandel als Jobchance wahrnehmen**
- ▶ **Taggelder und Kilometergeld valorisieren**

Arbeitsplätze der Zukunft in Österreich sichern

Die Digitalisierung beschäftigt uns in allen Lebensbereichen. Sie verändert unsere Kommunikation, die Arbeitswelt, das Bildungswesen, die Wirtschaft, die Industrie und die öffentliche Verwaltung. Viele sehen die Digitalisierung als Problem, sie ist aber eine Herausforderung, der wir uns positiv stellen müssen. Sie bietet Chancen, um unser Leben einfacher und besser zu gestalten. Daher ist es wichtig, immer den Menschen im Mittelpunkt zu sehen und auf seine Bedürfnisse einzugehen. Es geht hier nicht um einen 24-Stunden-Tag, eine ständige Erreichbarkeit oder den Arbeitsplatzverlust durch eine Maschine, sondern es geht um bessere Vereinbarkeit der verschiedenen Lebensbereiche, um bezogene Individualisierung oder um bestimmte Bedürfnisse im Arbeitsleben. Im Arbeitszeitgesetz und in den Kollektivverträgen gibt es bereits viele Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeitgestaltung. Mit der Möglichkeit der Vier-Tage-Woche wurde eine positive Maßnahme gesetzt, um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben zu verbessern. Auch die Digitalisierung bietet hier Chancen, z.B. sind wir mit der Schaffung von Homeoffice-Arbeitsplätzen gut durch die Corona-Pandemie gekommen.

Es geht uns hier um die Gestaltung von Arbeitsplätzen, die an die Wünsche der arbeitenden Menschen angepasst sind und gleichzeitig auch den Unternehmern und deren Bedürfnissen entsprechen. Für uns als moderne Arbeitnehmervertretung ist der Arbeitsplatz der Zukunft

- örtlich flexibel, dank Homeoffice und Co-Working-Spaces dort, wo es geht;
- zeitsouverän, um eine gesunde Work-Life-Balance zu ermöglichen;
- elastisch, um auf technische Neuerungen im Rahmen der Künstlichen Intelligenz reagieren zu können und
- einer flachen Hierarchie unterstellt, um mit den Unternehmern eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu erreichen.

Das Standardarbeitsmodell für den Arbeitsplatz der Zukunft soll das Vollzeitverhältnis bleiben. Für atypische Beschäftigungsverhältnisse sieht der Arbeitsplatz der Zukunft effektive Regelungen vor, die sowohl dem Bedürfnis nach sozialem Schutz der Beschäftigten als auch dem Flexibilitätsbedürfnis

der Unternehmen Rechnung tragen. Der Arbeitsplatz der Zukunft verbessert auch die Situation der Teilzeitbeschäftigten. So sollten Weiterqualifizierungsmaßnahmen vom Arbeitsmarktservice nicht nur für Arbeitslose, sondern auch – in entsprechender Abstufung – für Teilzeitbeschäftigte gefördert werden. Dadurch würden ihre Chancen auf einen Wechsel in ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis verbessert werden. Zudem gilt es insbesondere, Maßnahmen zur Förderung qualifizierter Teilzeitbeschäftigung zu setzen. Die Entscheidung für Teilzeitbeschäftigung ist beim Arbeitsplatz der Zukunft kein Verzicht auf Aufstiegschancen.

Für den Arbeitsplatz der Zukunft gilt es auch, den Standort Österreich weiter zu entwickeln, Genehmigungs- und Prüfverfahren zu straffen und private sowie öffentliche Investitionspotenziale zu mobilisieren, u.a. durch Bekenntnis zur Drehschneckenfunktion des Flughafens Wien-Schwechat und zur Errichtung der dritten Piste, Anpassungen im Verwaltungsverfahrenrecht sowie im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz unter Wahrung umweltpolitischer und nachbarschaftlicher Schutzrechte und ein Standortentwicklungsgesetz zur Festsetzung von Zielen und Grundsätzen für Standortentwicklung, Beschäftigung und Förderung des Wirtschaftsstandortes.

Für ein modernes, zukunftsfittes Arbeitsrecht

Eine Neukodifizierung des Arbeitsrechts ist längst überfällig. Die Entwicklung neuer Strategien, Lösungen und Rechtsinstitute für ein modernes Arbeitsrecht, das die Schutzdefizite bei atypischen Beschäftigungsverhältnissen, wie z.B. bei Crowdfunding und Co., berücksichtigt, ist unabdingbar.

Faktor Arbeit entlasten: Senkung der Abgabenquote

Österreich hat im Moment eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten der Welt. Deswegen setzt sich der ÖAAB für mehr Steuergerechtigkeit ein, um die sozial Schwächeren finanziell zu entlasten. Für die leistungswilligen, arbeitenden Menschen in dieser Republik muss gelten: Wer etwas leistet, soll auch davon profitieren und gut davon leben können. Dafür macht sich der ÖAAB stark.

Bisher ist bereits die erste Lohnsteuerstufe von 25 auf 20 Prozent gesenkt, der Familienbonus Plus und die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge sind in Kraft getreten.

Nun müssen weitere Etappen an Steuersenkungen für Geringverdienerinnen und -verdiener sowie für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erfolgen. Die derzeit noch geltenden 35 und 42 Prozent müssen auf 30 und 40 Prozent herabgesetzt werden. Von der Senkung der Tarifstufen profitieren vor allem die unteren und mittleren Einkommensstufen.

Faktor Arbeit entlasten: Lohnnebenkosten senken

Den Arbeitnehmern bleibt netto zu wenig, und gleichzeitig kosten sie die Arbeitgeber aber sehr viel. Im Wettbewerb um Fachkräfte ist das ein Standortnachteil, der auch im Sinne der Leistungsgerechtigkeit korrigiert gehört. Daher ist es neben der bereits erfolgten Senkung der Tarifstufen notwendig, auch die Lohnnebenkosten zu senken. Österreichs Lohnnebenkosten liegen international im oberen Drittel. Ihre Senkung entlastet den Faktor Arbeit und stärkt den Wirtschaftsstandort Österreich. Das ist gerade in konjunkturell fordernden Zeiten wichtig. Konkretes Entlastungspotenzial ohne Leistungseinbußen für die Beschäftigten sowie die Unternehmen lässt sich beispielsweise im Bereich der Unfallversicherung finden. Hier ist die Zahl der Arbeitsunfälle – dank des Engagements von Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der AUVA – seit 1990 um mehr als 40 Prozent gesunken. Eine Senkung der Beiträge zur Unfallversicherung wäre daher ein möglicher Weg zur Entlastung des Faktors Arbeit. Auch die Senkung der Höhe der Dienstgeberanteile für den Insolvenzentgeltfonds könnte eine Lösung für die Entlastung der Arbeitgeber bringen und somit zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen.

Abfertigung Neu: 2,5 statt 1,53 Prozent

Die vom ÖAAB konzipierte und durchgesetzte „Abfertigung Neu“ war ein großer Fortschritt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Rund 4,4 Millionen Österreicherinnen und Österreicher, der Großteil der unselbstständig und auch der selbstständig Erwerbstätigen, sind mittlerweile im System der „Abfertigung Neu“. Aufgrund der geringeren Renditeentwicklung der Abfertigungskassen in den vergangenen Jahren ist klar, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der prognostizierten Abfertigung derzeit unter der angepeilten Endsumme liegen. 2002 kalkulierte Bundesregierung und Sozialpartner, dass nach 40 Arbeitsjahren ein

Jahresgehalt an „Abfertigung Neu“ ausbezahlt werden könne. Die Realität sieht derzeit anders aus: Aus derzeit fünf Jahren Einzahlung in die Abfertigungskassen resultiert im Schnitt nur ein Monatsgehalt an Abfertigung. Das ist zu wenig. Als ÖAAB verlangen wir weiterhin eine schnelle und effektive Gegensteuerung: Das Ziel des ÖAAB ist es, Menschen nach 40 Jahren Berufszugehörigkeit eine Abfertigung in der Höhe eines Jahresgehalts zu ermöglichen. Daher ist unsere Forderung nach wie vor die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge im Rahmen der Abfertigung Neu von derzeit 1,53 Prozent auf 2,5 Prozent. Gleichzeitig soll aber die Haltefrist von derzeit drei auf mindestens zehn Jahre angehoben werden. D.h., man hat erst Anspruch auf Verfügung über das Geld, wenn mindestens zehn Jahre seit Ersteinzahlung vergangen sind. Diese Maßnahme müsste jedenfalls bei einer weiteren Senkung der Lohnnebenkosten miterledigt werden.

Steuersystem anpassen an die kalte Progression

Man spricht von kalter Progression, wenn Einkommens- und Lohnerhöhungen lediglich die Inflation ausgleichen und es dadurch trotz unveränderter Leistungsfähigkeit zu einem Anstieg der Durchschnittsbelastung kommt. Ergo: Trotz einer Erhöhung des Einkommens sinkt die Kaufkraft. Damit eine künftige Steuerentlastung nicht nach drei, vier Jahren ihre Wirkung verliert und die Beschäftigten die Entlastung über die schleichende kalte Progression wieder an den Staat zurückzahlen müssen, fordern wir ein System der Anpassung der Steuertarife an die kalte Progression. Die Bundesregierung bzw. das Parlament muss handeln, wenn die Inflationsrate eine gewisse Höhe erreicht hat, und steuerliche Anreize schaffen.

Einführung eines Zeitwertkontos

Die Anforderungen im Berufsleben sind einem stetigen Wandel unterworfen. Stress, Hektik, längeres Arbeiten – für diesen Druck brauchen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen angemessenen Ausgleich. Mehr Zeit zu haben – etwa für die Familie oder für Weiterbildung – bleibt vielen Menschen verwehrt, weil ohne finanziellen Rückhalt eine Realisierung dieser Wünsche und Anliegen nicht möglich ist.

Mit dem ÖAAB-Modell eines Zeitwertkontos entscheiden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

selbst, ob sie Überstunden, Zulagen, Prämien oder Sonderzahlungen sowie im eingeschränkten Ausmaß Gehaltsbestandteile steuerbegünstigt auf ein Konto überweisen lassen, um sich später eine Auszeit ohne Abstriche leisten zu können. Das Modell des Zeitwertkontos beruht auf Freiwilligkeit, es besteht jedoch ein Rechtsanspruch für die Konsumation der angesparten Freizeit rechtzeitig vor dem Pensionsantritt.

Wofür diese Auszeit verwendet wird, bleibt der oder dem Einzelnen überlassen. Beim Zeitwertkonto wird die Mehrarbeit nicht höher besteuert. Die Überstunden werden sogar unversteuert mit den Sozialversicherungsbeiträgen auf das Zeitwertkonto übertragen und wie in Bezug auf die Abfertigung Neu bei der betrieblichen Vorsorgekasse veranlagt. Im Bedarfsfall wird das Guthaben in Form der bezahlten Auszeit konsumiert und erst dann versteuert sowie der Sozialversicherungspflicht unterzogen. So ist auch die soziale Absicherung während der Auszeit gewährleistet.

Steuer- und abgabenfreie Mitarbeiterbeteiligung ermöglichen

Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit müssen besser verwirklicht werden. Die Beteiligung aller arbeitenden Menschen am durch sie erwirtschafteten Gewinn ist ein Gebot der Stunde. Dazu muss es analog zur Corona-Prämie möglich sein, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter künftig eine lukrative Erfolgsprämie erhalten, wenn das Unternehmen Gewinne macht. Bis zu 3.000 Euro sollen diese von ihrem Arbeitgeber steuer- und sozialabgabenfrei beziehen können. Diese Möglichkeit der Mitarbeiterbeteiligung wäre im Wettbewerb um Fachkräfte auch ein Standortvorteil für Unternehmen in Österreich.

Das Arbeitsmarktservice (AMS) als Drehscheibe für Arbeit, Weiterbildung und Lehre ausbauen

Das Arbeitsmarktservice (AMS) hat viel Erfahrung und die nötige Infrastruktur zur Organisation von berufsrelevanten Schulungen und Ausbildungsgängen sowie ein entsprechendes Budget zur Finanzierung. Diese Leistungen werden allerdings nach wie vor überwiegend im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit abgerufen.

Wir müssen einen Umdenkprozess starten und das Arbeitsmarktservice neu denken und als Partner

auch für die arbeitenden Menschen etablieren. Die Arbeitslosenversicherung soll künftig eine „Versicherung der neuen Chancen“ sein, als Sicherheit für die Einzelne und den Einzelnen und als Hilfe für einen Neustart, gleichzeitig aber auch als Drehscheibe für Weiterbildung, Qualifizierung und Umschulung. Die Kompetenz des AMS im Bereich des lebensbegleitenden Lernens ist unbestritten. Doch kommen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erst in Genuss dieser Kompetenz, wenn sie arbeitslos sind, oder bestenfalls vor dem Einstieg in eine neue Beschäftigung. Daher muss das AMS neben der Gewährleistung sozialer Sicherheit im Fall von Arbeitslosigkeit zu einer umfassenden Bildungsdrehscheibe in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen für bessere Prävention gegen Langzeitarbeitslosigkeit und für Innovation am Arbeitsmarkt umgebaut werden. Das AMS als Kompetenzzentrum für Weiterbildung soll künftig Begleitung während aller Lebensphasen bieten - und nicht bloß Lösungen für Arbeitslose. Das AMS soll ebenso verstärkt in Kooperation mit Unternehmen „Training on the job“ anbieten und Arbeitssuchende auf einen konkreten Arbeitsplatz hin schulen.

Bei der Suche nach offenen Lehrstellen soll das AMS als Drehscheibe zwischen Unternehmen und Lehrstellensuchenden dienen.

Beschäftigung attraktivieren – degressives Arbeitslosengeld-Modell unter Berücksichtigung branchenspezifischer Besonderheiten am Arbeitsmarkt

Der Fall in die Arbeitslosigkeit bedeutet für manche einen starken Einschnitt in die monetäre Situation. Um die Existenzsicherung in den ersten Monaten der Arbeitslosigkeit besser abzustufen und damit diese Situation nicht zur Entmutigung und damit zur Passivität führt, würde eine bessere Unterstützung von Menschen in dieser Situation helfen. Anzudenken ist daher ein degressives Modell des Arbeitslosengeldes, das zu Beginn der Arbeitslosigkeit stärker unterstützt und im Laufe des Zeitraumes der Arbeitssuche langsam abflacht. Dabei setzen wir uns klar dafür ein, dass die Nettoersatzraten auch bei längerer Arbeitslosigkeit nicht unter 55 Prozent fallen dürfen. Dieses Modell macht Beschäftigung attraktiv und verstärkt Versuche, in den Arbeitsprozess zurückzukehren, etwa auch durch Umschulung beispielsweise in Richtung auf stark nachgefragte Arbeitsplätze.

„Auszeit für Bildung“ statt Bildungskarenz

Die Bildungskarenz ermöglicht es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sich über einen längeren Zeitraum gezielt der persönlichen Weiterbildung zu widmen. Dies wiederum sorgt dafür, dass die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer ihren bzw. seinen Wert auf dem Arbeitsmarkt durch zusätzliche oder weiterführende Qualifikationen erhöhen kann. Das derzeitige Modell ist sehr starr. Daher setzen wir uns für eine Überarbeitung des Systems in Richtung Flexibilisierung ein, um den arbeitenden Menschen individuelle Modelle zu bieten, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

Zeitgemäße Aufwertung der Lehre

Das österreichische System der Berufsbildung und insbesondere die duale Ausbildung sind Erfolgsmodelle, um die uns andere Länder beneiden. Der Erfolg des Standortes Österreich und der heimischen Unternehmen hängt maßgeblich von unseren Lehrlingen ab. Es ist klar, dass es eine Lehre am Puls der Zeit braucht. Mit einer regelmäßigen Evaluierung der Lehrberufslandschaft muss sichergestellt werden, dass die Ausbildungsinhalte stets der aktuellsten technischen Entwicklung und den wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen und einen Mix von Grundsatzwissen mit speziellem Fachwissen anbieten. Gerade in der Digitalisierung und Innovation ist es wichtig, stets am letzten Stand der Technik zu sein. Es darf nicht passieren, dass es Lehrberufe gibt, die jahrzehntelang nicht überarbeitet wurden. Wir müssen den Katalog der Ausbildungsmöglichkeiten weiter an die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft anpassen. Es müssen dringend Maßnahmen gesetzt werden, um die Lehre in Österreich zu attraktivieren und weiterzuentwickeln. Lehrlinge bilden das Rückgrat der österreichischen Fachkräftelandschaft und leisten einen wichtigen Beitrag für den wirtschaftlichen Erfolg in unserem Land. Deshalb gilt es, das Image der Lehre zu verbessern und sie als Top-Qualifikation zu positionieren. Die Lehre muss endlich als das Gesehene werden, was sie ist: eine wertvolle und wichtige Alternative zur höheren Schule, aber auch in Verbindung mit höherer Schulbildung. Daher gilt es, die Berufsinformation zum integrativen Bestandteil der Ausbildung zu machen.

Informationsoffensive für „Lehre mit Matura“

Auch die Möglichkeiten der „Lehre und Matura“ stellen hervorragende Chancen für Jugendliche dar, die praxisorientierte Ausbildungswege suchen. In Österreich ist es möglich, die Maturaabschreibung während der Lehrzeit zu absolvieren. Die Berufsmatura besteht aus vier Teilprüfungen: Deutsch, Mathematik, einer lebenden Fremdsprache und einem Fachbereich. Für das Unternehmen bietet das Modell „Lehre und Matura“ die Möglichkeit, begabte Jugendliche zu hochqualifizierten Facharbeitern im eigenen Betrieb auszubilden. Nach dem Abschluss stehen ihnen sämtliche Wege eines weiterführenden Studiums (Fachhochschule oder Universität) offen. Allerdings bedarf es einiger Anstrengungen, diese gut Ausgebildeten im Facharbeitersektor zu positionieren und nicht durch höhere Ausbildung aus den Unternehmen „hinauszuqualifizieren“. Hier gilt es, eine zielgerichtete Informationsoffensive zu starten.

Im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit: effektive Förderung von Unternehmen bei Aufnahme von Lehrlingen

Obwohl in den überbetrieblichen Ausbildungsstellen gute Ausbildungsarbeit geleistet wird, muss das Ziel sein, vorwiegend betriebliche Ausbildungsplätze mit Aussicht auf Dauerbeschäftigung zu schaffen und zu erhalten, anstatt überbetriebliche Ausbildungsstellen in Einrichtungen finanziell zu stützen.

Analog zum „BlumBonus-Lehrstellenfördermodell“, mit dem zwischen 2004 und 2008 über 12.500 zusätzliche betriebliche Lehrstellen entstanden sind, soll es künftig wieder eine geeignete Fördermaßnahme geben, um Jugendlichen eine Perspektive zu geben und dem dramatischen Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Für Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, schlagen wir daher folgendes Fördermodell vor:

- € 400,00 pro Monat 14x im ersten Lehrjahr, das sind € 5.600,00 pro Jahr
- € 200,00 pro Monat 14x im zweiten Lehrjahr, das sind € 2.800,00 pro Jahr
- € 100,00 pro Monat im dritten Lehrjahr, das sind € 1.400,00 pro Jahr

Handwerkliche Talente bereits in der Schule fördern

Es ist notwendig, im Bildungssystem schon früh die Frage der Berufsorientierung anzusprechen, Talente herauszufiltern und zu fördern – auch in Zusammenarbeit mit den Eltern. Daher setzen wir uns dafür ein, für Kinder und Jugendliche das bestehende Schulfach „Technisches Werken“ auszubauen, um bereits frühzeitig das Talent für eine Lehre zu entdecken und ihnen mehr Möglichkeiten für motorische, handwerkliche und kreative Arbeit im Rahmen dieses Faches zu bieten. Damit kann ihnen auf spielerische Art die attraktive Weiterbildungsmöglichkeit der Lehre nähergebracht werden.

Lehre stärken – Durchlässigkeit erhöhen

Wir müssen auch eine entsprechende Durchlässigkeit im Bildungssystem sicherstellen, um einzelne Ausbildungswege nicht zur Sackgasse werden zu lassen. Vor allem bei der Schnittstelle Lehre in Richtung Universität und Fachhochschule müssen wir weiter alles daransetzen, dass hier mehr junge Menschen ihre Chancen nutzen. Derzeit kommen nur 5 Prozent der Studienabschlüsse von Studierenden, die nicht den Weg der Matura in einer AHS oder BHS genommen haben. Bei der Anerkennung von Lehrabschlussprüfungen und Meisterprüfungen im Bildungssystem hat es in den vergangenen Jahren schon gute Schritte gegeben. Jetzt kommt es darauf an, die Lehrlinge, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, auch entsprechend zu informieren und zu motivieren, den nächsten Schritt zu tun.

Einführung einer MINT-Lehre

Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik, kurz „MINT“-Fächer, bilden den zentralen wirtschaftlichen Innovationssektor der Zukunft. Für den Wettbewerbsvorteil unseres Standortes sind gut ausgebildete Jugendliche unabdingbar. Rund 500.000 Fachkräfte im Bereich MINT fehlen uns in den kommenden Jahren. Firmen können nur gehalten werden, wenn sie auch genügend gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden. Bereits jetzt gibt es einige Lehrberufe mit einem besonderen Fokus auf MINT. Eine eigene MINT-Lehre würde den Absolventinnen und Absolventen ein breites Berufsfeld eröffnen und attraktive Chancen für den Arbeitsmarkt bieten.

Bereits bestehende Lehrstellen mit einem MINT-Fokus müssen attraktiver und praxisnaher gestaltet werden. Mit einer eigenen Kampagne in Schulen, auf Berufsmessen, bei der Berufsberatung etc. soll ein Schlaglicht auf diese zukunftsfähige und notwendige Schiene gelenkt werden. Mit einer MINT-Bedarfslandkarte, in Zusammenarbeit mit den regionalen Stakeholdern, soll darauf aufbauend eine bedarfsgerechte Erhöhung der Ausbildungsplätze geschaffen werden, zugleich aber auch die Bereitschaft, diesen Menschen adäquate Arbeitsmöglichkeiten zu geben, erhöht werden.

Reform der Rot-Weiß-Rot-Card – innovative Zuwanderungsstrategie für den Standort Österreich

Mit einer Rot-Weiß-Rot-Card können so genannte Schlüsselkräfte oder Personen in definierten Mangelberufen aus Nicht-EU-Ländern zu einer Arbeitsbewilligung in Österreich kommen. Die Arbeits-erlaubnis ist an einen Arbeitgeber gebunden. Damit wird einerseits dem Fachkräftemangel entgegengewirkt und andererseits der Standort Österreich für die Ansiedelung internationaler Unternehmen attraktiv. Daher gilt es, den Zugang zur Rot-Weiß-Rot-Karte zu entbürokratisieren und somit zu beschleunigen. Klar ist, dass Österreich seinen Wohlstand und seine soziale Sicherheit ohne diese Einwanderinnen und Einwanderer nicht halten könnte.

Employer Branding verstärkt einsetzen

Employer Branding ist eine Marketing-Strategie für die Personalabteilung, um eine attraktive Arbeitgebermarke zu schaffen. Mit geeigneten Marketing-Konzepten soll es das eigene Unternehmen als attraktiven Arbeitgeber positionieren, Wettbewerber in den Schatten stellen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das eigene Unternehmen gewinnen und diese langfristig binden.

Gerade für Unternehmen im ländlichen Bereich ist es wesentlich, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Region attraktiv zu sein, um eine Abwanderung in die Stadt zu verhindern. Durch Arbeitsplätze vor Ort wird die Lebensqualität der arbeitenden Menschen verbessert, da diese nicht mehr kilometerweit zu ihren Arbeitsstätten pendeln müssen, das Klima wird geschützt und auch die Work-Life-Balance ist besser gewährleistet.

Auch kommt es zu einer Aufwertung des Standorts, wenn es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktive Unternehmen in der Region gibt.

Klimawandel als Jobchance wahrnehmen

Der Klimawandel ist unaufhaltbar. Erfolgreicher Klima- und Umweltschutz erfordert weltweite Anstrengungen. Moderne Umwelt-, Natur- und Klimaschutzpolitik steht – ganz im Sinne der Ökosozialen Marktwirtschaft – nicht im Widerspruch zu Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. Für uns ist die Energiewende hin zu nachwachsenden, regenerativen Rohstoffen nicht nur eine klima- und umweltpolitische Notwendigkeit. Investitionen in den Umwelt- und Klimaschutz sowie in die Ressourceneffizienz erhöhen unsere Wettbewerbsfähigkeit und stärken unsere Wirtschaft.

In der Arbeitswelt gibt es zwei Wege für diese Entwicklung: Man kann den Kopf in den Sand stecken und die Chance auf neue Jobmöglichkeiten verstreichen lassen, oder es als Chance sehen. Unser Weg ist klar: Es braucht die Jobs der Zukunft in Österreich. Wie schon durch die Industrialisierung werden auch durch den Klimawandel und die Digitalisierung Jobs verschwinden, man denke an die Schließung des letzten Kohlekraftwerks in Österreich. Besonders im Energiebereich entstehen durch Forschung aber neue Technologien, die fachlich ausgebildetes Personal brauchen, um umgesetzt zu werden. Green Jobs prägen bereits heute unseren Arbeitsmarkt. Bei der Weiterbildung wird neben MINT auf diese ein Fokus gesetzt. Auch klassische Industriezweige, wie die Automobilbranche, stehen im Wandel. Statt Verbrennungsmotoren werden Elektromotoren gebaut und es ist zu überlegen, ob nicht verstärkt die Wasserstofftechnologie weiterentwickelt werden sollte.

Wir müssen diese Entwicklungen früh nutzen und dürfen den Zug nicht verpassen. Denn wir schulden es unserer Jugend, den Planeten lebenswert zu erhalten und durch moderne Ausbildung und Jobmöglichkeiten den Wohlstand zu sichern.

Taggelder und Kilometergeld valorisieren

Wenn einer Arbeitnehmerin bzw. einem Arbeitnehmer für Dienstreisen oder Dienstfahrten Fahrtkosten mit dem eigenen PKW erwachsen, steht ihr bzw. ihm in der Regel ein Kostenersatz durch den Dienstgeber zu. Als Vergütung der Fahrtkosten

können die tatsächlichen Ausgaben laut Beleg (z.B. Taxi, Bahn, Flug) oder – bei Benützung des eigenen Fahrzeuges - die amtlichen Kilometergelder steuerfrei ausbezahlt werden. Im Jahr 2008 ist das Kilometergeld auf 0,42 Euro pro Kilometer angehoben worden. Seit damals ist es jedoch zu keiner weiteren Anhebung gekommen. Ähnlich ist es mit den Taggeldern. Wer eine Inlandsdienstreise in Österreich macht, kann für eine Abwesenheit von 24 Stunden ein maximales Taggeld in Höhe von 26,40 Euro erhalten. Auch dieser Betrag ist seit der Einführung nicht mehr angehoben worden. Daher setzen wir uns für eine Valorisierung ein.



Die neuen Antworten für ein soziales und gesundes Leben.

Verantwortung tragen für dich
und mich.



IV. Die neuen Antworten für ein soziales und gesundes Leben.

Verantwortung tragen für dich und mich.

Die neuen Antworten für eine nachhaltige Pflege in Österreich

Die Menschen in Österreich werden immer älter. Die Lebenserwartung ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Wir werden heute um rund 17 Jahre älter als noch im Jahr 1970. Diese durchaus positiven Veränderungen bringen aber auch neue Herausforderungen mit sich: Es wächst auch der Pflegebedarf.

Dass die Pflege DIE soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist, darüber sind sich Experten, Wissenschaftler und auch die Politiker seit Jahren einig. Und dennoch hat in den vergangenen Jahren der Mut gefehlt, die drängenden Probleme in diesem Bereich anzugehen, und eine nachhaltige Lösung auf den Tisch zu legen.

Als christlich-soziale Arbeitnehmerbewegung ist es unsere Pflicht, bereits heute an morgen zu denken. Dies ist gerade im Pflegebereich wesentlich. Pflege ist keine reine Versorgungsfrage, sondern eine Frage der Menschlichkeit. Die Politik muss Vorsorge treffen, um ein Altern in Würde zu ermöglichen und eine bestmögliche Versorgung für pflegebedürftige Menschen bieten zu können. Die Maßnahmen und Angebote müssen sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Für uns steht auch bei diesem Thema die Wahlfreiheit im Fokus. Die, die es brauchen, sollen die beste Pflege bekommen.

Mehr als 465.000 Menschen beziehen in Österreich Pflegegeld und mehr als 950.000 Menschen pflegen ihre Angehörigen. Tendenz steigend. Österreich hat grundsätzlich ein sehr gutes System der Pflegevorsorge, aber auf den durch die Demographie bedingten steigenden Pflegebedarf in den kommenden Jahren müssen wir jetzt reagieren.

Derzeit erfolgt die Pflege und Betreuung in Österreich in unterschiedlichen Formen: durch bezahlte und unbezahlte, institutionalisierte und informelle Pflege- und Betreuungseinrichtungen. Eine wichtige

Säule in unserem Pflegesystem nehmen die pflegenden Angehörigen ein. Rund 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden von ihrer Familie gepflegt und dies überwiegend von Frauen. Rund 21 Prozent werden stationär betreut und rund fünf Prozent nehmen eine 24-Stunden-Betreuung zu Hause in Anspruch.

Auch in Zukunft werden die pflegenden Angehörigen eine zentrale Rolle im Pflegesystem einnehmen. In den vergangenen Jahren wurden die Unterstützungsangebote vonseiten des Bundes und der Länder für pflegende Angehörige ausgebaut. Der ÖAAB hat unter anderem durchgesetzt, dass es seit 2014 die Möglichkeit gibt, bis zu drei Monate in Pflegekarenz zu gehen, wenn in der Familie ein Pflegefall auftritt. Während dieser Zeit erhält man ein Karenzgeld in der Höhe von bis zu 1.570 Euro monatlich.

Auch wenn sich das derzeitige Pflegevorsorgesystem bewährt hat, ist es erforderlich, dieses System weiter zu entwickeln und weitere Schritte zu setzen, um die Position pflegebedürftiger Menschen und ihrer betreuenden Angehörigen nachhaltig zu stärken und diese zu unterstützen.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass ältere Menschen, die einen Pflegebedarf haben, so lange wie möglich zu Hause leben können. Dazu braucht es organisatorische und fachliche Unterstützung. Aber auch psychologische Betreuung und tages- bzw. stundenweise Entlastung für die pflegenden Angehörigen. Wir müssen bürokratische Prozesse minimieren und eine One-Stop-Shop „Pflege“ etablieren.

Des Weiteren geht es uns als Arbeitnehmervertretung um eine Aufwertung der Pflegeberufe. Wir müssen die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte als Ganzes verbessern. Drei Viertel aller Pflegekräfte glauben nicht, ihre Arbeit bis zur Pension durchstehen zu kön-

nen. Dieses Bild führt uns die jüngste Umfrage zur Arbeitszufriedenheit von Sora und Ifes vor Augen. Tatsächlich ist die Fluktuation im Pflegebereich sehr hoch, viele Pflegekräfte scheidern bereits im ersten Jahr aus dem Job aus, die meisten nach sieben oder acht Jahren. Bis 2050 brauchen wir 50.000 Pflegekräfte mehr. Um mehr Menschen in den Pflegeberuf zu bringen, braucht es unter anderem eine Aufwertung des Berufsbildes der Pflegekräfte und höhere Einstiegsgehälter, die dafür aber weniger stark ansteigen. Auch muss es mehr psychosoziale Betreuung als Teil einer aktiven Gesundheitsvorsorge geben, damit Pflegekräfte die Belastungen des Berufsalltages nicht alleine schultern müssen. Wir brauchen diese Fachkräfte dringender denn je. Auch Möglichkeiten für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger, Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger aber auch für Umsteigerinnen und Umsteiger müssen geschaffen werden, verbunden mit berufsbegleitenden Ausbildungsmöglichkeiten.

In Anbetracht der demografischen Entwicklung darf man die Finanzierung unseres Pflegesystems nicht aus den Augen verlieren. Wir setzen uns dafür ein, dass pflegebedürftige Menschen nach ihren Bedürfnissen optimale Betreuungsmöglichkeiten vorfinden, die ihnen ein Altern in Würde ermöglichen und dabei die Allgemeinheit nicht zu sehr finanziell belasten. Das System soll Leistungen in gleicher Qualität für alle zur Verfügung stellen, dafür brauchen wir ein neues Modell der Pflegefinanzierung aus einer Hand.

Ein besonders sensibler Bereich ist die Hospiz- und Palliativpflege. Wir setzen uns dafür ein, dass den Menschen ein Lebensende in möglichst hoher Qualität ermöglicht wird. Uns geht es hier nicht nur um die medizinische Betreuung, sondern um die Würde am Ende des Lebens. Hier geht es nicht allein um eine Personalfrage im medizinischen Bereich, sondern auch um die vielen Ehrenamtlichen, die neben den Patientinnen und Patienten auch deren Angehörige im Sterbeprozess begleiten. Diese gilt es bestmöglich zu unterstützen. Gerade im Kinder- und Jugendbereich braucht es noch mehr Möglichkeiten der Hospiz- und Palliativpflege.

Demenz ist eine neurologische Erkrankung, die als eine der größten Herausforderungen an Gesellschaft und Medizin der Gegenwart gilt. Alleine in Österreich wird sich die Zahl der Erkrankten in den nächsten 20

Jahren verdoppeln. Dieser zu erwartende Anstieg ist einerseits auf die steigende Lebenserwartung zurückzuführen und andererseits insbesondere darauf, dass in den kommenden Jahren sehr geburtenstarke Jahrgänge - Babyboomer-Generation - in jenes Alter kommen, in dem Demenz verstärkt auftritt. Denn das Risiko, an Demenz zu erkranken, steigt mit dem Lebensalter. Als besonders herausfordernd gestaltet sich die Betreuung und Pflege schwer erkrankter Personen. Das gilt in finanzieller, organisatorischer und emotionaler Hinsicht für Betroffene, Familien und auch die Gesellschaft insgesamt. Um diesen Pflegebedarf der kommenden Jahre rechtzeitig abzudecken, müssen wir heute handeln.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Ausbildungsoffensive und Imageverbesserung des Pflegeberufes**
- ▶ **Kreative Lösungen für den Personalmangel der Zukunft – Pilotprojekte im Ausland**
- ▶ **Pflegelehre implementieren – auch für Erwachsene**
- ▶ **Rechtsanspruch auf einen pflegefreien Tag pro Monat**
- ▶ **Pflege-Daheim-Bonus einführen**
- ▶ **Anspruch auf Pflegefreistellung nicht auf Haushaltsangehörigkeit abstellen**
- ▶ **Stärkere Berücksichtigung von Demenz beim Pflegegeld**
- ▶ **Mobil vor stationär**
- ▶ **Pflegeinformationsplattform als One-Stop-Shop**
- ▶ **Einführung einer Pflegenummer**
- ▶ **Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung – auch für Kinder**
- ▶ **Pensionsversicherungsanstalt als Drehscheibe für die Pflegefinanzierung**
- ▶ **Reform des Pflegegelds**

Ausbildungsoffensive und Imageverbesserung des Pflegeberufes

Der zu erwartende Anstieg der Zahl an pflegebedürftigen Personen bedeutet insbesondere auch einen erhöhten Bedarf an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Pflege und Betreuung. Nach der Bevölkerungsprognose wird der Anteil der über 80-Jährigen bis zum Jahr 2030 von derzeit 5 Prozent auf 6,8 Prozent ansteigen. Daher müssen möglichst viele Menschen „abgeholt“ und erreicht werden, die sich für einen Pflegeberuf interessieren. Dafür braucht es neben einer österreichweiten Imagekampagne für die Attraktivität des Pflegeberufes auch eine Ausbildungsoffensive. Wir brauchen ein modernes und durchlässiges Ausbildungssystem mit vielfältigen Möglichkeiten für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger, Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger, aber auch Umsteigerinnen und Umsteiger.

Die Durchlässigkeit und ein modularer Aufbau müssen gegeben sein, damit am Ende gleiche Berufsgruppen herauskommen, um eine Vergleichbarkeit zu schaffen. Modulare Ausbildungsformen führen zu höherer Durchlässigkeit auf vertikaler und horizontaler Ebene. Diese Form der Ausbildung setzt einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung, da die ohnehin hohe Differenziertheit dieser Pflegeberufe eine große Herausforderung darstellt.

Erleichterung bei der Anrechenbarkeit von Vorkenntnissen aus anderen Ausbildungen oder beruflichen Tätigkeiten und entsprechende Nostifikationen müssen ermöglicht werden. Auch eine entsprechende finanzielle Förderung für Menschen, die in den Pflegeberuf starten oder wechseln möchten, durch das Arbeitsmarktservice ist anzustreben, um die existenzsichernde Deckung des Lebensunterhalts während der Ausbildung zu garantieren. Weiters soll auch ein Schwerpunkt auf berufsbegleitende Ausbildung gelegt werden.

Kreative Lösungen für den Personalmangel der Zukunft – Pilotprojekte im Ausland

Die demografische Entwicklung stellt nicht nur Österreich vor Herausforderungen im Pflegebereich, ganz Europa ist betroffen. Zusätzlich verschärft die Fertilitätsrate in Österreich das Problem. Daher ist es notwendig, bereits heute an morgen zu denken, und kreative Lösungen für den Personalmangel der Zukunft zu finden. Eine verfolgenswerte Idee

ist es, ein Modell zu entwickeln, das es ermöglicht, Menschen im Ausland auf österreichischem Niveau auszubilden, ihnen die sprachliche Kompetenz zu vermitteln und auch unsere ethischen Werte weiterzugeben. Nach Absolvierung der Ausbildung sollen diese Menschen, dann vergleichbar mit der Aupair-Regelung nach Österreich kommen, um hier im Pflegebereich zu arbeiten.

Pflegelehre implementieren – auch für Erwachsene

Die Schweiz hat mit der Lehre zur Pflegefachkraft eine gute Lösung gefunden. Nach nur zehn Jahren hat es diese dreijährige Ausbildung unter die Top 3 der Lehrberufe in der Schweiz geschafft. Auch in Vorarlberg setzt man seit 2011 auf ein Modell der Ausbildungskombination Betriebsdienstleistungslehre und Pflegeassistentenlehre: die sogenannte Pflegelehre. Wir setzen uns dafür ein, dass österreichweit diese Form der Ausbildung angeboten wird, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass es keine Tätigkeit am Kranken- oder Pflegebett vor dem vollendeten 17. Lebensjahr gibt. Die Höhe der Lehrlingsentschädigung muss entsprechend anderer Lehrberufe gestaltet werden und darf keine „Taschengeldunterstützung“ sein. Auch eine entsprechende Durchlässigkeit und Berufsweiterentwicklung analog zur Gesellen- und Meisterausbildung muss vorgesehen werden.

Pflegende Angehörige stärken – Rechtsanspruch auf einen pflegefreien Tag pro Monat

In Österreich werden rund 70 Prozent aller Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher von ihren Angehörigen zu Hause versorgt. In der Regel erfolgt die Pflegeleistung unentgeltlich aus Verbundenheit zu dem pflegebedürftigen Menschen. Jeder Mensch braucht von Zeit zu Zeit Urlaub, Erholung und Abwechslung vom Alltag. Dies gilt in besonderer Weise für pflegende Angehörige, die oft mehrfach durch Beruf, Familie und die Pflege für ihre Angehörigen belastet sind. Nahe Angehörige eines pflegebedürftigen Menschen, dem zumindest Pflegegeld der Stufe 3 gebührt, sollen künftig einen pflegefreien Tag pro Monat erhalten und die Kosten für die Ersatzpflege vom Staat refundiert bekommen. Es muss auch möglich sein, diese freien Tage in einem Stück einlösen zu können. Dazu bedarf es auch eines flächendeckenden, tagesstrukturierten Betreu-

ungsangebotes, wo die pflegenden Angehörigen die zu Pflegenden für diese Zeit hinbringen können und dabei ihre Liebsten bestens versorgt wissen.

Pflegende Angehörige stärken – Pflege-Daheim-Bonus einführen

Es gibt mehr als 950.000 pflegende Angehörige in Österreich. Sie alle leisten großartige und wichtige Arbeit. Dafür gebührt ihnen nicht nur große Anerkennung, sondern auch Unterstützung. Daher setzen wir uns für einen Pflege-Daheim-Bonus - nach Vorbild des Familienbonus für Kinder – in der Höhe von bis zu 1.500 Euro pro Jahr ein.

Pflegende Angehörige stärken – Anspruch auf Pflegefreistellung nicht auf Haushaltsangehörigkeit abstellen

Anspruch auf Pflegefreistellung ist dann gegeben, wenn man einen privatrechtlichen Arbeitsvertrag hat und ein naher Angehöriger, der im selben Haushalt lebt, erkrankt und Pflege benötigt. Unter nahen Angehörigen versteht man: Ehepartner, Eltern, Großeltern, Kinder, Enkel, Urenkel, aber auch Pflegekinder, Adoptivkinder und Lebensgefährten. Um die Lebensrealitäten besser abzubilden, hat der ÖAAB erreicht, dass Eltern Anspruch auf bezahlte Pflegefreistellung haben, unabhängig davon, ob sie mit dem leiblichen Kind im gleichen Haushalt wohnen oder nicht. Ziel dieser Regelung war es, dass es nach einer Trennung der Eltern nicht zu einer Einschränkung der Elternpflichten kommen soll. Diese Regelung soll nun auch auf andere Angehörige ausgeweitet werden. Künftig soll der Anspruch auf Pflegefreistellung nicht an den gemeinsamen Haushalt geknüpft werden.

Stärkere Berücksichtigung von Demenz beim Pflegegeld

Als das Pflegegeld 1993 ausverhandelt wurde, war Demenz noch kein Thema. Mittlerweile sind jedoch immer mehr Menschen von dieser Krankheit betroffen, die den Pflegebedarf stark erhöht. Das muss stärker berücksichtigt werden. Die aktuellen Erschwerniszuschläge sind dafür zu niedrig.

Mobil vor stationär

Die meisten Menschen wünschen sich, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden gepflegt werden zu können. Das Angebot an mobilen Diens-

ten ist in Österreich aber bei Weitem nicht ausreichend dafür. Auch bei teilstationären Angeboten wie Tageszentren oder alternativen Wohnformen wie betreutem Wohnen oder Wohngemeinschaften herrscht dringend Nachholbedarf. Mobil muss Vorrang vor stationär haben, damit Pflegebedürftige nicht aus Kostengründen ins Heim gehen müssen.

Pflegeinformationsplattform als One-Stop-Shop

Eine Internetplattform, die eine umfassende Auflistung sämtlicher Informationen zum Thema Pflege bereithält, soll pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen einfach zugänglich sein und sie bei ihren Anliegen und Fragen leiten. Die Betroffenen sollen auf dieser Plattform Verlinkungen finden, über die sie auf für sie relevante Internetseiten gelangen, die Unterstützung bei Fragen bieten und Auskünfte geben.

Einführung einer Pflegenummer

Nach dem Vorbild der Gesundheitsnummer 1450 soll eine eigene Pflegenummer installiert werden, um pflegebedürftigen Menschen und ihren betreuenden Angehörigen mit Information, Beratung und Pflegetipps zur Seite stehen, und eine Art One-Stop-Shop zu ermöglichen.

Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung – auch für Kinder

Um den Menschen Würde auch am Ende des Lebens zu ermöglichen, setzen wir uns für einen Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung ein. Auch spezielle Einrichtungen für sterbende Kinder sollen weiter ausgebaut werden.

Pensionsversicherungsanstalt als Drehscheibe für die Pflegefinanzierung

Aufgrund der sehr guten Gesundheitsversorgung werden immer mehr Menschen immer älter, der Bedarf an Pflegegeld, Pflegepersonal und adäquater Betreuung alter Menschen nimmt zu. Daher müssen wir voraus denken, die Finanzierung der Pflege und des Pflegegeldes sichern und auf zukunftsfähige Beine stellen. Für uns ist klar: keine eigene Versicherung, die Lohnnebenkosten erhöht, zur Finanzierung der davongaloppierenden Ausgaben für die Pflege! Wir sprechen uns für ein steuerfinanziertes System aus, das mit den bestehenden Mitteln aus-

kommt und keine Einführung einer neuen Steuer nach sich zieht. Die Pensionsversicherungsanstalt, die bereits für die Auszahlung des Pflegegeldes zuständig ist, könnte hier als Drehscheibe fungieren.

Reform des Pflegegelds

Wir setzen uns für eine Reform des Pflegegeldes ein. Es soll ein neues System etabliert werden, das

auf die Bedürfnisse und die individuelle Situation jeder und jedes Einzelnen eingeht. Das vorliegende System aus dem Jahr 1993 ist nicht mehr zeitgemäß und soll neben einer Entbürokratisierung eine zeitgemäße Regelung für alle Beteiligten bringen. Eine automatische Valorisierung der Höhe soll dabei selbstverständlich sein.

Die neuen Antworten für die Gesundheit Österreichs

Gesundheit ist für alle ein wichtiges Anliegen. Das Wichtigste ist die Gesundheit, spätestens, wenn sie nicht ganz intakt ist. Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Eine Binsenweisheit, würde man meinen. Doch sind wir bereit, Tag für Tag etwas dafür zu tun?

Immer mehr Menschen versuchen, Bewegung bewusst in den Alltag einzubauen. Statt den Lift die Stufen zu nehmen, statt mit dem Bus zu fahren, eine Station zu Fuß zu gehen – das sind Schritte in die richtige Richtung. Bewegung ist ein wichtiger Faktor eines gesunden Lebensstils. Bewegung hält den Blutdruck und die Blutwerte im Zaum und hilft somit, dass man sich fitter fühlt.

Ein gesunder Lebensstil mit ausgewogener Ernährung, ausreichend Bewegung und den nötigen Entspannungphasen ist ein guter Beitrag dazu, dass die höhere Lebenserwartung mit Gesundheit einhergeht. Denn ob wir gesund bleiben oder stärker gefährdet sind, im Laufe unseres Lebens zu erkranken, hängt viel von unserem Lebensstil ab.

Die Österreicherinnen und Österreicher werden glücklicherweise immer älter. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt bei Männern derzeit 78,9 Jahre und bei Frauen 83,7 Jahre. Demografische Prognosen zeigen bereits jetzt, dass die kommenden Jahre von einem wachsenden Anteil alter, aber auch sehr alter Menschen geprägt sein werden. Dies ist einerseits auf den neuen Lebensstil und auf den rasanten medizinischen Fortschritt, andererseits auf das hervorragende österreichische Gesundheitssystem zurückzuführen, das den medizinischen Fortschritt jeder Österreicherin und jedem Österreicher zukommen lässt. Mit der steigenden Lebenserwartung gehen allerdings wachsender Bedarf und stei-

gende Kosten einher, die die Gesundheitspolitik vor neue Herausforderungen stellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Gesundheitsversorgung für jede und jeden zu jeder Zeit und zu den gleichen Bedingungen garantiert wird. Für uns stehen das Wohl der Patientinnen und Patienten und ihre optimale Versorgung im Mittelpunkt. Um das zu erreichen, benötigen wir die richtigen strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen und ein hochwertiges flächendeckendes Angebot, das alle Leistungen abdeckt.

Unser Gesundheitswesen zählt zu den besten der Welt und bietet für alle einen gleichen, niederschweligen Zugang zu medizinischer Versorgung – unabhängig von Alter, sozialer Stellung oder Einkommen. Wir haben über 98 Prozent der Menschen in Österreich in die soziale Krankenversicherung integriert. Das ist international gesehen für ein Versicherungssystem ein echter Spitzenwert!

Um die Finanzierbarkeit eines solchen Systems nachhaltig abzusichern, müssen wir verstärkt Effizienzpotenziale nutzen und die komplexe Finanzierungsstruktur transparenter gestalten. Im Gesundheitssystem kann man nicht sparen, nur Effizienzpotenziale nutzen, d.h., die vorhandenen Mittel dorthin investieren, wo die Leistung erbracht wird. Wir wollen, dass die Ärzte näher bei den Menschen sind. Für die Optimierung der wohnortnahen Versorgung ist es notwendig, die Effizienz des Gesundheitssystems noch weiter zu steigern. Das Geld muss dort investiert werden, wo die Menschen zu Hause sind.

Wir müssen auch das traditionelle Verständnis von Gesundheitspolitik überdenken. Wir dürfen

uns nicht nur auf die Gestaltung des Krankenversorgungsbereichs konzentrieren, sondern müssen auch wichtige Politikbereiche, die sich nicht traditionell mit der Materie beschäftigen, einbeziehen. Es gilt daher ein neues Verständnis einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik zu entwickeln. Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sollte so betrieben werden, dass sie die Bevölkerung in allen Lebensbereichen erreicht und somit auch aktiv gesundheitsfördernde Maßnahmen setzen kann. Gesundheitspolitik im 21. Jahrhundert muss also weg vom Traditionalismus der Krankenversorgung und hin zu einer nachhaltigen Gesamtpolitik.

Auch auf die Prävention und Gesundheitsförderung muss das Augenmerk gelegt werden. Um die persönliche Gesundheit zu verbessern, braucht es Anreize auch am Arbeitsplatz. Der betrieblichen Gesundheitsförderung muss ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Die betriebliche Gesundheitsförderung lohnt sich im gleichen Maße für die Beschäftigten wie für das Unternehmen: Die einen möchten gesund bleiben und sich wohlfühlen, die anderen möchten mit gesunden und damit leistungsfähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wettbewerb bestehen. Betriebliche Gesundheitsförderung kann gezielt Arbeitsbelastungen verringern und gesundheitsförderndes Verhalten unterstützen. Bei den Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung sind keine Grenzen gesetzt. Mit finanziellen, aber auch sachlichen Anreizen kann die Prävention gestärkt werden. Möglich ist alles, was zu einer höheren Arbeitszufriedenheit führt und die Krankenstandtage reduziert. Auch die Arbeitsmedizin in den Unternehmen muss neu konzipiert und bewertet werden. Die Förderung der Gesundheit im Unternehmen führt zu einer Win-win-Situation für alle – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den Betrieb und die Gesellschaft.

Auch die fortschreitende Digitalisierung ermöglicht im Gesundheitsbereich einen leichteren und verbesserten Zugang zu medizinischen Leistungen. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Telemedizin durchaus Zukunft hat und weiter ausgebaut gehört. Dabei darf aber der Mensch nicht vergessen werden - und die persönliche Betreuung durch die Ärztin bzw. den Arzt.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Stärkung des Hausarztes als Gate-Keeper**
- ▶ **Mehr Ärztinnen und Ärzte in Österreich von österreichischen Medizinuniversitäten**
- ▶ **Landarztstipendien einführen**
- ▶ **Weniger Bürokratie in den Gesundheitsberufen – Digitalisierung als Chance**
- ▶ **Primärversorgungszentren und -netzwerke weiter ausbauen – neue Versorgungsmodelle erstellen**
- ▶ **Wahlarztsystem überarbeiten – Solidarität einfordern**
- ▶ **Digitalisierung in der Medizin forcieren**
- ▶ **Maßnahmenpaket gegen durch Ernährungsverhalten verursachte Krankheiten**
- ▶ **„Frühe Hilfen“ ausbauen**
- ▶ **Optimierung des Schulärztesystems – Ausbau des Systems der „School Nurse“**
- ▶ **Mutter-Kind-Pass weiterentwickeln zu Lebens-Gesundheitspass**
- ▶ **Betriebliche Gesundheitsförderung weiter forcieren**
- ▶ **Behandlung psychischer Krankheiten auf Krankenschein**
- ▶ **Bonussystem für Prävention**

Stärkung des Hausarztes als Gate-Keeper

Um zu gewährleisten, dass die Patientinnen und Patienten auf der richtigen Versorgungsebene behandelt werden, muss der Zugang gesteuert erfolgen. Die derzeitigen Mechanismen, die dazu führen, dass zu viele Behandlungen im Krankenhaus durchgeführt werden anstatt auf anderen Ebenen, ist sowohl in ökonomischer als auch in qualitativer Hinsicht unbefriedigend. Um das Ziel einer optimalen Steuerung zu erreichen, muss die Rolle des Hausarztes als Gate-Keeper gestärkt werden. Leitbild ist die Hausärztin, der Hausarzt als nachhaltige Gesundheitsbegleiterin, nachhaltiger Gesundheitsbegleiter der Patientin, des Patienten, die oder der in der Regel deren oder dessen Krankengeschichte sowie deren oder dessen Umfeld und Familie

kennt. Die Hausärztin, der Hausarzt hat nicht nur eine zentrale Rolle für die Gesundheit der Patientinnen und Patienten, sondern auch für die Folgekosten im Gesundheitssystem. Überweisungen an andere Ebenen der Gesundheitsversorgung (Fachärztin und Facharzt, Spitalsambulanz, stationärer Aufenthalt) sollten mit sinnvollen Ausnahmen (z.B. Gynäkologie, Augenheilkunde) grundsätzlich durch die Hausärztin, den Hausarzt erfolgen. Die Telefonnummer 1450 könnte hier als verpflichtender zusätzlicher Gate-Keeper angedacht werden.

Mehr Ärztinnen und Ärzte in Österreich von österreichischen Medizinuniversitäten

Die Gründe, warum es immer schwieriger wird, Ärztinnen und Ärzte für gewisse Stellen zu finden, sind vielfältig. Gerade im ländlichen Raum ist das ein großes Thema. Einerseits ist die Zahl der Ärztinnen und Ärzte, die wir ausbilden und die das Studium abschließen, begrenzt. Andererseits verlassen auch viele von ihnen Österreich aufgrund zum Teil besserer Arbeitsbedingungen, besserer Work-Life-Balance und Bezahlung in anderen Ländern. Um diesem Phänomen entgegenzuwirken, setzen wir uns für eine bessere Bezahlung, aber auch Wertschätzung und Anerkennung der Ärztinnen und Ärzte ein. Als erster Schritt in die richtige Richtung setzen wir uns für die Einführung des Facharztes für Allgemeinmedizin ein.

Landarztstipendien einführen

Wenn junge Ärztinnen und Ärzte bereit sind, eine Stelle im ländlichen Raum zu übernehmen, dann sollen ihnen Teile der Kosten für das Studium refundiert werden. Diese Entscheidung für den Beruf der Landärztin bzw. des Landarztes muss nicht bereits am Beginn des Medizinstudiums erfolgen, sondern erst in der Ausbildungsphase. Auch weitere „benefits“ für eine Niederlassung im ländlichen Bereich können hier hilfreich sein (Mietzuschuss, Parkplätze von der Gemeinde etc.).

Weniger Bürokratie in den Gesundheitsberufen – Digitalisierung als Chance

Studien belegen: 16 Prozent ihrer Arbeitszeit verbringen Hausärztinnen und Hausärzte mit Verwaltung - Dokumentation, Abrechnung und gesetzlich

vorgeschriebene Patienteninformation. Und auch in anderen Gesundheitsbereichen sieht es ähnlich aus. Dies kann durch eine Verhinderung von Doppelgleisigkeiten vermieden werden. Wir setzen uns für eine Rückbesinnung weg von der Bürokratie und wieder hin zu den Patientinnen und Patienten ein. Die Digitalisierung ermöglicht in diesem Bereich bereits jetzt sehr viel. Diese Chance muss mehr genutzt werden. So wäre z.B. zu prüfen, ob das bestehende E-Card-System auch für Pflegeleistungen genutzt werden kann. Das alles selbstverständlich unter Berücksichtigung des Datenschutzes.

Primärversorgungszentren und -netzwerke weiter ausbauen – neue Versorgungsmodelle erstellen

In den kommenden Jahren wird eine Vielzahl an Vertragsärzten das 65. Lebensjahr erreichen, gleichzeitig gibt es heute schon Kassenstellen (v.a. im ländlichen Raum bzw. in bestimmten Fächern), die durch die Krankenversicherung nur schwer nachbesetzt werden können. Um auch weiterhin eine flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, und um die Spitalsambulanzen zu entlasten, sollen Primärversorgungszentren in ganz Österreich weiter ausgebaut bzw. eingerichtet werden. Die Primärversorgung ist ein Schritt, den Beruf der Allgemeinmedizinerin bzw. des Allgemeinmediziners zu attraktivieren, neue Zusammenarbeitsformen mit anderen Gesundheitsberufen zuzulassen und so das Versorgungsangebot für Patientinnen und Patienten zu verbessern. Prinzipiell sollten alle möglichen Versorgungsmodelle diskutiert und bei Bedarf auch realisiert werden. Gerade im ländlichen Bereich gilt es, flexible und individuelle Lösungen zuzulassen, wie z.B. die Möglichkeit, dass Ärztinnen und Ärzte auch andere Ärztinnen und Ärzte anstellen können.

Wahlarztsystem überarbeiten – Solidarität einfordern

Die Zahl der unbesetzten Ärzte-Kassenstellen steigt kontinuierlich - insbesondere jene der Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner. Österreichweit sind ungefähr 150 - 200 der von den Gesundheitskassen ausgeschriebenen Stellen für Ärztinnen und Ärzte nicht besetzt. Dafür ist der Anteil der Wahlärztinnen und Wahlärzte stark gestiegen. Bei diesen übernimmt die Gesundheitskasse einen Teil der Kosten der Behandlung, die Vorgaben der Kassen

etwa was Öffnungszeiten betrifft, sind aber geringer. Dieser Entwicklung gilt es gegenzusteuern. In einem solidarischen Gesundheitssystem sollen, diejenigen, die eine Leistung von der Krankenkasse bezahlt bekommen, auch für Kassenpatientinnen und -patienten zur Verfügung stehen. Wir setzen uns dafür ein, das Wahlarztsystem zu überarbeiten, um eine flächendeckende Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherzustellen.

Digitalisierung in der Medizin forcieren

Ausbau und Verbesserung von eHealth-Lösungen (z.B. ELGA) zur besseren Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen und zur Förderung der Prävention. Die Corona-Pandemie hat die Vorteile der Digitalisierung im medizinischen Bereich klar aufgezeigt, daher sollen diese im Zuge der Corona-Krise erprobten Errungenschaften erhalten bzw. weiter ausgebaut werden: e-Impfpass, e-Rezept, e-Befund, e-Medikation, e-Transportschein, e-Card am Handy

Maßnahmenpaket gegen durch Ernährungsverhalten verursachte Krankheiten

Adipositas [Fettleibigkeit], Bluthochdruck, Fettleber, Typ-2-Diabetes, Arthrose und Arthritis, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Zahnschäden, Gastritis, entzündete Speiseröhre, Herzrhythmusstörungen, Nierenschäden, Osteoporose, Nierenschädigungen, Magen- und Darmbeschwerden, Gicht, Krebs – das ist nur ein Auszug der Krankheiten, die durch ungesundes Ernährungsverhalten – wie z.B. Überernährung, Bulimie und Magersucht - verursacht werden. Das Wohlbefinden der Menschen wird dadurch massiv beeinträchtigt, die Lebenserwartung wird verkürzt und dem Gesundheitssystem entstehen durch Behandlung dieser Krankheiten hohe Kosten. Daher setzen wir uns für die Einführung eines Maßnahmenpaketes zur diesbezüglichen Prävention und Therapie ein.

Prävention ist hierbei der Schlüssel. So soll z.B. das Thema Gesundheit in den Lehrplänen verankert werden. Auf diese Weise kann es bereits früh zu einer Bewusstseinsbildung über theoretische Inhalte zu Sport, Bewegung und gesunder Ernährung sowie zu deren Auswirkungen auf die Gesundheit kommen. Auch die Freude an Bewegung muss in der Schule aber auch im Kindergarten gefördert werden. Hier setzen wir uns für die Etablierung von

dem Alter angepassten Programmen in Kindergärten und Pflichtschulen ein, um eine physische Aktivität der Kinder von mindestens 30 Minuten am Tag sicherzustellen. Auch private Bewegungsprogramme für Kinder sind ein wesentlicher Schlüssel. Hier sollen Anreizsysteme die Bewegung fördern, z.B. in Richtung steuerlicher Absetzbetrag für Sportvereine bzw. der Mitgliedsbeiträge für Kinder.

Gerade in Zeiten der verstärkten Social-Media-Nutzung durch Kinder und Jugendliche gilt es die Vermittlung von falschen Körperbildern zu verhindern. Hier setzen wir uns für eine gesetzliche Regelung zur Kennzeichnung von Fake-Fotos von Influencerinnen und Influencern ein (analog dem neuen Werbegesetz in Norwegen).

Es braucht aber auch eine Versorgung mit entsprechenden Anlaufstellen für Betroffene mit Beratungsdienstleistungen zu Problemabklärung, Ernährungsberatung, möglichen weiteren Schritten [verhaltensorientiert, medikamentös, chirurgisch]. Dies könnte z.B. eine eigene Ernährungs-Hotline sein oder die Aufgabe könnte auf bestehende Hotlines übertragen werden (z.B. 1450). Auch Therapieangebote auf Krankenschein müssen ausgebaut werden. Ernährungscamps für Kinder müssen gefördert werden, z.B. mittels steuerlicher Absetzbeiträge für Kinderbetreuung mit Ernährungsbezug bei falschem Ernährungsverhalten (Adipositas, Bulimie, Magersucht,...). Da ungesundes Ernährungsverhalten oft psychische Ursachen hat bedarf es auch hier einer psychotherapeutischen Behandlung auf Krankenschein

„Frühe Hilfen“ ausbauen

Das Bewusstsein in Österreich, dass Kinder- und Jugendgesundheit einen absolut hohen Stellenwert einnehmen muss, wächst ständig, muss aber durch entsprechende Schritte noch weiter gestärkt werden. Frühe Investitionen und präventive Maßnahmen wirken sich in Form eines besseren körperlichen und seelischen Gesundheitszustands von Kindern und Jugendlichen aus und legen den Grundstein für die Gesundheit im Erwachsenenalter. In diesem Zusammenhang ist auch das Angebot von „Frühen Hilfen“ der regionalen Netzwerke sehr wichtig und soll daher weiter ausgebaut werden. Mit den frühen Hilfen wird darauf abgezielt, die Entwicklungsmöglichkeiten und Gesundheitschancen von Kindern und Eltern frühzeitig und nachhaltig zu verbessern. Sie dienen aber auch der Stärkung

der Elternschaft und Förderung der Elternkompetenzen, insbesondere bei Familien in belastenden Situationen. Künftig soll es auch zu einer besseren Vernetzung der bereits bestehenden Einrichtungen kommen.

Optimierung des Schulärztesystems – Ausbau des Systems der „School Nurse“

Schulärztinnen und Schulärzte haben einen gesetzlichen Beratungsauftrag in gesundheitlichen Fragen der Schülerinnen und Schüler, soweit Unterricht und Schulbesuch betroffen sind. Sie stehen der Schulleitung als medizinische Gutachter sowie den Lehrkräften und der ganzen Schulcommunity beratend zur Seite. Sie führen jährliche Untersuchungen aller Schülerinnen und Schüler durch und begleiten deren Entwicklung oft über viele Jahre. Sie sind Schnittstelle zwischen Kind, Eltern, Schule, anderen schulischen Beratersystemen und externen Einrichtungen. Schulärztinnen und Schulärzte sind die Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler. Derzeit gibt es in der ärztlichen Betreuung ein „Loch“ bezüglich der Altersgruppe der 10- bis 18 Jährigen. Jugendliche haben sonst keinen Ansprechpartner im Gesundheitssystem. Kinderärzte sind auch nicht mehr die richtige Anlaufstation, da hier der Fokus eher auf Babys und Kleinkindern liegt. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass das System gestärkt und optimiert wird. So soll es künftig eine anonyme und elektronische Auswertung der schulärztlichen Untersuchungen geben, darüber hinaus die Herausgabe eines jährlichen evidenzbasierten Gesundheitsberichtes auf Basis der schulärztlichen Untersuchungen und dadurch mehr Präventionsprogramme in Schulen anhand einer validen Datenbasis. Auch das System der „School Nurse“ soll analog zur neu eingeführten Community Nurse ausgebaut werden. Diese soll dann als Informationsdrehscheibe in der Aufklärungsarbeit für Schülerinnen und Schüler über gesunde Ernährung und Vorsorge eingesetzt werden.

Mutter-Kind-Pass weiterentwickeln zu Lebens-Gesundheitspass

Individuelle Gesundheitspässe für alle Altersgruppen mit wichtigen Tipps und Informationen zu Ernährung, Bewegung, Entspannung, Unfall- und Suchtvermeidung sowie einer Zusammenfassung der medizinischen Vorsorge für den jeweiligen Lebensabschnitt. Ziel ist es, Menschen jeden Alters

dazu anzuregen, sich mit Vorsorgemaßnahmen und einem gesunden Lebensstil auseinander zu setzen.

Betriebliche Gesundheitsförderung weiter forcieren

Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz müssen verstärkt zu einem breiten öffentlichen Anliegen werden. Erst dann erhält sichere und gesunde Arbeit jenen Stellenwert, der ihr aufgrund ihrer sozialen und ökonomischen Bedeutung eigentlich zukommt. Gesundheit ist das wertvollste Gut des Menschen. Es darf keine Arbeitsplätze um jeden [gesundheitlichen] Preis geben. Betriebliche Gesundheitsförderung kann eine sinnvolle Ergänzung zum traditionellen präventiven Sicherheits- und Gesundheitsschutz sein. Daher ist es uns ein Anliegen, die betriebliche Gesundheitsförderung zu forcieren. So soll es steuerliche Anreize für Unternehmen geben, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern z.B. eine Fitnesskarte oder Fitnessgeräte oder dergleichen zur Verfügung stellen.

Auch die arbeitsmedizinische Arbeit gehört neu aufgesetzt. Neben der Ausbildung aller Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner zu Arbeitsmedizinerinnen, und Arbeitsmedizinern ist auch eine Durchforstung des Arbeitsschutzgesetzes auf mögliche Verbesserungen dringend notwendig. Die arbeitsmedizinische Betreuung muss ebenso für die Unternehmer einfacher zu organisieren sein, vor allem aber für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umfassender und besser werden.

Behandlung psychischer Krankheiten auf Krankenschein

Die Corona-Krise hat zu einer erheblichen Steigerung von psychischen Erkrankungen geführt. In Österreich haben bereits vor der Corona-Krise die registrierten Krankenstandsfälle aufgrund psychischer Erkrankung in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, während im selben Zeitraum die Krankenstände allgemein gesunken sind. Im langjährigen Vergleich nehmen auch Pensionierungen aufgrund von Invalidität wegen psychischer Krankheiten stark zu. Während der Zugang zu Psychotherapie für die Patientinnen und Patienten limitiert ist, haben die Verordnungen von Psychopharmaka zugenommen und stehen an dritter Stelle der Verursacher der Kostensteigerungen bei den Medikamenten. Derzeit ist der Zugang zu Psychotherapie

auf Krankenschein limitiert. Es gibt eine unbefriedigende Zuschusslösung. Psychotherapeutische Leistungen müssen zum Großteil aus eigener Tasche bezahlt werden. Der ÖAAB fordert daher einen bedarfsgerechten Zugang zur Psychotherapie, der es psychisch kranken Menschen ermöglicht, ohne finanzielle Hürden eine psychologische oder psychotherapeutische Behandlung zu erhalten. Zu diesem Zweck ist das Kontingent an Psychotherapien auf Krankenschein weiter zu erhöhen. Nur so sind nachhaltige Besserungen der Krankheitsverläufe zu erwarten.

Bonussystem für Prävention

Um das kostensenkende Potenzial der Prävention nutzen zu können, müssen die Österreicherinnen

und Österreicher jeden Alters viel stärker als bisher zu gesundheitsbewusstem Verhalten motiviert werden. Der beste Weg, hier etwas zu erreichen, sind finanzielle Anreize. Das Motto dabei: Prävention statt Reparaturmedizin! Dabei sollen jene Menschen belohnt werden, die etwas für ihre Gesundheit tun. Ein fachlich fundiertes Anreizsystem für eigene Bemühungen um die physische und psychische Gesundheit soll ausgearbeitet werden. Dazu gehören gute medizinische Werte, die man sich erarbeiten kann wie z.B. Fitness, das Vermeiden von Übergewicht, die Erhaltung der Zahngesundheit sowie weitere Eigeninitiativen im alternativen Heilbereich, die helfen, das öffentliche Gesundheitssystem zu entlasten.

Die neuen Antworten für den Sport in Österreich

Bewegung und Sport sind ein wesentlicher Teil unseres Alltags; sie haben eine hohe emotionale und ökonomische Bedeutung.

Sport trägt in der modernen Wohlstandsgesellschaft unserer Zeit maßgeblich zur Gesunderhaltung der Bevölkerung und Entlastung des Gesundheitssystems bei. Sport erzählt Geschichten, die die Kraft haben, Dinge zum Besseren zu verändern und Vorbildwirkung zu entfalten.

Wir können uns glücklich schätzen in einem Land wie Österreich zu leben, denn die vielen Ehrenamtlichen, die sich in den Vereinen engagieren, leisten großartige Arbeit, um die Rahmenbedingungen einer breiten Palette an Sportarten zu ermöglichen. Sport ist in Österreich mit rund 17.000 organisierten Sportvereinen, mehr als einer halben Million freiwilligen Funktionsträgern und mehr als 2,1 Millionen registrierten Mitgliedern – das ist rund jede und jeder vierte Österreicherin bzw. Österreicher - eine tragende Säule der Zivilgesellschaft. Viele engagieren sich speziell in der Jugendarbeit.

Sport von Kindesbeinen an ist die beste Investition in die Zukunft der Gesundheit. Familien sollen möglichst viele Sportmöglichkeiten nutzen können. Gleichzeitig müssen wir auch die stetig anwachsende Gruppe der älteren Bevölkerung beim Thema „Bewegungsverhalten und Aktivierung“ mitneh-

men. Gerade in den höheren Altersgruppen gehört Österreich unter den OECD-Ländern zur unrühmlichen Spitzengruppe jener Länder mit den meisten krank verbrachten Lebensjahren am Lebensende. Das Motto des Älterwerdens muss daher „Prävention statt teurer Reparaturmedizin“ lauten.

Sport kann in so vielen Bereichen unseres Lebens genutzt werden: Als kostengünstiges Medikament zur Gesunderhaltung jeder und jedes Einzelnen. Sport kann teure medizinische Behandlung ersetzen. Sportliche Anreize können Verhaltensänderungen bei breiten Bevölkerungsgruppen, z.B. in der Mobilität, in der Ernährung, in der Bildung, hervorgerufen. Sport ist ein wichtiger Motor der Integration und des Ausgleichs von Unterschieden zwischen Gruppen in der Bevölkerung. Sport ist die Klammer zwischen den Generationen in einer Zeit des Auseinanderentwickelns und großer demografischer Veränderungen. Sport ist ein wichtiger und notwendiger Partner im Arbeitsleben und in der Digitalisierung des Alltags.

Wir als ÖAAB setzen uns daher dafür ein, dass das Engagement für den Sport auch weiterhin als eine wichtige Investition in eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft gesehen wird. Wir setzen uns sowohl für die Förderung im Spitzensport als auch für eine Stärkung des Breitensports ein.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Stolz auf Freiwilligentätigkeit statt Funktionärs-Bashing**
- ▶ **Realisierung der täglichen Bewegungseinheit in Schulen hat Priorität**
- ▶ **Für den Sport die Kräfte bündeln**
- ▶ **Sport im Betrieb fördern**
- ▶ **Aktiver Beitrag staatlicher Spitzensportler nach Beendigung der aktiven Karriere**

Stolz auf Freiwilligentätigkeit statt Funktionärs-Bashing

Österreich ist ein Land der unbezahlten Organisationskraft, wie es nur wenige weltweit gibt. Doch sowohl Ruf als auch Attraktivität von ehrenamtlichen Funktionen leiden in den letzten Jahren. Die Entwicklungen gehen in die falsche Richtung. Vonseiten der Politik und des Staates ist dringend alles zu tun, um ehrliche Anerkennung und spürbaren Nutzen von Freiwilligentätigkeit für die Einzelne bzw. den Einzelnen wieder zu sichern. Als ÖAAB ist uns wichtig, dass Ehrenamtliche in den Gemeinden entlastet werden. Sie sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft und auch ehrenamtliche Arbeit muss belohnt werden. Dazu gehört die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeit sowie die Anerkennung von Freiwilligentätigkeit als Kriterium bei öffentlichen Ausschreibungen, Vergaben, Besetzungen, etc. Darüber hinaus fordern wir die Schaffung eines österreichweiten einheitlichen Vorzugssystems für Freiwillige mit Tarifrückstellungen bei öffentlichen Anbietern, Vorreihung bei öffentlichen Services. Dazu zählen beispielsweise freier Museumseintritt, Vorkaufsoptionen bei gefragten (Sport-)Events etc.

Realisierung der täglichen Bewegungseinheit in Schulen hat Priorität

Die positiven Wirkungen von ausreichender Bewegung auf körperliche und mentale Gesundheit, Wohlbefinden und die positive Entwicklung des Sozialverhaltens bei Kindern und Jugendlichen sind vielfach nachgewiesen. Dennoch ist das Bewegungsausmaß bei Kindern und Jugendlichen – nicht nur durch die Corona bedingten Schulschlie-

Bungen – leider rückgängig. Umso bedeutender ist das unstrittige Vorhaben einer täglichen Bewegungseinheit für Kinder und Jugendliche in Schule und Kindergarten geworden.

Dazu sollte jedenfalls sichergestellt werden, dass es für alle Kinder bis inkl. der 8. Schulstufe jedenfalls fünf Bewegungseinheiten in der Woche gibt. Eine Realisierung sollte im Zusammenwirken von Bildung, Gesundheit und Sport erfolgen. An Schulstandorten, wo ein Bedarf besteht, soll auch der Nachwuchsleistungssport verbreitert werden können, etwa durch Einbindung eines eigenen Klassenzuges in der Sekundarstufe II.

Für den Sport die Kräfte bündeln

Trotz vielfacher Beteuerungen fehlen auf Bundesebene leider immer noch gemeinsame strategische Überlegungen und eine abgestimmte Konzeption zwischen dem Bund und den Ländern. Die kurzen Amtsperioden der Sportminister der vergangenen 15 Jahre, der häufige Wechsel der Ressortzugehörigkeit des Sports und teilweise mangelnde Abstimmung von Bund und Ländern haben bessere Grundlagen für den Sport in Österreich verhindert.

Es muss ein breites politisches Bekenntnis von Bund und Ländern zum Weg einer gemeinsamen Sportstrategie für Österreich und in der Folge eine auf dieser Basis geführte strategische Inhaltsdiskussion mit dem Ziel einer Einigung auf kurz-, mittel- und langfristige Zielsetzungen sowie einer klaren Zuteilung von Umsetzungsrollen und -verantwortung geben.

Sport im Betrieb fördern

Die tägliche Bewegungseinheit soll nicht mit dem Schulabschluss enden. Bei betrieblicher Gesundheitsförderung etwa muss Sport als Prävention mitgedacht werden. Nur das gesunde Mittagmenü alleine reicht nicht aus. Deshalb fordern wir auch von der Arbeiterkammer finanzielle Mittel für Sport im Betrieb.

Aktiver Beitrag staatlicher Spitzensportler nach Beendigung der aktiven Karriere

Förderung von Spitzensport im Zuge einer Anstellung beim Bundesheer, bei der Polizei oder beim Zoll sind zu begrüßen, die Plätze im Heeresport wurden zuletzt sogar ausgebaut. Der Erhalt

dieser Plätze ist für den österreichischen Spitzensport unerlässlich. Weiters braucht es Testimonials im Spitzensport, die aktiv durch Werbung bei jungen Menschen Begeisterung für den Spitzensport schaffen. Diese Sportlerinnen und Sportler sollten ihre umfangreichen Erfahrungen und ihr Wissen

verstärkt im Sport, insbesondere an Schülerinnen und Schüler, an die interessierte Bevölkerung und den Nachwuchsleistungssport weitergeben!

Die neuen Antworten für Österreichs Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen sind ein wichtiger und wertvoller Bestandteil unserer Gesellschaft. Wir müssen sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Möglichkeit der Teilhabe am Gesellschaftsleben möglich gemacht wird. Jeder Mensch ist für uns gleich viel wert und sollte die gleichen Chancen im Leben erhalten. Für uns ist es selbstverständlich, dass Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben nach ihren Vorstellungen führen können sollen. Wir lehnen jede Art der Diskriminierung, Verachtung oder Stigmatisierung entschlossen ab.

Menschen mit Behinderungen können viel mehr bewegen, als ihnen oft zugetraut wird. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass sie ein Bildungssystem vorfinden, das ihnen gleichberechtigte Chancen in der Gesellschaft und der Arbeitswelt eröffnet. Ein uneingeschränkter Bildungszugang ist wesentlich für ein selbstbestimmtes Leben. Inklusion statt Separation ist dabei unsere Devise. Wir setzen uns daher für den Ausbau inklusiver Schulklassen ein. Alle Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen sollen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen, um dem gemeinsamen Unterricht folgen zu können. Sie sollen bestmöglich in den Regelunterricht einbezogen werden. Dazu braucht es einen Ausbau inklusiver Angebote im Schulsystem.

Als Arbeitnehmervertretung ist es für uns wesentlich, dass mehr ambitionierte Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt eine Beschäftigung finden. Zur Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens gehört auch die Möglichkeit, arbeiten zu können. Sei es im ersten Arbeitsmarkt oder auch in Einrichtungen wie Tagesstrukturen oder Werkstätten. Es gilt Unternehmen zu ermutigen, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Eine Möglichkeit dazu wären Lohnkostenförderungsmaßnahmen. Ein Abbau von Zugangshürden und Bürokratie ist

ebenfalls Voraussetzung dafür, dass mehr Menschen mit Behinderungen ihren Platz in der Arbeitswelt finden.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie stark unsere Arbeitswelt in den vergangenen Jahren sich durch die zunehmende Digitalisierung verändert hat. Die Digitalisierung verändert die Arbeitsverfahren an herkömmlichen Arbeitsplätzen und es gibt mehr örtliche Flexibilität. Die Digitalisierung ermöglicht aber auch neue und verbesserte Hilfstechnologien, die Menschen mit Behinderungen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Die Digitalisierung ist eine große Chance für Menschen mit Behinderungen, die es zu nutzen gilt.

Ein wesentlicher Faktor dabei ist die Barrierefreiheit. Diese ermöglicht die uneingeschränkte Teilhabe an Informationen, Schul- und Berufsausbildung, dem gesamten Freizeit-, Konsum- und Dienstleistungsbereich, Kommunikationstechnologien und Medien, dem Sport- und Tourismusangebot. Die Beseitigung von Barrieren ist von größter Bedeutung für Menschen mit Behinderungen, denn Barrierefreiheit trägt wesentlich zu deren Gleichstellung und gesellschaftlichen Teilhabe bei. Barrierefreiheit im Internet muss zur Selbstverständlichkeit werden. Informationssysteme, Webseiten etc. müssen für alle Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht werden – auch der Aspekt der einfachen Sprache ist dabei zu berücksichtigen. Auch barrierefreies Bauen und Wohnen muss selbstverständlich sein. Öffentlich geförderte Bauprojekte (d.h. auch Wohnbauprojekte) müssen über die bestehenden baulichen Standards hinaus wesentlich konsequenter barrierefrei errichtet und betrieben werden.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Inklusive Bildung dort, wo es möglich ist**
- ▶ **Anreizsysteme schaffen: „Belohnen statt strafen“ bei der Einstellung von Menschen mit Behinderungen**
- ▶ **Neue Chancen am Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen durch Homeoffice – digitale Weiterbildung forcieren**
- ▶ **Lohn statt Taschengeld**
- ▶ **Schaffung eines One-Stop-Shops insbesondere für persönliche Assistenz**
- ▶ **Barrierefreiheit forcieren**

Inklusive Bildung dort, wo es möglich ist

Die Möglichkeit zu einem uneingeschränkten Bildungszugang für Menschen mit Behinderungen ist zentral für ein selbstbestimmtes Leben und beeinflusst alle anderen Lebensbereiche ganz wesentlich. Daher setzen wir uns für den Ausbau inklusiver Schulklassen ein. Denn je früher die Gesellschaft mit Menschen mit Behinderungen (wie in Kindergärten, Volksschulen) Kontakt hat, umso offener und selbstverständlicher geht die Gesellschaft folglich in allen Lebensbereichen damit um. Es ist uns ein Anliegen, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, die Bildungsform besuchen in der sie sich am besten weiterentwickeln können - in inklusiven Bildungssystemen oder auch in Einrichtungen der Sonderschulen.

Anreizsysteme schaffen: „Belohnen statt strafen“ bei der Einstellung von Menschen mit Behinderungen

Die momentan vorhandenen Mittel, um Menschen mit Behinderungen in Beschäftigung zu bringen, müssen wirkungsvoller eingesetzt werden, dies bedarf eines mutigen Umbaus des derzeitigen Unterstützungssystems. Es braucht nicht mehr an Mitteln, sondern einen effizienteren Einsatz mit mehr an Wirkung. Vereinfachtere Fördermöglichkeiten und Anreize für Betriebe – z.B. Unternehmen zahlt für eine Arbeitnehmerin oder einen Arbeitnehmer mit Behinderungen keine Lohnnebenkosten – sollen umgesetzt werden. Das System sollte auch flexibler werden, also nicht nur entweder voll unterstützt bei begünstigter Behinderung oder Streichung aller

Unterstützungen, wenn die oder der Beschäftigte in den ersten Arbeitsmarkt wechselt. Die vielen Finanzmittel, die für die Ausbildung verwendet werden, sollten so gestaltet sein, dass die Endabsicht, nämlich die Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt, als Ziel klar definiert ist.

Grundsätzlich sollen Betriebe über Ausgleichstaxen und Kündigungsschutz von Menschen mit Behinderungen besser informiert werden, damit die Scheu auch die Angst davor, den Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin mit Behinderungen „ewig behalten zu müssen“, genommen werden. Gleichzeitig soll der Kündigungsschutz in der aktuellen Form beibehalten werden.

Neue Chancen am Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen durch Homeoffice – digitale Weiterbildung forcieren

Die Corona-Krise hat die Digitalisierung in vielen Bereichen vorangetrieben und auch unsere Arbeitswelt auf den Kopf gestellt. Die Digitalisierung ist eine klare Chance für Menschen mit Behinderungen. Daher gilt es, verstärkte finanzielle Förderungen von Ausbildungsinitiativen im digitalen Bereich („Inklusive IT-Qualifizierungen“) zu forcieren. Auch die Möglichkeit teilweise von zu Hause aus im Homeoffice zu arbeiten, kann für Menschen mit Behinderungen eine Erleichterung bringen.

Lohn statt Taschengeld

Unser Ziel ist es, berufliche und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und Abhängigkeiten von Sozial- und Unterhaltsleistungen zu beseitigen, damit Menschen mit Behinderungen ihre Fähigkeiten stärken, passgenaue Unterstützungsleistungen beziehen und somit selbstbestimmt mit eigenem Einkommen für ihre Arbeit leben können. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen, die in Einrichtungen wie Tageswerkstätten arbeiten, in Zukunft Lohn statt Taschengeld bekommen. Damit erfahren sie nicht nur eine würdevolle Wertschätzung ihrer geleisteten Arbeit, sondern sind dadurch auch sozialversicherungsrechtlich abgesichert. Menschen mit Behinderungen, die in Tagesstrukturen arbeiten, müssen einen eigenen Anspruch auf Sozialversicherung, vor allem auf Pensionsversicherung, haben.

Schaffung eines One-Stop-Shops insbesondere für persönliche Assistenz

Für eine volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sind einfache Anlaufstellen für Unterstützungsangebote essenziell. Unser Ziel sind möglichst einfache, wohnortnahe, niederschwellige und inklusiv ausgestaltete Anlaufstellen für Menschen mit Behinderungen, die Anträge von Menschen mit Behinderungen gesammelt entgegennehmen und diese an die zuständigen Stellen weiterleiten. Dies würde den Zugang zu den passenden Leistungen erheblich vereinfachen und ermöglicht Menschen mit Behinderungen die selbstständige soziale Teilhabe. Besonders im Bereich der persönlichen Assistenz wäre ein One-Stop-Shop hilfreich.

Barrierefreiheit forcieren

Die Herstellung umfassender Barrierefreiheit ist nicht auf einzelne Lebensabschnitte begrenzt und wesentlich für die Gleichstellung und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Neben der baulichen und mobilitätsbezogenen Barrierefreiheit stellt die barrierefreie Informations- und Kommunikationstechnologie eine wesentliche Säule für die vollumfängliche Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben dar. Die Corona-Krise hat verdeutlicht, dass diese Technologie und deren Benutzung im Alltag zum Standard und damit unverzichtbar geworden sind. Deren Verwendung ist für Menschen mit Behinderungen zum größten Teil alternativlos. Wir setzen uns daher ein, dass Barrierefreiheit auch im Netz gewährleistet ist.



Die neuen Antworten für Generationen und lebenslanges Lernen.

Wie alt auch immer, nur ein gelungenes Zusammenleben sichert den Menschen persönliche Entfaltung.



V. Die neuen Antworten für Generationen und lebenslanges Lernen.

Wie alt auch immer, nur ein gelungenes Zusammenleben sichert den Menschen persönliche Entfaltung.

Die neuen Antworten für unser Pensionssystem

Im modernen Sozialstaat sichern Pensionsversicherungssysteme die Handlungsfähigkeit des einzelnen Menschen dann, wenn er aufgrund des Alters oder geminderter Arbeitsfähigkeit das finanzielle Auskommen nicht mehr aus eigenen Kräften sichern kann. Unsere Aufgabe als Staat und Gesellschaft muss es daher sein, jenen Menschen, die sich in dieser Lebensphase bzw. kurz davor befinden, entsprechend Sicherheit zu geben.

Dabei dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass die Herausforderung der Finanzierung dieses Systems durch die heute bzw. künftig Erwerbstätigen eine ist, die wir laufend annehmen müssen. Während sich die Zeit, die Menschen heute im Durchschnitt in Pension befinden, Gott sei Dank immer weiter verlängert, stagniert die Phase der Erwerbstätigkeit bzw. nimmt (aufgrund längerer Ausbildungszeiten) sogar leicht ab. Gleichzeitig gehen Wirtschaftsforscher in ihren Prognosen davon aus, dass die Entwicklung der Beiträge, die in unser Pensionssystem einbezahlt werden, in den nächsten Jahren hinter dem Anstieg der notwendigen Zuschüsse aus dem Steuertopf bleiben – auch, aber nicht nur, weil nun die geburtenstarken 1960er-Jahrgänge ins pensionsnahe Alter kommen.

Als ÖAAB stehen wir für konsequente Weiterentwicklungen und Modernisierungen unserer Systeme der Alterssicherung – immer mit dem entsprechenden Augenmaß. Wir sind es, die in Pensionsdiskussionen den Standpunkt derer einnehmen wollen und müssen, die sich dazu bekennen, unser System durch ihre Beiträge mitfinanzieren und beleben zu wollen – die sich aber gleichzeitig darauf verlassen wollen, eine entsprechende Gegenleistung zu erhalten.

Ziel muss es daher sein, allen Versicherten Vertrauen in ein generationengerechtes Pensionssystem

zu geben. Dabei gilt: Arbeit ist noch immer das beste Mittel, um Armut zu verhindern! Alle Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt, um mehr Menschen wieder in den Erwerb zu bringen, sind wichtige Schritte hin zu einem finanziell abgesicherten Ruhestand; gleichzeitig müssen wir als Sozialpartner unsere Anstrengungen dahingehend intensivieren, die Gehaltstabellen weiter anzuheben und ihre Verläufe abzuflachen – um auch jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bereits gute Beitragsgrundlagen für später zu ermöglichen.

Darüber hinaus wollen wir weiterhin Anreize setzen, alle drei Säulen unseres Modells für einen finanziell abgesicherten Ruhestand nicht nur wieder in den Fokus der Öffentlichkeit und vor allem der Erwerbstätigen zu holen – sondern auch die zweite und dritte Säule entsprechend weiterzuentwickeln. Als ÖAAB haben wir das Modell der Abfertigung Neu erfunden und umgesetzt; nun fast 20 Jahre nach Inkrafttreten der Regelung, wollen wir die Betriebspension als 2. Säule weiter ausbauen. Für die 3. Säule, die private Vorsorge, werden wir über verschiedene höhere, zielgerichtete Fördermöglichkeiten nachdenken müssen.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Staat mit Handschlagqualität: Konsequente Weiterentwicklung und Modernisierung unserer Systeme der Alterssicherung**
- ▶ **Versicherungsleistung Pension – Sozialleistung Ausgleichszulage**
- ▶ **Gesund bis ins Alter und bis in die Pension**
- ▶ **Neuausrichtung von beruflicher und sozialer Rehabilitation**
- ▶ **Gerechtigkeit!**

Staat mit Handschlagqualität: Konsequente Weiterentwicklung und Modernisierung unserer Systeme der Alterssicherung

Wer arbeitet und mit seinen Beiträgen das Pensionssystem maßgeblich trägt, soll auch etwas davon haben. Wir wollen einen Bonus für all jene, die besonders lang bzw. über das Regelpensionsalter hinaus arbeiten – gleichzeitig brauchen wir aber auch Wege für Menschen, die gesundheitlich nicht in der Lage sind, bis dahin in ihrem Beruf zu arbeiten bzw. keinen Arbeitsplatz haben.

Wer gesund ist, soll bis zum Regelpensionsalter im Erwerb bleiben können – wenn schon nicht 40 Stunden pro Woche, so zumindest in Teilzeit. Die Altersteilzeit im Sinne einer tatsächlichen Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit hat sich als taugliches Instrument erwiesen, um Menschen auch ein langsames Ausgleiten aus dem Erwerbsleben zu ermöglichen. Die bestehenden Modelle wollen wir weiterentwickeln und fördern.

Für Menschen, die in ihrem Beruf besonders schwer körperlich in Anspruch genommen werden und wurden, müssen wir Wege finden, diese schwere Arbeit auch für einen früheren Pensionsantritt zu berücksichtigen. Die derzeitige Schwerarbeiterregelung hat sich durch unklare Formulierungen und ausziselierte Entscheidungen der Gerichte zum Bürokratiemonstrum entwickelt – und ist von einer transparenten, gerechten Regelung mittlerweile weit entfernt. Die bestehende Regelung ist daher zu evaluieren und mit Hausverstand zu überarbeiten.

Versicherungsleistung Pension – Sozialleistung Ausgleichszulage

Als Versicherungssystem lebt unser Pensionssystem vom Beitragszahler: Ausbezahlt werden sollen Leistungen, denen als Äquivalent Einzahlungen in Form von Beiträgen während des Erwerbslebens gegenüberstehen. Anreize dafür wollen wir in verschiedenen Bereichen setzen.

Gleichzeitig dürfen wir aber auch auf diejenigen nicht vergessen, die aus verschiedenen Gründen aus diesem System nicht genug herausbekommen, um im Alter davon leben zu können: Für sie muss es aus dem Gedanken der Sozialhilfe entsprechende Leistungen geben. Diese unterscheiden sich aus einem Grund von Sozialhilfeleistungen, die vor dem Erreichen des Regelpensionsalters notwendig sind: Während junge, erwerbsfähige Menschen

aus eigener Kraft dazu beitragen können, ihren Lebensunterhalt zu sichern bzw. zu verbessern, können das Menschen im Pensionsalter nicht mehr. Wir wollen daher in Zukunft ganz klar zwischen den Systemen der Sozialhilfe und der Ausgleichszulage unterscheiden und die Valorisierung der beiden Leistungen entkoppeln.

Gesund bis ins Alter und bis in die Pension

Die Frage, wie wir damit umgehen, dass Menschen aus gesundheitlichen Gründen nicht oder nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten bzw. überhaupt einer Beschäftigung nachgehen können, beschäftigt nicht nur die Betroffenen selbst, sondern ist eine essenzielle Frage für unser Pensionssystem und seine Finanzierung.

Unser Ziel muss es sein, durch präventive Angebote, aber auch rasche, zielgerichtete Rehabilitation bei gesundheitlichen Problemen oder Unfällen dafür zu sorgen, dass gesund alt werden zur Regel wird und vorzeitige Pensionsantritte aufgrund des Verlusts der Arbeitsfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen nicht immer mehr, sondern weniger werden. Für bessere Treffsicherheit dieser Angebote, aber auch zur Beurteilung, ob eine Rehabilitation in den Arbeitsmarkt möglich ist, ist es notwendig, dass auch Gutachterärzte der Pensionsversicherung die Krankengeschichte der durch sie zu Beurteilenden einsehen können.

Besonders notwendig sind dafür Strategien für den Umgang mit Menschen, die aufgrund psychischer bzw. psychiatrischer Erkrankungen aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen – ihr Anteil wird derzeit immer höher. Hier brauchen wir neue Strategien für eine bessere Integration bzw. Teilzeitvarianten, um auch Menschen mit psychischen Problemen die Teilhabe am Arbeitsleben und damit einen geregelten Alltag mit einem Einkommen zum Auskommen zu ermöglichen.

Neuausrichtung von beruflicher und sozialer Rehabilitation

Droht aus gesundheitlichen Gründen unmittelbar oder in absehbarer Zukunft der Verlust der Arbeitsfähigkeit im jeweiligen Berufsfeld bzw. generell, dienen Maßnahmen der beruflichen bzw. sozialen Rehabilitation der Orientierung zwischen anderen, möglichen Berufsfeldern bzw. der konkreten Umschulung. Dabei verschwimmen die Grenzen

zwischen den Zuständigkeiten der verschiedenen Akteure bzw. Systeme oft fließend: Arbeitsmarktservice, Bildungsbereich, Länder bzw. das Sozialministeriumsservice arbeiten hier mit den Pensionsversicherungsträgern eng, aber regional höchst unterschiedlich, zusammen.

Ganz gleich, welche Institution eine berufliche Neuorientierung vorschlägt, durchführt oder finanziert: Im Mittelpunkt müssen die Chancen der und des Einzelnen am Arbeitsmarkt und zielgerichtete Rehabilitation, am besten in einen konkreten neuen Job, stehen! Die Programmlandschaft ist daher zu durchforsten, berufliche und soziale Rehabilitationsmaßnahmen sollen evaluiert und anhand messbarer Ergebnisse neu ausgerichtet werden. Dabei ist selbstverständlich auf die individuelle Leistungsfähigkeit des Einzelnen und seine Integrierbarkeit in den Arbeitsmarkt Bedacht zu nehmen.

Gerechtigkeit!

Der „Gender Pay Gap“ ist seit vielen Jahren in aller Munde – logische Konsequenz ist ein sich in weiten Teilen daraus ergebender „Gender Pension Gap“. Passiert ist vieles – dennoch ist es Tatsache, dass sich die Pensionshöhe von Frauen und Männern im Sinne einer geschlechtergerechten Alterssicherung noch immer nicht angleicht, sondern der Unterschied sogar größer wird. Zur Bekämpfung, aber vor allem Vorbeugung von Altersarmut speziell bei Frauen werden weitere Maßnahmen notwendig sein – insbesondere, was die Bewusstseinsbildung betrifft.

Daneben sind es immer noch weitere Faktoren, die zu diesem Ergebnis führen. Als wichtige Maßnahme zur gerechten Verteilung bei Paaren mit Kindern schlagen wir daher vor, das bisherige freiwillige Pensionsplitting zum automatischen Pensionsplitting [mit Opt-Out-Variante] weiterzuentwickeln. Dabei gilt es, die Lebensrealitäten im Blick zu haben und einen möglichst unbürokratischen Vollzug für die Betroffenen sicherzustellen.

Auch zwischen jungen Menschen und solchen im pensionsnahen Alter gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen zur Frage, was gerecht ist im Pensionssystem. Dabei müssen wir gerade bei Jungen mehr Bewusstsein dafür schaffen, dass Pensionsversicherung nicht erst mit 50+ beginnt und beginnen darf, sondern entscheidend von der früheren Lebensplanung abhängt. Als ÖAAB wollen wir daher eine Form der institutionalisierten Beratung und Beschäftigung bereits zum Beginn der Berufslaufbahn ermöglichen und fördern. Das kann etwa durch schulbezogene Veranstaltungen durch die Sozialversicherungsträger, denen wir den Auftrag dazu geben wollen, im Rahmen der [Berufs-]Schulzeit erreicht werden.

Weiters dürfen wir nicht übersehen, dass es gerade auch die Verlängerung der Ausbildungszeiten bzw. der höhere Anteil an Menschen mit längeren Ausbildungszeiten sind, die massiv dazu beitragen, die Anzahl der Versicherungsjahre zu verringern – während in Diskussionen rund um die Pensionshöhe regelmäßig nur die letzten Jahre des Erwerbslebens beleuchtet werden. Daher wollen wir Modelle entwickeln, wie Anreize gesetzt werden können, Erwerbstätigkeit bereits früher, auch während bzw. zwischen Ausbildungszeiten, stärker zu fördern.

Die neuen Antworten für einen erfolgreichen Bildungs- und Ausbildungsweg

Bildung ist Zukunft! Demokratie, Humanität, Solidarität, Friede und Gerechtigkeit sowie Offenheit und Toleranz sind die Grundwerte von Schule und Gesellschaft in einem vereinten Europa, auf deren Grundlage allen Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Entwicklung ermöglicht werden soll. Für unsere Gesellschaft ist es unverzichtbar, unseren Kindern eine qualitativ hochwertige Bildung, Aus- und Fortbildung zu ermöglichen.

Die Frage ist: Was müssen Kinder und Jugendliche heute lernen, um morgen ein erfolgreiches Leben gestalten zu können? Alle gesellschaftlichen Entscheidungsträgerinnen und -träger erkannten in der Schule stets das Fundament für die Gesellschaft der Zukunft. Schule zu gestalten, bedeutet daher zugleich die Zukunft zu gestalten. Die institutionalisierte Bildung beginnt mit dem Eintritt in die frühkindliche Elementarbildung und reicht bis ins hohe Erwachsenenalter.

Im Mittelpunkt unseres Bildungssystems muss das Wohl der Kinder stehen. Für diese gilt es, alle Chancen zu eröffnen und für Chancengerechtigkeit zu sorgen: Jedes Kind soll die Bildung erhalten, die seinen Stärken und Bedürfnissen entsprechend ist, dafür bietet unser bewährtes, differenziertes Bildungssystem eine sehr gute Basis. Im Bereich der Integration brauchen manche Kinder darüber hinaus eine spezielle Betreuung, sonderpädagogische Förderung und Therapie. Die Herkunft eines Kindes darf nicht über seine Zukunft als Erwachsener entscheiden, dies wird durch den freien Zugang zu den öffentlichen Schulen gewährleistet.

Wir haben in Österreich zu wenige Rohstoffe zur Verfügung. Unser Schlüssel zum Erfolg waren stets gut ausgebildete und fleißige Menschen und das muss auch weiterhin so bleiben. Die Arbeitsgesellschaft von morgen ist auf kreative, leistungsbereite und gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen. Weiterbildung und lebenslanges Lernen wird angesichts der ständigen Erneuerung von Arbeit, Wirtschaft und Technik immer wichtiger. Die Erstausbildung wird zwar weiterhin die Basis im Leben der erwerbstätigen Bevölkerung sein, jedoch sind die permanenten Re- und Weiterqualifizierungen sowie lebenslanges Weiterlernen in unserer Gesellschaft absolut unerlässlich.

Leistung und Gerechtigkeit im Bildungswesen sind für den ÖAAB die Basis, auf die sich unser Bildungssystem aufbaut. Bildung ist der Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherheit und dafür, dass es in unserer Gesellschaft gerecht und menschlich zugeht. Bildung ist aber auch die ökonomische Frage des 21. Jahrhunderts. Ein Land, das heute seine Bildungspotenziale vernachlässigt, fällt morgen wirtschaftlich zurück. Wir als ÖAAB wollen die österreichische Bildungspolitik gestalten, weiterentwickeln und modifizieren. Bildungspolitik entscheidet, wie wir mit dem größten Zukunftspotenzial unseres Landes umgehen – welche Chancen wir unseren Kindern und Jugendlichen, aber auch den Erwachsenen für ihre Zukunft eröffnen.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Ausbau der frühkindlichen Elementarbildung**
- ▶ **Die Volksschule als wesentliches Element eines erfolgreichen Bildungswegs**
- ▶ **Musik, Sport, Digitalisierung, MINT-Förderung besser im Volksschulbereich implementieren**
- ▶ **Verstärkter Fokus auf haptische- und taktile Fertigkeiten in Volksschulen und Sekundarstufe I**
- ▶ **Digitalisierung und neue Medien**
- ▶ **Zehn-Finger-System bereits in der Volksschule**
- ▶ **Individuelle Förderung sicherstellen – Qualität vor Quantität**
- ▶ **Fokus auf Berufswahl bereits in Unterstufe**
- ▶ **Vernetzung von wirtschaftlicher Praxis und Schule**
- ▶ **Mehr Gewaltprävention in den Schulen**
- ▶ **Schulpartnerschaft stärker fördern**
- ▶ **Erhalt des vielfältigen Schulsystems**
- ▶ **Die Polytechnische Schule – Vorbereitung auf den Lehrberuf**
- ▶ **Auf dem Weg zum Facharbeiter**
- ▶ **Das Profil der AHS-Oberstufe stärken**
- ▶ **Berufsbildende mittlere und höhere Schulen als Erfolgskonzept**
- ▶ **Schlanke und moderne Lehrpläne schaffen**
- ▶ **Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer – Praxisphasen ausbauen**
- ▶ **Beste Rahmenbedingungen für Universitäten und Fachhochschulen schaffen**
- ▶ **Universitäten und Fachhochschulen stärken**
- ▶ **Lebensbegleitendes Lernen erleichtern**
- ▶ **Neue Bildungskonzepte für Erwachsenenbildung**
- ▶ **Digitales Studium besser ermöglichen und ausbauen**

Ausbau der frühkindlichen Elementarbildung

Die ersten Jahre im Leben eines Kindes sind learning years. Was Kinder in den ersten Jahren nicht lernen, hängt ihnen als Lernrückstand durch ihre gesamte Bildungslaufbahn nach – oft holen sie diesen Rückstand nicht mehr auf. Neben der prioritären Rolle des Elternhauses ist auch der Kindergarten als erste Bildungseinrichtung von Bedeutung. Kindergärten sollen als vollwertige Bildungseinrichtung definiert werden. Wir stehen zur Wahlfreiheit, dennoch sollte ein Betreuungsplatz auch bereits für die Kleinsten zur Verfügung stehen, egal ob am Land oder in der Stadt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Die Bildungseinrichtung Kindergarten soll nicht nur zur Betreuung dienen, sondern vor allem erste wertvolle, spielerische Bildung anbieten. Wir müssen sicherstellen, dass alle Kinder, die in die Schule kommen, ausreichend gut Deutsch können, um dem Unterricht folgen zu können. Kinder, die über mangelnde Deutschkenntnisse verfügen oder sprachliche Defizite bzw. soziale sowie emotionale Verzögerungen in ihrer Entwicklung aufweisen, müssen so gefördert werden, dass sie mit Eintritt in die erste Klasse der Volksschule bereit sind, dem Unterricht zu folgen. Der Bildungseinrichtung Kindergarten fehlt es an bundesweit verbindlichen Standards. Durch ein Bundesrahmengesetz Elementarpädagogik sollen einheitliche Mindeststandards für Kindergärten und insbesondere die sprachliche Frühförderung geschaffen werden. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Kinder vor Schuleintritt so gefördert werden, dass sie in der Lage sind, mit Beginn der Schulpflicht dem Unterricht folgen zu können. Im Sinne eines „sanften Überganges“ ist es notwendig die Kooperation der Pädagoginnen und Pädagogen sowohl der elementarpädagogischen Einrichtungen als auch der Volksschulen zu verstärken und zu intensivieren.

Die Volksschule als wesentliches Element eines erfolgreichen Bildungswegs

Grundlage einer guten und erfolgreichen Bildungslaufbahn bildet neben der frühkindlichen Elementarbildung die Volksschule. In diesem Bereich wird die Basis für den späteren Lern- und [Aus-]Bildungserfolg gelegt. Das Erlernen und Festigen der grundlegenden Kulturtechniken steht in der Volksschule im Mittelpunkt. Da die Volksschule in den vergange-

nen Jahren eine Vielzahl an zusätzlichen Aufgaben übernommen hat, aber dennoch für das Erlernen und die Festigung der Kulturtechniken ausreichend Raum zur Verfügung stehen soll, ist es notwendig, in den ersten Klassen der Volksschule eine zusätzliche Unterstützungskraft einzusetzen. Wir leben in einer hochentwickelten „Wissengesellschaft“. „Fördern und Fordern“ soll das Grundprinzip in unserem Bildungssystem sein! Wenn Menschen ihre Fähigkeiten entfalten und in die Gesellschaft einbringen können, fördert dies auch ihre eigene Lebenszufriedenheit. Pädagoginnen und Pädagogen haben die Aufgabe, möglichst bald die Talente der ihnen anvertrauten Kinder zu erkennen und diese zu fördern. Nur ein vielfältiges Bildungsangebot, das die individuellen Voraussetzungen berücksichtigt, kann die wichtige Aufgabe der Talentförderung erfüllen. Uns ist es wichtig, dass wir ausreichende Ressourcen für individuelle Förderung sicherstellen und für ein ausreichendes Angebot an unverbindlichen Übungen und Freigegegenständen an Schulen sorgen. Wir setzen uns für eine Aufwertung der Elementarpädagogik ein.

Musik, Sport, Digitalisierung, MINT-Förderung besser im Volksschulbereich implementieren

Neben den Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen haben sich auch weitere Fertigkeiten herauskristalliert, die entscheidend für den weiteren Erfolg der jungen Menschen sind. Die schulischen Angebote in den Bereichen Sport, Musik, Digitalisierung und MINT müssen besser unterstützt werden. Die tägliche sportliche Bewegungseinheit, verstärkte Kooperation mit Musikschulen, Förderung des gezielten Umgangs mit Digitalisierung und neuen Medien sowie die Förderung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik sollen mit entsprechenden Schwerpunkten gezielt ergänzt werden. Das sind entscheidende Wissenssegmente, die neben dem Dienstleistungsbereich für den künftigen Wohlstand Österreichs ausschlaggebend sein werden. Als Musik- und Kulturland sowie Innovationsland ist es für Österreich wesentlich, dass diese Kompetenzen bei Kindern früh gefördert werden.

Verstärkter Fokus auf haptische- und taktile Fertigkeiten in Volksschulen und Sekundarstufe I

Im Hinblick auf den auf uns zukommenden Facharbeitermangel ist es wünschenswert, bereits in der Schule Talente für eine Lehrausbildung zu finden und zu fördern. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der Gebrauch von Handwerkszeug in gleichem Ausmaß gefördert wird wie der Umgang mit dem Computer. Dafür muss ein verstärkter Fokus auf textiles und technisches Werken bereits in der Volksschule und weiterführend in der Sekundarstufe I gerichtet sein. Der Unterricht muss vor allem in der Sekundarstufe I von fachspezifischem Personal gehalten werden.

Digitalisierung und neue Medien

Mit der Ausstattung unserer Schülerinnen und Schüler mit Notebooks und Tablets beginnt eine neue Ära an Österreichs Schulen. Pädagogik und Unterrichtsbehelfe müssen damit Schritt halten. Es erfordert hier eine strategische Neuausrichtung und eine geänderte Finanzierungsstruktur der Mittel des Familienlastenausgleichsfonds. Neue Medien und moderne interaktive Lernmöglichkeiten müssen neben dem traditionellen Schulbuch in allen Gegenständen und für alle Schülerinnen und Schüler leicht zugänglich gemacht werden. Um einen problemlosen Schulalltag mit den neuen Medien zu gewährleisten, fordern wir, IT-Betreuerinnen und -Betreuer in ausreichender Anzahl bereitzustellen.

Zehn-Finger-System bereits in der Volksschule

Die Beherrschung des Zehn-Finger-Systems ist im heutigen Zeitalter der Digitalisierung wesentlich, um mithalten zu können. Um dieses System auf spielerische Art zu erlernen und schon den Kleinsten unter uns, das Schreiben am Computer zu erleichtern, ist es wünschenswert, dieses bereits in der Volksschule zu unterrichten und in der Sekundarstufe I zu perfektionieren.

Individuelle Förderung sicherstellen – Qualität vor Quantität

Die Sicherstellung notwendiger Rahmenbedingungen für flexible individuelle Förderung ist unbedingt notwendig. Die derzeitigen Kriterien für individuelle Fördermöglichkeiten sind zu überarbeiten. Von Verhaltensauffälligkeiten bis hin zur Förderung

schwerstbehinderter Kinder wird momentan alles unter dem Etikett „Sonderpädagogischer Förderbedarf“ subsumiert. Aus diesem Grund fordern wir die Überarbeitung der Kriterien für den Sonderpädagogischen Förderbedarf sowie eine Anpassung des Ressourceneinsatzes und die Aufhebung der Deckelung von 2,7 Prozent.

Fokus auf Berufswahl bereits in Unterstufe

Die Verbesserung der beruflichen Situation für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie effizientere Weiterbildungsmaßnahmen für Jugendliche sind wesentliche Faktoren für die Ausbildungsqualität der Beschäftigten von morgen. Wichtig ist hierbei die berufliche Entscheidungsfindung mit dem passenden Bildungsweg. Allen Kindern und jungen Menschen soll die bestmögliche Unterstützung und Beratung für diese Wahl zur Verfügung stehen. Daher ist es notwendig, dass Kinder und Jugendliche sich einerseits mit sich selbst auseinandersetzen und ihre Potenziale, Neigungen, Fähigkeiten und Interessen erkennen und ihnen andererseits ein umfassender Überblick zur Berufsorientierung geboten wird. Deshalb fordert der ÖAAB eine verpflichtende berufliche Orientierung bereits für alle ab der 6. Schulstufe.

Vernetzung von wirtschaftlicher Praxis und Schule

Wir wollen eine stärkere Vernetzung von wirtschaftlicher Praxis und Schule. Daher streben wir die Vermittlung von wirtschaftlichen Grundkompetenzen für alle Schülerinnen und Schüler innerhalb der Schulpflicht sowie einen intensiveren Austausch mit der Wirtschaft an. Dies kann einerseits über die Lehrkräfte gelingen, die dienstrechtlich abgesichert für ein Jahr in einem Unternehmen praktische Erfahrung sammeln, andererseits auch in einer stärkeren Einbindung der Unternehmen in der Region sowie durch die Attraktivierung des Quereinstiegs. Es braucht mehr „Role Models“ für Mädchen, aber auch für Buben, daher kann der intensivere Austausch mit den Unternehmen in den Schulen gegenseitig neue Perspektiven eröffnen. So sind beispielsweise Schnuppertage, Vorträge in den Schulen, Betriebsbesuche, Berufstage in der letzten Schulwoche uvm. vermehrt anzubieten und zu intensivieren.

Mehr Gewaltprävention in den Schulen

Prävention von schulischer Gewalt und Mobbing ist eine Herausforderung, der sich Schulen als Gesamtorganisation stellen müssen. Jeder Mensch trägt Aggressionspotenziale in sich. Sie sind natürlich und gehören zum menschlichen Wesen. Beunruhigend sind die schleichend wachsende „ganz alltägliche Gewaltbereitschaft“, das fehlende Mitgefühl und die sinkende Hemmschwelle. Das Ziel muss es daher sein, Gewalt in der Schule nicht als etwas Unvermeidliches zu betrachten, sondern zu verringern bzw. letztlich einzudämmen. Daher setzen wir uns für die Intensivierung der bereits erprobten Präventionsprojekte und die Konzeption von neuen Programmen ein, die altersgerecht und schultypenabhängig das Thema „Gewalt und Gewaltprävention“ in die Schule bringen. Unter Mitwirkung von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Schulärztinnen und Schulärzten, Lehrpersonal, Schülervertreterinnen und -vertretern, Elternvertreterinnen und -vertretern, Sozialarbeiterinnen und -arbeitern, Polizei sowie Vereinen soll es möglich gemacht werden, mit Diskussionen, einem Schülerfragebogen oder anderen Möglichkeiten das Thema zu bearbeiten und eventuell einen langfristigen Handlungsplan individuell und situationsabhängig zu erarbeiten. Es geht dabei auch darum, die Möglichkeit der Konfliktvermeidung durch die Schaffung eines positiven Schulklimas aufzuzeigen. Auch Projekte von sogenannten „Peers“ – gleichaltrige, besonders geschulte Mitschülerinnen und Mitschüler – sollen ausgebaut und aktiv in der Gewaltprävention eingesetzt werden.

Schulpartnerschaft stärker fördern

Unser Sozialstaat birgt die Gefahr einer Anspruchsgesellschaft in sich, die für die Lösung aller Lebensfragen den Staat verantwortlich macht. Dies zeigt sich auch in einer vermehrten Übertragung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben an die Schule und das Bildungssystem im Gesamten. Inzwischen ist jedoch klar, dass „der Staat“ nicht für alles verantwortlich sein kann, sondern dass zentrale Vorgaben und Steuerung vor allem im Bildungsbereich an ihre Grenzen stoßen. Das bedeutet für uns nicht nur eine stärkere Einbindung der Eltern und der Kinder und Jugendlichen selbst in den Bildungsprozess, sondern die Aufgabe, sie nach dem Grundsatz „Hilf mir, es selbst zu tun“ an eigenständiges Lernen, Denken und Entscheiden heranzuführen.

Dies gilt nicht nur für jede und jeden Einzelnen, sondern auch für unsere Bildungseinrichtungen selbst. Wir bauen auf verstärkte Autonomie für unsere Schulen und vertrauen auf die partnerschaftliche Entscheidungskompetenz der Schulpartner Eltern, Lehrerinnen bzw. Lehrer sowie Schülerinnen bzw. Schüler vor Ort. Schulpartnerschaft funktioniert und verdient es, weiter ausgebaut zu werden. Einerseits durch verstärkte Kompetenzen an der Schule selbst wie etwa bei personellen Entscheidungen, aber auch durch die Etablierung schulpartnerschaftlicher Gremien mit Entscheidungskompetenz auf Landes- und Bundesebene.

Erhalt des vielfältigen Schulsystems

Wir bekennen uns zum differenzierten österreichischen Schulwesen, das uns durch die Unterteilung in ein starkes allgemeinbildendes Schulwesen und ein hochwertiges berufsbildendes Angebot eine der niedrigsten Jugendarbeitslosenraten in der Europäischen Union beschert. Zusammen mit dem Prinzip der Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schularten führt diese Vielfalt zu begabungs- und kindergerechten Schulen, die Wege in die Zukunft öffnen, indem sie die Kinder ihrem Entwicklungsstand entsprechend abholen und so fördern, wie sie es brauchen. Das Schulsystem braucht sowohl Differenzierung als auch Durchlässigkeit, um jeder Schülerin und jedem Schüler Einstiegs-, Umstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten, die den Talenten und Interessen entsprechen, zu bieten. Wir wollen sicherstellen, dass kein Bildungsweg zur Sackgasse wird.

Die Polytechnische Schule – Vorbereitung auf den Lehrberuf

Die PTS ist die einzige Schulform, die Schülerinnen und Schüler auf den Einstieg in den Lehrberuf und auf den Lehrberuf selbst vorbereitet. Um einem bereits allgegenwärtigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken, gilt es, dieses Schulmodell zu stärken. Eine gesetzlich eingeführte „Abschlussprüfung“ an der PTS, wie z. B. der PTS-Fachabschluss, würde die Wertigkeit dieser wichtigen Schulform enorm steigern.

Der PTS-Fachabschluss - ein Projekt, das ausgehend von Niederösterreich vor allem eine Qualitätsinitiative für die Polytechnischen Schulen darstellt - soll die Ausbildung noch praxisgerechter machen und die Qualität im Hinblick auf den Berufseinstieg auf

ein neues Niveau heben, wodurch Unternehmen, Schultyp und Schülerinnen und Schüler profitieren. Außerdem bietet das abschließende kommissionelle Fachgespräch, das von externen Prüfern aus der Wirtschaft abgehalten wird, die einmalige Möglichkeit, die Prüfungssituation beim Lehrabschluss kennenzulernen.

Auf dem Weg zum Facharbeiter

Österreich ist ein Aushängeschild in der dualen Ausbildung. Unserer Meinung nach ist alles dafür zu tun, junge Menschen weiterhin direkt im Betrieb auszubilden, anstatt die Berufsausbildung völlig zu verschulen. Bisherige Reformbemühungen sind aber oft im Dschungel der Kompetenzverteilung und der unterschiedlichen Interessen der Akteure stecken geblieben. Die wichtigste Voraussetzung für eine gründliche Reform und inhaltliche Weiterentwicklung der dualen Ausbildung ist ein Abbau der Bürokratie und der bestehenden Partikularinteressen und die Schaffung klarer Verantwortlichkeiten nach dem Modell des berufsbildenden Schulwesens. Die Lehre als österreichisches Erfolgsmodell soll ihren hohen Stellenwert im Bereich der Qualifizierung und Jugendbeschäftigung durch eine zeitgemäße Struktur zurückerhalten. Während der Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschulen ist darauf zu achten, dass vor allem in sich rasch ändernden Berufsfeldern verstärkt neue Möglichkeiten wie etwa e-learning Einzug in den Unterricht finden, um sicherzustellen, dass unsere Lehrlinge auf dem neuesten Stand der Technik in ihren Berufsfeldern ausgebildet werden können.

Das Profil der AHS-Oberstufe stärken

Unser Schulsystem sichert die Zukunftschancen der jungen Menschen und verhindert Leistungsniellierung. Dazu ist es notwendig, dass die Validität der Abschlüsse gewährleistet ist. Wir wollen, dass das Gymnasium vor allem in seiner Oberstufenform noch bessere Vorbereitung auf die Universität und die Fachhochschule bietet. Daher soll der Kontakt der Schülerinnen und Schüler zur Universität und Fachhochschule bereits während der 11. und 12. Schulstufe intensiviert werden. Eine verstärkte Berufs- und Studienorientierung ist ein Garant dafür, dass niemand die Abzweigung nach der Schule verpasst. Die Vorbereitung auf ein mögliches Studium, die Auswahl der Fachrichtung und die notwendigen Anforderungen sollen durch verstärkte

Beratung und das Filtern der Talente in der Oberstufe der Gymnasien sowie den Berufsbildenden höheren Schulen vermehrt Einlass finden.

Berufsbildende mittlere und höhere Schulen als Erfolgskonzept

Nahezu zwei Drittel der österreichischen Maturantinnen und Maturanten kommen aus der BHS und erwerben nicht nur die Voraussetzungen für einen direkten Berufseinstieg, sondern auch für eine weiterführende Qualifikation an den Fachhochschulen oder Universitäten. Mit den Schulversuchen im Bereich der humanberuflichen Schulen zur Pflegeausbildung wurde im Schuljahr 2020/21 ein wichtiger Schritt zur Sicherstellung des Fachkräftebedarfs gesetzt. Angesichts der Bedeutung dieses Bereichs müssen diese Schulversuche rasch gesetzlich verankert und als Regelschulform etabliert werden. Der fachpraktische Teil soll dabei weiterhin im Verantwortungsbereich der Länder liegen, um eine gute Anbindung an das regionale Pflege- und Spitalswesen sicherzustellen.

Schlanke und moderne Lehrpläne schaffen

Lehrpläne fassen Lerninhalte und Lehrziele nach Schultypen und Schuljahren zusammen. Diese sind möglichst schlank und modern zu halten, und sollen klare Unterrichtsziele enthalten: Das Beherrschen der Grundkompetenzen, die Förderung von Interessen und Begabungen und die Berücksichtigung von zeitgemäßen Lehr- und Lerninhalten wie Klimawandel und ökologisches verantwortungsvolles Handeln, sprachliche Bildung, Wirtschafts- und Finanzbildung, politische Bildung und Medienkompetenz, sowie ein Grundwissen über das Funktionieren unseres Sozialstaates mit dem Pensions- und Sozialversicherungssystem müssen Eingang in den Lehrplan finden. Dies sollte ergänzend zum Regelunterricht durch schulbezogene Veranstaltungen auch durch externe Expertinnen und Experten vermittelt werden.

Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer – Praxisphasen ausbauen

Wir brauchen die besten Lehrerinnen und Lehrer für unsere Kinder, das bedingt, dass der Lehrerberuf wieder das Ansehen bekommt, das ihm aufgrund der Bedeutung der Bildung beizumessen ist. Daher ist der Zugang zur Lehrerausbildung, aber auch die Lehrerausbildung an sich zu überdenken. Die Aus-

bildung muss den Anforderungen der einzelnen Schularten in fachlicher und pädagogischer Hinsicht gerecht werden. Dies sollte im Sinne des Bologna-Prozesses in fünf Studienjahren auch erreichbar sein. Aus der Erfahrung zeigt sich, dass eine sehr gute fachliche und pädagogische Begleitung der jungen Lehrkräfte im ersten Unterrichtsjahr einen wesentlichen Teil zu einem gelingenden Eintritt in den und eine erfolgreiche weitere Entwicklung im Lehrerberuf darstellt. Wir setzen uns auch dafür ein, dass künftig Praxisphasen der Studierenden frühzeitig und konkret erfolgen müssen. Die Dauer der Ausbildung ist vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen zu evaluieren und neu zu bewerten. Quereinsteigern sollte, je nach Vorkenntnissen und Vorerfahrungen, die Möglichkeit geboten werden, innerhalb eines oder zweier Jahre den Abschluss des Lehramtes zu bewerkstelligen.

Eine qualitativ hochwertige Ausbildung der Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen ist der Grundstein für eine Elementarbildungseinrichtung. Es muss aber auch ausreichende Möglichkeiten für einen Quereinstieg durch Kollegs bzw. auch durch Lehrgänge für den zweiten Bildungsweg geben.

Beste Rahmenbedingungen für Universitäten und Fachhochschulen schaffen

Wissenschaftliche Ausbildung und Arbeit an den heimischen Hochschulen sind zentrale Innovationstreiber unserer Gesellschaft. Sie tragen wesentlich zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes sowie zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit bei, sind aber auch im gesamten Fächerkanon für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft enorm wichtig. Die Initiativen der vergangenen Bundesregierungen haben zu einem spürbaren Entwicklungsschub an den österreichischen Universitäten geführt. Wichtige inhaltliche, strukturelle und personelle Schwerpunkte konnten gesetzt werden. Auch die zweite große hochschulische Säule, der Fachhochschulbereich, wurde durch Initiativen der jetzigen Regierung gestärkt. Im Blick nach vorne gibt es aber noch einiges zu tun. Es braucht eine nachhaltige Verbesserung der Studien-, Lehr- und Prüfungsbedingungen, vor allem was die Durchlässigkeit und Anrechenbarkeit betrifft. Außerdem müssen wir bessere Rahmenbedingungen für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler schaffen, um so die besten Köpfe in Österreich zu halten.

Universitäten und Fachhochschulen stärken

Universitäten und Fachhochschulen spielen eine wichtige Rolle für die Weiterentwicklung der modernen Gesellschaft und für die Sicherung des Wohlstands. Dabei ist uns besonders der wissenschaftliche Austausch zwischen den Bildungseinrichtungen, interdisziplinär auf internationaler Ebene, wichtig. Da Investitionen in Bildung und Forschung unverzichtbar für die Zukunft unserer Gesellschaft sind, müssen die Strukturen im tertiären Bereich weiter optimiert werden. Damit wir in Österreich zukünftig genügend Fachkräfte haben, müssen wir auch sicherstellen, dass der Ausbau von qualitativ hochwertigen Studienplätzen an Fachhochschulen und Universitäten - insbesondere im Bereich der mathematischen, ingenieurwissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen und technischen (MINT) Fachrichtungen - zügig vorangeht. Ein freier Zugang zu Universitäten ist für uns als ÖAAB selbstverständlich. Qualitätsstandards für den Universitätszugang sind mit dem schulischen Bereich abzustimmen.

Lebensbegleitendes Lernen erleichtern

Das 1973 entstandene „Bundesgesetz über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens“ ist in vielen Teilen veraltet und wird den modernen Anforderungen des lebensbegleitenden Lernens in keiner Weise gerecht. Bedarfsgerechte Erwachsenenbildung ist vor dem Hintergrund des seither deutlich gestiegenen Bildungsniveaus der Bevölkerung in wesentlichen Bereichen arbeitsmarktspezifisch gelagert und findet verstärkt auch an Fachhochschulen und Universitäten statt. Ein strategischer Gesamtrahmen, der diesen geänderten Rahmenbedingungen Rechnung trägt, existiert bisher nicht und muss unter Einbeziehung insbesondere der AMS-Maßnahmen und unter Berücksichtigung von modernen und treffsicheren Individualfördermodellen geschaffen werden. Das Erwachsenenbildungs-Förderungsgesetz soll gründlich reformiert werden, um den geänderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen.

Neue Bildungskonzepte für Erwachsenenbildung

Lebenslanges Lernen wird angesichts der raschen Veränderung von Gesellschaftsstruktur, Wirtschaft und Technik immer wichtiger. Die Erstausbildung wird zwar die notwendige Basis im Leben der erwerbstätigen Bevölkerung bilden, jedoch sind permanente Requalifizierung und lebenslanges Weiterlernen für die Beschäftigungsfähigkeit in unserer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft absolut erforderlich. Die immer schnelleren Veränderungen der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts bringen sowohl im Beruflichen als auch im Privaten neue Herausforderungen mit sich, denen nur mit ständiger Qualifizierung begegnet werden kann.

Erwachsenenbildung ist nicht nur Aufgabe und Verantwortung des Staates, sondern auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Arbeitgeber. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Einstellung zum Lernen eine andere, bessere wird. Die Arbeitgeber sind aufgefordert, Beschäftigte auszubilden und weiter zu qualifizieren. Sie müssen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Schulungs- und Trainingsaktivitäten unterstützen und sie zu kontinuierlichem Lernen und Ausbau ihrer Qualifikation motivieren. Aus- und Weiterbildung ist nicht nur für große Unternehmen wichtig, sondern gerade auch für KMUs. Für diese KMUs sollte die Möglichkeit der Einrichtung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsverbänden auch gefördert werden. Dabei könnten sich mehrere Unternehmen zusammenschließen und gemeinsam berufliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen anbieten – auch in der Lehrlingsausbildung.

Den Bürgerinnen und Bürgern sollte ein möglichst wohnortnahes, kostengünstiges und „passgenaues“ Weiterbildungsangebot zur Verfügung gestellt werden. Die vorhandenen Ressourcen in den Gemeinden und Regionen sollten besser als bisher genutzt werden. So können Bildungsinformation und Bildungsberatung, aber auch Weiterbildung selbst in Schulen, öffentlichen Bibliotheken oder Räumlichkeiten des Gemeindeamts stattfinden. Die Schule im Ort soll sich zu einem Bildungshaus für alle entwickeln. Darüber hinaus könnten Interessensgruppen- und -vertretungen, Wirtschaft, aber auch Gemeinden und Schulen vermehrt regional zusammenarbeiten, um Bildungscluster aufzubauen, die Weiterbildung durch die Zusammenarbeit günstiger in die Region bringen könnten. Beson-

ders im ländlichen Raum muss eine gezielte und zielgruppenspezifische Informationspolitik betrieben werden, um weitere Bevölkerungskreise für bestehende Bildungsangebote zu sensibilisieren.

Wir müssen für eine bessere Verzahnung der Erwachsenenbildungsförderung mit den aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sorgen, um die Effizienz und Nachhaltigkeit des Systems zu steigern. Beispielsweise könnte das AMS als Bildungsdrehscheibe fungieren und neben der Vermittlung von Arbeitssuchenden und der zahlreichen Berufsorientierungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen auch effektivere Bildungsmaßnahmen nach einer Phase der Potenzialanalyse und fundierter Bildungsberatung, in welcher es zu einer grundlegenden Orientierung kommt, durchführen.

Digitales Studium besser ermöglichen und ausbauen

Wir wollen einen verstärkten Einsatz der digitalen Möglichkeiten durch Schaffung digitaler Bildungsangebote im schulischen Bereich, aber auch im Bereich der Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen. Gerade im Bereich der Studien und Lehrgänge bietet die digitale Schiene eine wichtige zusätzliche Möglichkeit, um Aus- und Weiterbildungsangebote gerade auch für die Menschen anzubieten, die in der Region, in der sie arbeiten und leben, kaum solche Angebote nutzen können. Dies führt zu einer Chancengerechtigkeit im Stadt-Land-Gefälle und stärkt nachhaltig den ländlichen Raum. Auch für Menschen im höheren Erwachsenenalter können digitale Lehrangebote der Unis und FHs einen wertvollen Beitrag zu einem attraktiven „life long learning“ bieten.



Die neuen Antworten für Regionalität und Digitalisierung.

Nicht nur schöner Naturraum,
sondern auch attraktiver
Lebensraum.



VI. Die neuen Antworten für Regionalität und Digitalisierung.

Nicht nur schöner Naturraum, sondern auch attraktiver Lebensraum.

Die neuen Antworten für den ländlichen Raum

Im internationalen Vergleich hochentwickelter Länder wohnen und arbeiten in anderen Ländern nicht annähernd so viele Menschen im ländlichen Raum wie in Österreich. Rund zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung leben in Regionen, die man im weitesten Sinne als ländlich bezeichnen kann, während z.B. in den USA lediglich 16 Prozent in diesen Räumen ihre Heimat haben. Fast 90 Prozent unseres Staatsgebiets fallen in die Kategorie „Ländlicher Raum“.

Der ländliche Raum ist vielseitig strukturiert. Er dient der Primärproduktion und erfüllt zentrale Standortfunktionen für die Wirtschaft, die Bildung, die Forschung, die Kultur und den Tourismus. Er ist attraktiver Wohn-, Lebens- und Erholungsraum und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Schönheit unseres Landes.

Die Menschen in den Regionen sind von enormer Bedeutung für unsere Gesellschaft – nicht nur im wirtschaftlichen, sondern insbesondere im sozialen, kulturellen und ehrenamtlichen Bereich. Diese Menschen packen an und zeigen Eigeninitiative mit Hausverstand – nicht nur im Alltag, sondern auch in schwierigen Situationen, wie nicht zuletzt die Umweltkatastrophen in den vergangenen Monaten gezeigt haben. Daher ist der ländliche Raum es tatsächlich wert, einen starken Fokus auf ihn zu legen.

Trotz all dieser positiven Aspekte des ländlichen Raumes ist die Anziehungskraft der Städte ungebrochen. Der ländliche Raum verliert jährlich mehr als 5.000 gut ausgebildete Personen allein an den Großraum Wien. Bei Fortsetzung dieser Entwicklung würde das in den nächsten zehn Jahren bedeuten, dass es einen Braindrain von rund 50.000 Menschen gibt. Die Abwanderung gerade von jungen Frauen wirkt sich auf das gesamte Sozial- und Wirtschaftsgefüge

im ländlichen Raum sehr negativ aus. Vor diesem Hintergrund sind strategische Neuorientierungen und ambitionierte politische Schwerpunktsetzungen für die Zukunft des ländlichen Raums unverzichtbar.

Es geht mit diesem Thema keinesfalls um einen Gegensatz zwischen Stadt und Land. Es geht um kein Gegeneinander, sondern es geht um ein Miteinander. Stadt und Land ergänzen sich; Stadt und Land brauchen einander; keiner der beiden kann ohne den anderen existieren, und beide haben ihre eigenen Herausforderungen.

Für den ÖAAB ist daher eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre, den ländlichen Raum zu stärken, um ihn als attraktiven Lebensraum zu erhalten und jungen Menschen vor Ort Perspektiven anzubieten.

Damit ländliche Räume Zukunftsräume sind und bleiben, braucht es zeitgemäße Rahmenbedingungen wie eine moderne Infrastruktur, hochwertige Arbeitsplätze, attraktive Bildungsangebote, verlässliche Gesundheitsversorgung, Angebote für Kinder- und Seniorenbetreuung, lebendige Dörfer und attraktive Kulturangebote.

Die Digitalisierung ist dabei eine gute Partnerin, weil sie viele Chancen und Möglichkeiten eröffnet. Sie ist ein entscheidender Standortfaktor für den ländlichen Raum, um sowohl für Unternehmen als auch für Familien attraktiv zu sein. Ein flächendeckender Ausbau der Breitbandinfrastruktur ist dabei unverzichtbar.

Auch die Möglichkeiten zur Verlagerung von Bundesbehörden in den ländlichen Raum zur Stärkung der Regionen sowie zum Abbau von Landflucht müssen verstärkt verfolgt werden.

Besonders der Tourismus ist – neben der Landwirtschaft - für den ländlichen Raum ein Wirtschaftsmotor und wesentlich für Investitionen, Arbeitsplätze und Einkommen. Im heimischen Tourismus herrscht Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften. Der Bedarf an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Spitzenzeiten kann oft nicht durch inländische Arbeitnehmer abgedeckt werden. Wir müssen uns daher dafür einsetzen, wieder mehr einheimisches Personal für Tätigkeiten im Tourismus zu gewinnen. Die Anstrengungen dazu sind insbesondere im Ausbildungsbereich zu intensivieren, aber auch das Image der Gastgewerbeberufe ist zu verbessern. Gutes einheimisches Personal ist eine positive Visitenkarte für unseren Tourismus.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Dezentralisierung öffentlicher Einrichtungen**
- ▶ **Forcierung des mobilen Arbeitens in allen Regionen**
- ▶ **Flächendeckender Ausbau von Co-Working-Spaces in den Gemeinden**
- ▶ **Niederlassungsprämie bei Ansiedelung neuer Betriebe in strukturschwachen Regionen**
- ▶ **Gleichwertige Kinderbetreuung in allen Regionen sicherstellen**
- ▶ **Bessere Bezahlung für Pädagoginnen und Pädagogen sowie Assistentinnen und Assistenten im elementar- und hortpädagogischen Bereich**
- ▶ **Revitalisierung der Ortskerne durch Sicherstellung von Nahversorgung**
- ▶ **Regionale Produkte und regionale Produktion fördern**

Dezentralisierung öffentlicher Einrichtungen

Wir setzen uns ein, für die Schaffung einer klaren rechtlichen Grundlage für die Dezentralisierung von Verwaltungseinheiten. Auch Bezirks-, Landes- und Bundesverwaltungen sollen in den Regionen besser angesiedelt werden. Hochschulen und Bildungseinrichtungen müssen geografisch gleichmäßiger verteilt werden und nicht nur in den größten Ballungszentren Österreichs gebündelt sein. Um die Umsetzung zu gewährleisten, ist es notwendig, eine fortwährende Prüfung von Ansiedlungsmöglichkeiten zu gewährleisten.

Forcierung des mobilen Arbeitens in allen Regionen

Gerade die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass die Möglichkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von ihrem Heimatort aus zu arbeiten, eine Kosten- und Zeitersparnis, ein geringeres Unfallrisiko durch Wegfall des Arbeitsweges und eine Steigerung der Lebensqualität bringt. Daher ist es uns ein Anliegen, diese Möglichkeit des dislozierten Arbeitens zu forcieren. Besonders der ländliche Raum und die regionale Wirtschaft profitieren davon. Daher setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der Homeoffice-Regelung ein.

Flächendeckender Ausbau von Co-Working-Spaces in den Gemeinden

Durch die Schaffung der notwendigen Infrastruktur in den Gemeinden sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit erhalten, in sogenannten Co-Working-Spaces in der Heimatgemeinde zu arbeiten. Häufig findet man in diesen „Dorffices“ besser ausgestattete Arbeitsräume als im Homeoffice. Anders als im Homeoffice können mehr soziale Kontakte zu anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stattfinden, die Infrastruktur für das Homeoffice muss nicht angeschafft werden und die Wertschöpfung bleibt in der Gemeinde [Kindergarten, Wirt und Nahversorger]. Auch eine Nutzung von Leerständen ist durch das „Dorffice“ gewährleistet. Eine Zweckwidmung der Kommunalsteuern für den Ausbau dieser „Dorffices“ ist wie eine zielgerichtete Förderung anzudenken.

Niederlassungsprämie bei Ansiedelung neuer Betriebe in strukturschwachen Regionen

Um mehr hochwertige Arbeitsplätze in den Regionen zu ermöglichen, ist es wesentlich, dass sich Betriebe und Unternehmen im ländlichen Raum ansiedeln. Durch eine Reform der Gewerbeordnung, des Betriebs- und Anlagenrechts und zusätzliche Impulse, wie z.B. eine Niederlassungsprämie könnte die Ansiedelung neuer Betriebe unterstützt und damit die Landflucht weiter entschärft werden. Besonders wenn vorhandene leerstehende Objekte wieder genützt werden, ist es im Sinne der Nachhaltigkeit anzudenken, eine größere Förderprämie auszuschütten.

Gleichwertige Kinderbetreuung in allen Regionen sicherstellen

Um Familien in der Region zu halten und für diese weiterhin attraktiv zu sein, braucht es ein flächendeckendes, ganztägiges Betreuungsangebot für Kinder jeden Alters. Eine qualitätsvolle Kinderbetreuung orientiert sich an den Bedürfnissen von Eltern und Kindern. Daher braucht es den weiteren Ausbau des leistbaren und qualitativen Betreuungsangebotes für unsere Kinder, vor allem auf unter Dreijährige soll hier ein Fokus im Ausbau gelegt werden, ebenso auf flexiblere Öffnungszeiten für alle Kinderbetreuungseinrichtungen. Zusätzlich fordern wir den weiteren Ausbau des Betreuungsangebotes durch Tageseltern und eine Aufwertung des Berufsbildes der Tageseltern, da sich diese Form der Kinderbetreuung vor allem in den „Randzeiten“ und im ländlichen Raum bewährt. Auch soll der Betreuungsschlüssel in den Kinderbetreuungseinrichtungen erhöht und das Tarifmodell bundesweit angepasst werden.

Bessere Bezahlung für Pädagoginnen und Pädagogen sowie Assistentinnen und Assistenten im elementar- und hortpädagogischen Bereich

Pädagoginnen und Pädagogen sowie Assistentinnen und Assistenten in der Kleinkindbetreuung, in Kindergärten und in der Nachmittagsbetreuung haben eine für unsere Gesellschaft sehr anspruchsvolle Aufgabe, sie sind Lehrende und Erziehende, sie begleiten Kinder und Jugendliche und deren Eltern durch wichtige Lebensphasen. Um diesen Dienst zum Wohle aller Beteiligten leisten zu kön-

nen, bedarf es motivierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nur wer seine Berufung als Pädagogin und Pädagoge sowie Assistentin und Assistent im elementar- und hortpädagogischen Bereich gerne, mit ganzer Kraft und Überzeugung sowie pädagogischem Können wahrnimmt, wird unsere Kinder und Jugendlichen so begleiten können, dass alle davon profitieren. Wertschätzung, Anerkennung und eine Verbesserung der Entlohnung, die zu einer angemessenen und besseren Bezahlung führt, sind motivationsfördernd.

Revitalisierung der Ortskerne durch Sicherstellung von Nahversorgung

Die Sicherstellung der wohnortnahen Versorgung mit Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs stellt eine wesentliche Aufwertung der Regionen dar. In vielen Gebieten ist dies allerdings nicht mehr gewährleistet. Deshalb setzen wir uns – nicht zuletzt um Arbeitsplätze zu schaffen – für eine bundesweite Nahversorgerprämie zur Unterstützung der Ortskerngestaltung und –Revitalisierung ein. Neben klassischen Unterstützungsmaßnahmen der Gemeinden wie bei der Realisierung von kommunalen Infrastrukturprojekten und dem Bau von beispielsweise Einkaufsstrassen, Eventlocations, oder Freizeiteinrichtungen soll es eine konzeptionelle Begleitung für die Gemeinde durch den Bund geben, um Leerständen entgegen zu wirken, Werbestrategien zu finden und Betreiberkonzepte zu erarbeiten.

Regionale Produkte und regionale Produktion fördern

Regionalität wird in vielen Bereichen unseres Lebens immer beliebter, etwa in der Kulinarik. Mehr Regionalität in der österreichischen Kulinarik schafft Sicherheit für die Konsumentinnen und Konsumenten, dass hinter österreichischer Kulinarik klare Werte und hoher Qualitätsanspruch stehen. Es ist eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre, auch in diesem Bereich mehr Fairness für den ländlichen Raum zu schaffen. Deswegen sollen künftig regionale Produkte besser gefördert werden, aber auch der Ausbau der Infrastruktur zur regionalen Produkterzeugung, wie beispielsweise Schlachthöfe, Veredelungseinheiten etc. soll entsprechend unterstützt werden. Das ist nicht nur nachhaltig, sondern auch durch kürzere Transportwege klimaschonend.

Die neuen Antworten für ein digitales Österreich

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Seit der Industriellen Revolution vor über 200 Jahren gab es keine so tiefgreifende Veränderung in der Arbeitswelt, wie wir sie jetzt erleben. Die Corona-Krise hat diese Entwicklung noch verstärkt. Die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf unser Privat- und unser Arbeitsleben sind gravierend. Welche Chancen sie bringt, aber auch welche Risiken mit ihr verbunden sind, sind die Themen der Zukunft.

Die Digitalisierung begleitet unser tägliches Leben. Sowohl unser privates als auch unser berufliches. Die digitale Revolution in Verbindung mit der Globalisierung und die demografische Entwicklung stellen die Politik vor große Herausforderungen. Sie bringt neue Handlungsfelder für die arbeitenden Menschen in allen Bereichen der Privatwirtschaft, aber auch in den staatlichen Institutionen ist der Wandel zu spüren. Schon die Geschichte hat uns gelehrt, dass durch jeden Wandel immer wieder neue Arbeitsplätze und Innovationen entstanden sind. Wir müssen die Chancen, die sich aus der Veränderung ergeben, beim Schopf packen, anstatt Ängste zu schüren. Der Mensch steht im Mittelpunkt all unseres Handelns und darf nicht im Stich gelassen werden. Die Politik ist gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit jede und jeder die geeigneten Bildungsmöglichkeiten, arbeitsrechtlichen Regelungen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vorfindet. Damit ist die Chancengleichheit gewährleistet.

Die Digitalisierung hat nicht nur einen sehr großen Einfluss auf das Arbeitsleben, sondern auch auf den Arbeitsalltag. Digitale Workflows und computergestützte Büro- und Wissensarbeit kennen wir schon seit der Einführung des PCs. Die weiter zunehmende Digitalisierung der Arbeitsprozesse ist ein Treiber für die Gestaltung der Arbeitswelt der Zukunft. Speziell das (mobile) Internet hat völlig neue Möglichkeiten der Arbeitsformen mit sich gebracht. Ohne mobiles Internet ist heutzutage so gut wie keine Aufgabe mehr zu bewältigen. Vor allem für das Zusammenarbeiten, unabhängig von Raum und Zeit, bietet es enormes Potenzial. Menschen können dank verschiedener Cloud-Lösungen von überall auf Datenbanken, Postfächer und dergleichen zu-

greifen. Dadurch können Arbeitszeiten zunehmend flexibler gestalten werden. Diese Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen bringt letztendlich auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Digitalisierung bringt aber auch eine Herausforderung mit sich: Es gilt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtzeitig zu qualifizieren und sie beim Erwerb der technischen Fähigkeiten zu unterstützen.

Ein weiteres Problemfeld ist das Umdenken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch der Arbeitgeber. Arbeit wird zukünftig nicht mehr begriffen als der Ort, wohin man geht, sondern als die Aufgabe, die man löst. Wir müssen weg von der Präsenzkultur hin zu einer Ergebnisorientierung kommen. Selbstorganisation der Einzelnen bzw. des Einzelnen muss in den Vordergrund gerückt werden. Hierzu braucht es auch die Innovationskraft der Arbeitgeber, diesen neuen Weg einzuschlagen.

Aber auch der flächendeckende Ausbau der Breitband-Datennetze als Infrastruktur der Informationsgesellschaft ist eine der großen Aufgaben, welchen sich die Politik widmen muss. Die Verfügbarkeit von Breitbandnetzen ist ein wesentlicher Standortfaktor und wichtig für die Entwicklung aller Regionen Österreichs.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Ausbau der digitalen Infrastruktur**
- ▶ **Digitale Schulen schaffen**
- ▶ **Digitalen Arbeitsplatz rechtlich absichern**
- ▶ **Wahlen im Betrieb mittels e-Voting ermöglichen**
- ▶ **Persönliche Datensicherheit erhöhen**
- ▶ **Ausbau von Telemedizin - auch im Präventionsbereich**
- ▶ **Digitale Weiterbildung für ältere Menschen**

Ausbau der digitalen Infrastruktur

Digitalisierung kann nur funktionieren, wenn die technischen Gegebenheiten vorhanden sind. Die flächendeckende Versorgung mit Glasfaser soll daher künftig auch in kleine und entlegene Gemeinden sichergestellt werden. Auch sollen extreme Einzellagen mittels alternativen Technologien mit der notwendigen guten digitalen Anbindung versorgt werden. Dabei soll es einheitliche Ausbauphasen geben, um die Chancengleichheit zwischen dem urbanen und dem ländlichen Raum zu garantieren. Im Zuge dessen sollen Gemeinden zu digitalen Hotspots und Knotenpunkten werden. Dazu müssen digitale Gemeinde-Plattformen für Smart Cities entwickelt und zielgerichtet gefördert werden. Damit ist Digitalisierung auch die Chance für mehr Dezentralisierung.

Digitale Schulen schaffen

Um einen bestmöglichen Unterricht im digitalen Zeitalter zu gewährleisten, braucht es die notwendige Hardware-Ausstattung genauso wie die adäquate Schulung des Lehrpersonals. Nur dadurch und durch spezielle Bildungsangebote für Eltern kann eine qualitativ hochwertige digitale Bildung für Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden. Daher setzen wir uns dafür ein, dass künftig mehr Mittel für die Anschaffung von modernen technischen Geräten und für die Schulung der Lehrerinnen und Lehrer aufgewendet werden.

Digitalen Arbeitsplatz rechtlich absichern

Der Arbeitsplatz der Zukunft kann nur mit rechtlich konkreten Rahmenbedingungen digital und damit mobil werden. Der notwendige Versicherungsschutz, Haftungen und klare Regelungen bei Arbeitsunfällen sind notwendig. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Homeoffice brauchen eine klare Trennung von Familie/Freizeit und ihrem Beruf. Die Bewusstseinsbildung und Schaffung einer echten Work-Life-Balance sind besonders wichtig. Der Mehrwert für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Homeoffice muss genauso wie die echte Kostenneutralität, beispielsweise bei erhöhten Stromkosten, der notwendigen Internetversorgung, zusätzlichen Heizkosten, Beschaffung von Hardware sichergestellt sein. Darüber hinaus sollen in Betrieben die Medienkompetenz und der Umgang der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der digitalen Welt gestärkt werden. Auf der anderen

Seite ist es notwendig, dass Unternehmen beim Ausbau und bei der Etablierung von Homeoffice fachlich und finanziell unterstützt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Homeoffice, wo es möglich ist, nicht nur auf freiwilliger Basis ermöglicht werden kann, sondern dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer künftig einen Rechtsanspruch auf disloziertes Arbeiten haben.

Wahlen im Betrieb mittels e-Voting ermöglichen

Zur Stärkung der Demokratie am Arbeitsplatz und zur Sicherstellung der Möglichkeit der Mitbestimmung jeder Mitarbeiterin und jedes Mitarbeiters soll zudem eine Möglichkeit geschaffen werden, um an Wahlen im Betrieb mittels e-Voting teilzunehmen. In Ergänzung zur bereits bestehenden Briefwahl soll es künftig eine Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe geben. Beispielsweise wurde in Estland schon 2005 bei Kommunalwahlen erstmals übers Internet gewählt. Durch eine Vereinfachung des Wahlgangs kann die Wahlbeteiligung erhöht werden. Mehr als zwei Millionen Menschen verwenden in Österreich bereits die Handy-Signatur, um Behördengänge online zu erledigen, Volksbegehren zu unterschreiben oder auch Dokumente digital zu unterschreiben. D.h., die Bereitschaft, Amtswege online zu erledigen, ist klar da!

Persönliche Datensicherheit erhöhen

Um Datenleaks vorzubeugen und für Datensicherheit zu sorgen, müssen von Unternehmen regelmäßige Fort- und Weiterbildung zum Datenschutz, zur Sensibilisierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angeboten werden. Zudem sollen Zero-Knowledge-Systeme [Minimal-Datensatz] im Unternehmen priorisiert angewandt werden. Für persönliche Daten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie für Bewerbungsunterlagen soll eine Verschlüsselungs- und Zugriffsbeschränkungs-Pflicht eingeführt werden. Damit wird maximale Sicherheit für persönliche Daten und auch für Gesundheitsdaten im Unternehmen geschaffen. Durch zur Verfügung stellen von Firmengeräten können Datenleaks von Unternehmensdaten über private Geräte unterbunden werden. Allerdings darf es dabei nicht zu einem Tracking der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen.

Ausbau von Telemedizin - auch im Präventionsbereich

Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass e-Medizin klar im Vormarsch ist. Der Ausbau telemedizinischer Konsultation und die Möglichkeit für Sprechstunden mit Ärzten digital im Wege der Telemedizin soll künftig gestärkt werden. Speziell Gesundheitsprävention kann digital unterstützt werden und Beratungen können beispielsweise online stattfinden. Außerdem sind die psychischen Auswirkungen von Work-Life-Blending – also die Überschneidung von Arbeits- und Privatleben – eine große Herausforderung der Digitalisierung.

Digitale Weiterbildung für ältere Menschen

Um allen Menschen den gleichen Zugang zur digitalen Welt zu ermöglichen, braucht es zielgerichtete Hilfs- und Schulungsprogramme für ältere Menschen. Diese Weiterbildung kann auch im Rahmen digitaler Nachbarschaftshilfe erfolgen. Dazu braucht es klare Rahmenbedingungen und Maßnahmenkataloge zur digitalen Weiterbildung.

Die neuen Antworten für mehr Chancengleichheit für Frauen

Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik und Frauenpolitik hat nach wie vor eine eigenständige Bedeutung: nämlich Gesellschaftspolitik. Zeitgemäße Frauenpolitik muss den heute vielfältigen Lebensrealitäten von Frauen gerecht werden und alte Rollenbilder ablegen. Wir wollen, dass Frauen selbstbestimmt ihren Weg gehen können – nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen.

Für den ÖAAB ist klar: Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist für uns selbstverständlich. Sie darf kein Schlagwort bleiben und auch nicht durch kulturelle oder religiöse Vorstellungen infrage gestellt werden. Ziel muss es sein, für Frauen und Männer, für Mädchen und Burschen die gleichen Chancen zu schaffen, Benachteiligungen in allen Bereichen abzubauen, und die Rollenbilder in den Köpfen der Menschen zu verändern.

Die Sichtweisen und Fähigkeiten, die Frauen in unterschiedlichen Bereichen einbringen, sind für uns und unsere Gesellschaft von großer Bedeutung. Auf sie können und wollen wir nicht verzichten. Frauen sind engagiert und leistungsstark. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen und Anreize für die Karriereentwicklung von qualifizierten Frauen weiter verbessert werden.

Frauen sollen überall dort ihre Chance wahrnehmen können, wo ihre Interessen und Stärken liegen. Gerade bei der Berufswahl wollen wir sie ermutigen, auch in atypischen Berufen Fuß zu fassen. Eine Frau zu sein, darf kein Hindernis darstellen. Finanzielle Un-

abhängigkeit ist die Basis für ein selbstbestimmtes Leben. Es muss außerdem möglich sein, in unterschiedlichen Lebensabschnitten verschiedene Erwerbsmodelle zu wählen, ohne dadurch insgesamt benachteiligt zu sein.

Zur Erreichung von Einkommensgerechtigkeit sind Weichenstellungen bei der Berufsentscheidung bedeutend, daher kommt der Berufsberatung und der Überwindung von traditionellen Berufsbildern große Bedeutung zu. Spezielle Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen im Beruf sowie Einstiegshilfen für Frauen nach der Karenz sind weitere wichtige Maßnahmen, um Nachteile aufzuholen. Für uns ist klar: Gleichwertige Arbeit ist gleich zu bewerten. Das Schließen der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist ein wichtiges Ziel auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung.

Die Teilzeitbeschäftigung und die frei gewählte geringfügige Beschäftigung sind oft ein probates Mittel zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als christlich-soziale Arbeitnehmervertretung stehen wir zur Wahlfreiheit und sprechen uns klar dagegen aus, diese Form der Beschäftigung gering zu schätzen. Frauen können und dürfen die Form der Beschäftigung frei und selbstbestimmt wählen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass das Angebot an qualifizierter Teilzeitarbeit ausgebaut wird, um die Eigenständigkeit der Frauen über die Erwerbstätigkeit zu stärken.

Bestmögliche Qualifikation verlangt laufende Weiterbildung. Wir setzen uns insbesondere für Frauen

in Karenz ein, dass Angebote zur Weiterbildung vor allem auch vom Dienstgeber verbessert werden. Der oftmals schwierige Wiedereinstieg soll durch begleitende Maßnahmen erleichtert werden. Familie und Beruf müssen für uns vereinbar sein.

Frauen leisten den Großteil der Pflegearbeit für Angehörige, die zu Hause betreut werden. Die Betreuung und Pflege naher Angehöriger ist in vielen Fällen nicht plan- oder vorhersehbar und erfordert daher schnelle und individuelle Lösungen. In den vergangenen Jahren wurden die Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige ausgebaut. Um die Position pflegebedürftiger Menschen und ihre betreuenden Angehörigen nachhaltig zu stärken und zu unterstützen, muss das derzeitige Pflegesystem weiterentwickelt werden.

Ungefähr 242.000 Frauen sind in Österreich alleinerziehend. Alleinerziehende haben ein höheres Armutsgefährdungsrisiko (insbesondere mit steigender Kinderzahl) als Familien mit zwei Elternteilen. Und Alleinerziehende haben größere organisatorische und emotionale Herausforderungen, denn es macht einfach einen Unterschied, ob man alleine oder zu zweit für Kinder sorgt. Ob und in welchem Ausmaß Alleinerzieherinnen erwerbstätig sein können, hängt wesentlich mit ihren Betreuungspflichten zusammen. Daher sind Maßnahmen zentral, welche die Erwerbseinbindung durch ausreichende Möglichkeiten der Kinderbetreuung unterstützen und so zu einer erhöhten Einkommenssicherheit und einer Reduktion des Zeitdrucks beitragen. Ein weiterer Ausbau von leistbaren, qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen, eine Ausdehnung der Öffnungszeiten in allen österreichischen Regionen sowie der Ausbau ganztägiger Schulformen geht in diese Richtung und kann auch dazu beitragen, den Zeitdruck, welchem Alleinerzieherinnen mit betreuungspflichtigen Kindern ganz besonders ausgesetzt sind, zu mildern.

Von Altersarmut sind Frauen in fast doppelt so hohem Ausmaß betroffen als Männer: 17 Prozent vs. 9 Prozent. Dies ist häufig auf Familienarbeit und Kinderbetreuungspflichten zurückzuführen. Die Leistungen in der Familienarbeit sind aber für den Staat relevant und sollen honoriert werden. Neben dem geplanten verpflichtenden Pensionssplitting mit Opt-Out-Möglichkeit ist eine pensionsrechtliche

Aufwertung von familienbedingter Teilzeit ein guter Weg dahin. Auch die Aufklärungsarbeit an Frauen bezüglich der Auswirkungen von Teilzeitarbeit auf die Pensionshöhe muss ausgebaut werden.

Die Gleichstellung konnte in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Österreich bereits gut vorangetrieben werden. Viel wurde schon erreicht. Um Frauen und Mädchen auch in jenen Bereichen, in denen das noch nicht der Fall ist, die gleichen Chancen wie Männer einzuräumen, muss an mehreren Stellschrauben gedreht werden.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Mehr Frauen in die Technik – Fach „Programmieren und Technik“ in der Schule einführen**
- ▶ **Imagekampagne, um Rollenbilder aufzubrechen**
- ▶ **Mehr Frauen in Führungspositionen durch Frauenquote**
- ▶ **Job-Sharing in Führungspositionen ermöglichen**
- ▶ **Gleicher Lohn bei gleichwertiger Arbeit – mehr Transparenz in den Firmen!**
- ▶ **Im Kampf gegen Altersarmut von Frauen – Teilzeit-Pensionsrechner erstellen**
- ▶ **Verpflichtendes Karenzmanagement von Unternehmen**
- ▶ **Automatisches Pensionssplitting mit Opt-Out Möglichkeit**
- ▶ **Anrechenbarkeit von Kindererziehungszeiten von vier Jahren pro Kind für alle erwerbstätigen Frauen und Männer unabhängig vom Abstand der Geburten**
- ▶ **Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkompetenz von Mädchen und Buben bereits in der Schule**
- ▶ **Klare Abgrenzung Arbeitszeit/Freizeit im Homeoffice**
- ▶ **One-Stop-Shop „Pflege“ im Internet als Drehscheibe etablieren**
- ▶ **Schutz von Frauen und Kindern gegen Gewalt**

Mehr Frauen in die Technik – Fach „Programmieren und Technik“ in der Schule einführen

Auf den auf uns zukommenden Fachkräftemangel müssen wir rechtzeitig reagieren. Wir müssen Frauen ermutigen, dass sie Berufe ergreifen, die nach wie vor als sogenannte Männerberufe gelten. Vor allem geht es um Berufe in Technik und Produktion. Das sind Sparten, in denen noch immer deutlich weniger Frauen als Männer arbeiten. Noch immer absolviert die Hälfte der weiblichen Lehrlinge eine Ausbildung im Einzelhandel, als Friseurin oder als Bürokauffrau. Das sind zwar wertvolle Berufsbilder, aber das Spektrum muss breiter werden. Im Sinne von Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit ist es wichtig, dass auch bei Mädchen und Frauen in der Ausbildung und im Beruf die persönlichen Talente und Qualifikationen zählen und nicht das Geschlecht. Gute Entscheidungen in der Berufswahl und in der Berufsausbildung sind wichtige Voraussetzungen dafür, später auch finanziell auf eigenen Beinen stehen zu können. Förderung beginnt zu Hause, bereits im Kleinkindalter kann hier viel erreicht werden, wenn Interessen bereits früh geweckt und gefördert werden. Auch der Kindergarten und die Schule sind hier wesentliche Drehscheiben, um frühzeitig technische Kompetenzen zu erkennen und zu forcieren. Ein eigenes Pflichtschulfach „Programmieren und Technik“ soll in den Fächerkanon aufgenommen werden – um hier insbesondere Mädchen für dieses Themenfeld zu begeistern.

Imagekampagne, um Rollenbilder aufzubrechen

Es gilt, Rollenbilder weiter aufzubrechen, erfolgreiche Frauen als Vorbilder vor den Vorhang zu holen. Frauen hatten lange Zeit wenige weibliche Rollenmodelle. Entsprechend orientierten sie sich an anderen Rollen in ihrem sozialen Umfeld. Durch gezielte Platzierung von aktiven, dynamischen und dominanten weiblichen Rollenmodellen in Fernsehserien und zunehmend präsente erfolgreiche Frauen in den Medien ist dieser „Mangel“ mittlerweile weitgehend beseitigt, dennoch sind gerade in den Bereichen Technik und Forschung wenig erfolgreiche Frauen österreichweit bekannt. Diese sollen, jedoch mit einer gezielten Imagekampagne gezeigt und die Karrieremöglichkeiten in diesem Bereich skizziert werden.

Mehr Frauen in Führungspositionen durch Frauenquote

Um mehr Frauen in Führungspositionen zu bekommen, braucht es verbesserte Rahmenbedingungen wie z.B. ausreichende und qualitätsvolle Kinderbetreuungsplätze, damit Frauen Familie und Beruf besser vereinbaren können. Darüber hinaus ist auch die Bewusstseinsbildung für diesen Bereich wesentlich. In unseren Köpfen sind Rollenbilder verfestigt, nach denen Männer für die finanzielle Sicherheit zuständig sind und Frauen meist nur für den Nebenverdienst. Das Ungleichgewicht bei der Aufteilung der häuslichen und familiären Aufgaben ist daher in Österreich immer noch sehr präsent. Für Frauen bedeutet das Engagement im Familienleben in der Regel aber eingeschränkte Karrieremöglichkeiten und damit verbundene Einkommenseinbußen. Auch das Thema Väterbeteiligung in der Kindererziehung ist in Österreich noch zu wenig ausgeprägt. Frauenquoten sind ein effizientes Mittel, um qualifizierte Frauen in Führungspositionen zu bringen. Das erhöht den Unternehmenserfolg und fördert die Gleichstellung der Geschlechter. Die Förderung von Frauen durch spezielle Mitarbeiterprogramme und Fortbildungen durch das Unternehmen ist hier ein wesentlicher Faktor. Die Anzahl von Frauen in Spitzengremien von Unternehmen korreliert positiv mit dem Anteil von Frauen bei den zukünftigen Führungskräften. Durch die Vorbildwirkung kann die Frauenquote daher dazu beitragen, dass Frauen dazu ermutigt und motiviert werden, eine Spitzenposition anzustreben. Daraus kann sich für Unternehmen in Zukunft ein weiterer Vorteil in Form eines vergrößerten Rekrutierungspools für Führungspositionen ergeben, da auch mehr Mitarbeiterinnen in diese Positionen vordringen wollen.

Job-Sharing in Führungspositionen ermöglichen

In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Anzahl der Frauen in Teilzeitjobs mehr als verdoppelt. Einen gewissen Zeitraum Teilzeit zu arbeiten, ist eine gute Möglichkeit für Frauen, Familie und Erwerbsarbeit zu vereinbaren. Dennoch ist es in Führungspositionen kaum möglich, Teilzeit zu arbeiten. Daher setzen wir uns für ein Modell des Job-Sharings ein. Dabei ist es eine gute Alternative für Unternehmen, die Frauen Teilzeit anbieten wollen, ohne zugleich auf eine Vollzeit-Besetzung der Stelle zu verzichten: Zwei Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer – Frau

oder Mann - teilen sich eine Stelle, tragen gemeinsam Verantwortung, arbeiten als Team und teilen Aufgaben und Arbeitszeiten eigenständig unter sich auf. Das Modell ist für Führungskräfte genauso denkbar wie für alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Unternehmens.

Gleicher Lohn bei gleichwertiger Arbeit – mehr Transparenz in den Firmen!

Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern klafft in Österreich nach wie vor weit auseinander - sogar noch deutlicher als im europäischen Durchschnitt. Männer verdienen – bei gleichwertiger Arbeit - im Schnitt 20 Prozent mehr als Frauen. Diese Einkommensschere gilt es zu schließen. Frauen müssen für ihre Leistungen gerecht entlohnt werden. Dafür brauchen wir mehr Transparenz bei den Einkommen. Unternehmen sind hier gefordert, ihre betriebsinternen Einkommensberichte nach Erstellung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung zu stellen. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen künftig mittels internem Tool, also Mail, Newsletter oder Intranet, gezielt darüber informiert, wo der Einkommensbericht einzusehen ist.

Im Kampf gegen Altersarmut von Frauen – Teilzeit-Pensionsrechner erstellen

Von Altersarmut sind im überwiegenden Ausmaß Frauen betroffen. Zahlen aus dem Jahr 2019 verdeutlichen diese Situation: Die durchschnittliche monatliche Alterspension der Frauen von 1.205 Euro im Jahr 2019 lag um 719 Euro unter jener der Männer [1.924 Euro]. Der sogenannte Gender-Pension-Gap 2019 betrug somit rund 37 Prozent. Ein Grund dafür liegt unter anderem am hohen Anteil der Teilzeitarbeit bei Frauen. Einen gewissen Zeitraum Teilzeit zu arbeiten, ist eine gute Möglichkeit, Familie und Erwerbsarbeit zu vereinbaren. Hier ist es allerdings notwendig, eine bessere Auf- und Erklärung betreffend der finanziellen und pensionswirksamen Auswirkungen von Teilzeitarbeit anzubieten. Ein Teilzeit-Pensionsrechner, mit dem man rasch und unkompliziert die individuelle Pensionshöhe ausrechnen kann und mithilfe dessen auch klar der Unterschied zu der eventuellen Pensionshöhe im Falle einer Vollbeschäftigung ersichtlich ist, soll rasch umgesetzt werden.

Verpflichtendes Karenzmanagement von Unternehmen

Unternehmen sollen künftig ein aktives und verpflichtendes Karenzmanagement betreiben, um die Mitarbeiterinnen (und Mitarbeiter) über ihre Chancen in dem Unternehmen nach der Karenz zu informieren. So muss vor dem Mutterschutz besprochen werden wie der Wiedereinstieg aussehen könnte. Unternehmen sollen über die Möglichkeiten informieren, sich auch während der Karenz mit dem Unternehmen auszutauschen, um den Kontakt nicht zu verlieren. Verpflichtende Informationen über Weiterbildungsmöglichkeiten im und durch das Unternehmen und einen Anspruch, diese auch während der Karenz in Anspruch nehmen zu können, sollen den Wiedereinstieg erleichtern und dazu beitragen, den Karriereverlauf durch eine Karenz nicht zu unterbrechen.

Automatisches Pensionssplitting mit Opt-Out Möglichkeit

Das Pensionssplitting ist ein wichtiges Instrument der Altersvorsorge und Fairness in der Partnerschaft. Im Zeitraum 2010–2019 gab es beim freiwilligen Pensionssplitting insgesamt rund 2.000 Fälle. Im Jahr 2019 gab es 639 Fälle. Dabei ist es für jenen Elternteil, der sich nach der Geburt eines Kindes hauptsächlich der Betreuung widmet, nur fair und ein Zeichen der Wertschätzung, wenn diese Zeit entsprechend für die Pension angerechnet wird. Daher fordern wir, die Einführung eines automatischen Pensionssplittings mit einer Opt-Out-Möglichkeit, d.h. nach der Geburt eines Kindes werden die Pensionsversicherungsbeiträge antragslos auf beide Elternteile aufgeteilt. Derzeit können die Pensionsversicherungsbeiträge freiwillig bis zum 7. Lebensjahr des Kindes geteilt werden. Wir fordern eine Ausdehnung bis zum 10. Lebensjahr, um beispielsweise die Gehaltseinbußen durch Teilzeitarbeit besser auszugleichen. Zudem soll das Pensionssplitting auch dann ermöglicht werden, wenn Angehörige gepflegt werden. Die Opt-Out-Möglichkeit muss klar geregelt sein, damit es nicht einseitig möglich ist, sich einseitig aus der Verpflichtung heraus zu optieren.

Anrechenbarkeit von Kindererziehungszeiten von vier Jahren pro Kind für alle erwerbstätigen Frauen und Männer unabhängig vom Abstand der Geburten

Vor allem Mütter unterbrechen oft ihre Berufstätigkeit und sind in der Folge meist teilzeitbeschäftigt, manchmal alleinerziehend oder in Berufen mit geringeren Löhnen tätig. All das hat Auswirkungen auf die Gehaltsentwicklung und die Pension. Wir fordern daher die Anrechnung von vier vollen Jahren für die Pension - sowohl pensionsbegründend als auch pensionserhöhend - für jedes Kind, egal in welchem Abstand sie zur Welt kommen, sowie die Gleichstellung von ASVG-Versicherten und Beamtinnen und Beamten bei der Anrechnung der Kindererziehungszeiten.

Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkompetenz von Mädchen und Buben bereits in der Schule

Die Wirtschafts- und Finanzkompetenz von Mädchen und Buben soll gestärkt werden, damit diese informiert Entscheidungen treffen, und ihre finanzielle Unabhängigkeit selbst in die Hand nehmen können. Es geht dabei sowohl um das Verfügen über ein eigenes Konto als auch um adäquate Altersvorsorge oder finanzielle Absicherung. Auch ein wirtschaftliches Grundwissen muss vermittelt werden. Bereits in der Pflichtschule sollte im Lehrplan ein verstärkter Fokus auf diese Themen gelegt werden. Diese Maßnahmen wären ein weiterer wesentlicher Schritt zur Reduzierung des Gender-Pay-Gaps.

Klare Abgrenzung Arbeitszeit/Freizeit im Homeoffice

Gerade die Corona-Krise hat die Bedeutung von Homeoffice in den Vordergrund gerückt und gezeigt, dass Homeoffice auch in Zukunft ein wichtiger Bestandteil des Arbeitsalltags sein wird. Studien belegen, dass 40 Prozent aller unselbstständig Beschäftigten zumindest teilweise im Homeoffice gearbeitet haben. Homeoffice ist und bleibt Vereinbarungssache und somit eine freiwillige Regelung. Sämtliche Bestimmungen des Arbeitszeit- und Arbeitsruhegesetzes sowie des Dienstnehmerhaftpflichtgesetzes behalten auch im Homeoffice ihre Gültigkeit bzw. sind auch hierfür anzuwenden, denn für alle Betroffenen ist relevant, dass bestehende arbeitsrechtliche Regelungen im Homeoffice genau-

so gelten wie im Büro. Es ist aber auch wesentlich, dass es eine klare Abgrenzung von Arbeits- und Freizeit braucht. Es darf zu keiner Selbstverständlichkeit werden permanent erreichbar zu sein, nur weil man von zu Hause aus arbeitet. Hier braucht es neben Eigenverantwortung und Disziplin auch ein klares Regelwerk zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch vor gesundheitlichen Schäden, wie z.B. Burnout. Besonders Frauen sind im Homeoffice doppelt gefordert, da sie oftmals auch die Kinderbetreuung übernehmen. Daher setzen wir uns für ein Recht auf Nichterreichbarkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach Dienstschluss ein.

One-Stop-Shop „Pflege“ im Internet als Drehscheibe etablieren

Die Pflege ist weiblich – und das nicht nur grammatikalisch. Die Betreuung von Pflegebedürftigen liegt ganz fest in Frauenhand. Von den derzeit 950.000 pflegenden Angehörigen sind zwei Drittel weiblich. Oftmals managen sie neben Familie und Beruf auch noch die häusliche Pflege. Für diese Gruppe brauchen wir mehr professionelle Unterstützung und Beratung. Ein One-Stop-Shop im Internet als erste Anlaufstelle für Fragen rund um das Thema Pflege soll etabliert werden und als Drehscheibe dienen.

Schutz von Frauen und Kindern gegen Gewalt

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das wir mit vereinter Kraft nicht nur thematisieren sondern langfristig bekämpfen werden. Es muss das klare Ziel sein, Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind, Stabilität, Sicherheit und Vertrauen zu geben. Unsere zentralen Anliegen bleiben, Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder zu schaffen, Bewusstseinsbildung innerhalb der Gesellschaft zu stärken und die Präventionsarbeit auszubauen. Diese Maßnahmen bilden eine wichtige Basis, um Gewalttaten zu vermeiden und Frauen und Kinder zu schützen.



Die neuen Antworten für Mobilität und Morgen.

Nachhaltigkeit heißt denken für
Morgen.



VII. Die neuen Antworten für Mobilität und Morgen.

Nachhaltigkeit heißt denken für Morgen.

Die neuen Antworten für Österreichs Umwelt und Naturraum

Der Schutz unserer Umwelt und unseres Naturraumes ist eine große Verantwortung, die wir gegenüber der nächsten Generation haben. Wir alle haben Verantwortung für unsere Umwelt, und diese reicht über die Gegenwart in die Zukunft hinaus. Umweltschutz umfasst viele Detailbereiche. Abfallwirtschaft und Ressourcenmanagement, Abwasserreinigung, Trinkwasserversorgung, Luftreinhaltung, Tier- und Pflanzenschutz sowie Klimaschutz fallen hierunter. Und gerade dem Klimaschutz kam in den vergangenen Jahren eine zentrale Bedeutung zu.

Die Veränderung unseres Klimas und deren Auswirkungen auf alle Bereiche unserer Gesellschaft betreffen alle Aspekte unseres Lebens, unseres Wohnbereichs, unserer Arbeit, in unserer Gemeinde und in der ganzen Welt. Der Klimawandel stellt uns vor eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Weil er vom Menschen gemacht ist, kann nur der Mensch ihn bekämpfen.

Sicher ist: Wenn wir heute dafür sorgen, dass wir eine Trendwende erreichen, so kann der Kampf gegen Klimawandel gewonnen werden. Klimaschutz ist aber nicht nur ein Thema für die Politik, sondern betrifft jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns. Klimaschutz fängt im Kopf an. Wir müssen jetzt einen Umdenkprozess starten. Sei es im Haushalt, sei es in der Freizeit, sei es im Beruf, beim Bauen, beim Wohnen oder auch in der Mobilität - überall müssen wir ansetzen. Wir müssen jetzt handeln, nur so übernehmen wir Verantwortung für die Zukunft der nächsten Generation.

Wir brauchen einen bewussteren Umgang mit Ressourcen wie zum Beispiel Grund und Boden, auch die Flächenversiegelungen wirken sich negativ auf das Klima aus. Unser Konsum muss sich ändern,

jede Bestellung im Internet hat Verkehr zur Folge und auch die Wahl beim Lebensmitteleinkauf sollte sorgfältig getroffen werden. Für aktiven Klimaschutz muss jeder seinen Lebensstil ändern und der Klimaschutz zur Lebensart werden.

Wir brauchen Klimaschutz mit Hausverstand. Klimaschutz fängt schon beim Frühstück an. Denn wie wir uns ernähren, hat einen entscheidenden Einfluss auf die Größe unseres klimatischen Fußabdrucks. So werden bei Produktion und Transport sowie für Lagerung und Kühlung von Lebensmitteln große Mengen Energie benötigt und somit CO₂ ausgestoßen. Bei Fleisch ist zudem zu bedenken, dass bereits durch den Transport und durch den Anbau von Futtermitteln für die Tiere jede Menge CO₂ entsteht.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind sich einig, dass der Klimawandel extreme Wettererscheinungen wahrscheinlicher macht. Auch aus dem 5. Sachstandsbericht des Weltklimarates (IPCC) geht hervor, dass bei einer Steigerung der globalen Temperaturen mit einer Zunahme von extremen Wettererscheinungen wie Tropenstürmen, Überschwemmungen, Starkniederschlägen und Hitzeperioden zu rechnen ist. Gerade die Sommermonate 2021 haben uns gezeigt, wie real diese Entwicklung ist.

Durch diese Erwärmung werden die Kohlenstoffkreislaufprozesse der Erde derart beeinflusst, dass der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre weiter steigt. Eines der vorrangigen Ziele im Kampf gegen den Klimawandel ist es also, einen weiteren Anstieg des CO₂-Gehaltes in der Luft zu verhindern.

Die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die Möglichkeiten der Einsparung von

Energie, der Schutz des Lebensraumes und die nachhaltige Ressourcennutzung stehen ebenso im Mittelpunkt unserer Überlegungen zu diesem Thema.

Wir müssen sicherstellen, dass unsere Lebensweise nachhaltig ist und unserem Klima und unserer Umwelt keinen unumkehrbaren Schaden zufügt.

Die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens sowie die Ziele der Europäischen Union zur Verringerung der Treibhausgasemissionen sollen die Grundlage für unser Handeln sein.

Neben dem Klimawandel ist die Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt eine große Herausforderung der Zukunft. Wir sind auf intakte Ökosysteme angewiesen. Auch die aktuelle Pandemie macht die Zusammenhänge zwischen Gesundheit und intakter Natur deutlich. Biodiversität ist lebenswichtig – die Natur liefert uns Nahrung, Arzneimittel oder Baustoffe; sie bietet uns Erholung und ist damit auch wichtig für unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit.

Ein intaktes Ökosystem sorgt für saubere Luft und sauberes Wasser und ist ein Verbündeter im Kampf gegen den Klimawandel. Die Verwandlung von Abfällen in neue Ressourcen, Bestäubung, Düngung von Nutzpflanzen, und vieles mehr wäre ohne ein intaktes Ökosystem schlicht undenkbar.

Der ÖAAB bekennt sich zu einer nachhaltigen Umweltpolitik mit Hausverstand. Ökosoziales Handeln ermöglicht wirtschaftliche Nachhaltigkeit, verbessert die Lebensqualität, verringert die Belastung durch Schadstoffe und Lärm, erhält biologische Vielfalt und baut erneuerbare Energie aus. Und nicht zuletzt: Ökosoziales Handeln schafft Arbeitsplätze.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Klimafitte Parkplätze in allen Bereichen schaffen**
- ▶ **Erneuerbare Energie fördern**
- ▶ **Förderung der Biodiversität**
- ▶ **Nein zu Atomstrom**
- ▶ **(Bewusstseins-)Bildung als Schlüssel zum Erfolg für Jung und Alt**
- ▶ **Nachrüstung von Fassadenbegrünung – auch beim gemeinnützigen**
- ▶ **Wohnbau/Gemeindebauten Wien**
- ▶ **Erhalt der Trinkwasserqualität**
- ▶ **House- und Street-Cooling/vertikal greening forcieren**
- ▶ **Klimaziele 2030-2040 einhalten**
- ▶ **Klimaschutz schafft Arbeitsplätze**
- ▶ **Raumordnung „grüner“ gestalten**
- ▶ **Neue Technologie entwickeln – Wasserstoff für die Zukunft**
- ▶ **Verfallsdatum statt Mindesthaltbarkeitsdatum**

Klimafitte Parkplätze in allen Bereichen schaffen

Neben der positiven Wirkung von Grünräumen auf den Menschen haben Grünflächen eine wichtige Funktion für den Natur- und Umweltschutz und helfen bei der Klimawandelanpassung. Beim Bauen in allen Bereichen wie Tourismus- und Freizeitanlagen, Einkaufszentren, Wohnbauten, Park & Ride-Anlagen, Schulgebäuden, etc. sollen daher die Parkplätze künftig klimafit berücksichtigt und mit Begrünungsmaßnahmen [Bäume, Hecken, Gebäudebegrünung, usw.] versehen werden. Durch die Entsiegelung von KFZ-Abstellflächen kann Wasser versickern sowie ein Gasaustausch zwischen dem Boden und der Atmosphäre stattfinden. Eine durchdachte Gestaltung von Parkplätzen verwandelt diese bisher „toten“ Asphaltwüsten in ökologisch wertvolle und damit „lebendige“ Übergangsbereiche zur umgebenden Natur. Gemeinden und Länder müssen hier Vorbild sein.

Erneuerbare Energie fördern

Ziel ist es, die jährliche Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kontinuierlich zu steigern. Die komplette Klimaneutralität soll bis 2040 erreicht werden. Wichtig ist dabei, dass im Strombereich der Erzeugungsbedarf für jede Technologie angepasst wird.

Förderung der Biodiversität

Biodiversität ist Heimatschutz. Der Schutz der Biodiversität hat nicht nur einen hohen ästhetischen und kulturellen Wert und bewahrt genetische Ressourcen und funktionierende ökologische Kreisläufe, sondern dient auch der Sicherung von Erholungs- und Erlebnisräumen, die eine wichtige Grundlage für den Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit darstellen. Die Reinigung des Wassers und die Verfügbarkeit von sauberer Luft hängen von der biologischen Vielfalt ab. Intakte Ökosysteme bieten zudem Schutz vor Naturgefahren und tragen zur Klimaregulierung bei. Dem ÖAAB ist der Schutz von Gewässern, Luft und Böden ein großes Anliegen.

Nein zu Atomstrom

Ein klares Bekenntnis zu einem atomstromfreien Österreich ist nicht genug. Ein Fünftel der Stromimporte ist billiger Atomstrom, etwa aus Frankreich oder Tschechien. Aus diesem Grund lehnen wir dezidiert auch die Ausbaupläne für weitere Atomkraftwerke in Europa ab.

(Bewusstseins-)Bildung als Schlüssel zum Erfolg für Jung und Alt

Der komplette Kreislauf von Lebensmitteln und Müll muss bereits früh bewusst gemacht werden. Aus diesem Grund soll der Umgang mit diesen Themen, etwa wie wertvoll Lebensmittel sind, bereits früh gelehrt werden. Schon in der Volksschule soll dieses Thema in den Lehrplan aufgenommen werden. Für die älteren Generationen muss es gezielte Kampagnen zur Bewusstseinsbildung geben.

In den Lehrplänen aller Unterrichtsstufen soll sich auch das Thema Klima- und Umweltschutz zukünftig ausführlicher wiederfinden. Gerade in den Fächern Biologie, Geografie, Wirtschaftskunde und Physik kann „Umweltbildung“ zukünftig gut integriert werden. Aber auch in der Volksschule soll im Sachunterricht vermehrt auf dieses Thema Rücksicht genommen werden.

Nachrüstung von Fassadenbegrünung – auch beim gemeinnützigen Wohnbau/ Gemeindebauten Wien

Fassadenbegrünungen haben viele ökologische Vorteile: Sie wirken isolierend, fördern die Biodiversität, reinigen unsere Luft, verbessern das Mikroklima und tragen dadurch zu einer besseren Lebensqualität bei. Mehr Grün in bewohnten Gebieten, hilft die Luft von schädlichen Emissionen zu entlasten. Bei bestehendem Wohnbau muss dies entsprechend nachgerüstet und bei Neubauten von vornherein eingeplant werden.

Erhalt der Trinkwasserqualität

Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Die Trinkwasserqualität in Österreich liegt in einem weltweiten Vergleich an der Spitze. Einfach den Hahn aufdrehen und sauberes Wasser haben, ist ein Luxus, den man sich vor Augen führen sollte. Putz- und Waschmittel, die chemische Ausrüstung von Textilien sowie Arzneimitteln, die wir schlucken und ausscheiden, verschmutzen das Wasser dabei ebenso wie industrielle Landwirtschaft und Schwerindustrie. Aus diesem Grund muss eine stärkere Bewusstseinsbildung zur Sauberhaltung unserer Gewässer erfolgen. Wir sprechen uns auch weiterhin gegen eine Privatisierung des Trinkwassers aus. Es muss auch künftig qualitativ einwandfreies Wasser in ausreichender Verfügbarkeit zu sozial verträglichen Preisen geben.

House- und Street-Cooling/ vertikal greening forcieren

Zunehmend heißere Sommer haben gezeigt, dass der Klimawandel schon jetzt negative Auswirkungen auf Komfort und Aufenthaltsqualität hat – ganz besonders im dicht bebauten Stadtgebiet. Der öffentliche Raum ist vom Temperaturanstieg am stärksten betroffen. Einerseits zeigt sich das in einer steigenden thermischen Belastung der Verkehrsinfrastruktur und andererseits sind die Fußgeher und Radfahrer vom steigenden Hitzestress betroffen. Die Begrünung von Fassaden und vertikalen Strukturen wird derzeit selten als Gestaltungselement eingesetzt. Dabei sind die positiven Auswirkungen mittlerweile auch wissenschaftlich erforscht: Pflanzen tragen zur Kühlung und Reinigung der Luft bei. Gleichzeitig schützen sie die Gebäudeoberfläche vor Temperaturextremen und unerwünschtem Graffiti. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Begrü-

nung in den Bebauungsplänen und bei der Planung von Siedlungsgebieten mitberücksichtigt wird. Allein für Straßenzüge und Radwege; Baumpflanzungen bei Schulen und Kindergärten sind ebenso zu forcieren.

Klimaziele 2030-2040 einhalten

Für die Klimaziele 2030 und für die Klimaneutralität Österreichs im Jahr 2040 sind weitreichende Transformationsschritte zur Verminderung des Einsatzes fossiler Energie erforderlich. Diese Herausforderung bis 2030 als Zwischenziel und 2040 als maßgeblichen Horizont bedeutet einen Wandel in unserer Lebens- und Wirtschaftsweise. Unternehmen sollen sich frühzeitig auf die Herausforderungen einstellen und die Chancen für Innovation und klimafreundliches Wachstum ergreifen können. Und die Bürgerinnen und Bürger sollen Möglichkeiten erhalten, sich klimafreundlich zu verhalten.

Klimaschutz schafft Arbeitsplätze

Nach der Corona-Krise braucht es einen grünen Wiederaufbau der Wirtschaft. Investitionen in den Klimaschutz sind Investitionen in die lokale Wirtschaft. Sie sorgen gleichzeitig für sichere Arbeit und eine gute Zukunft.

Raumordnung „grüner“ gestalten

In der Raumordnung werden wesentliche direkte und indirekte Weichen für den Energieverbrauch, für künftig mögliche Energieversorgungen und die damit einhergehenden Treibhausgasemissionen gestellt. Auf Landesebene finden sich schon Energieleitbilder (Salzburg) oder Energiepläne (Steiermark), welche die Themenfelder Energieeffizienz, Energiesparen und erneuerbare Energieträger einschließen. Es gilt die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die Klimaschutz und CO₂-Neutralität auch in der Raumordnung vorschreiben, um diese damit zukunftsfit zu machen.

Wir setzen uns für einen vermehrten Bodenschutz ein. Böden sind Lebensgrundlage und Lebensraum für Bodenorganismen, für Pflanzen und haben eine wichtige Funktion als Bestandteil des Naturhaushaltes. Im Wasserhaushalt tragen die Böden zur Abflussregulierung, zur Grundwasserneubildung und zum Temperatenausgleich bei. In Österreich werden täglich ca. 10 bis 15 Hektar Land verbaut. Dies gilt es einzudämmen. Künftig muss der Verbrauch

von Flächen minimiert werden. Dies muss mit den Instrumenten der Raumordnung geregelt werden.

Neue Technologie entwickeln – Wasserstoff für die Zukunft

Neben bekannten Technologien wie E-Mobilität, Solarenergie und Wasserkraft ist vor allem Wasserstoff als Energieträger eine der vielversprechendsten Zukunftstechnologien. Österreich hat hier eine Chance, internationaler Vorreiter zu werden: Wir können mit gutem Vorbild vorangehen und gleichzeitig unsere Positionierung als Innovationsstandort stärken, was langfristig Arbeitsplätze schafft und sichert. Dabei müssen wir vor allem die Gewinnung von Wasserstoff nachhaltig machen – nicht aus fossilen Quellen, sondern aus erneuerbaren. Auch die Nutzung muss effizienter werden und somit auch günstiger. Um hier nun die weiteren nötigen Fortschritte zu erzielen, muss Wasserstoff entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von der Grundlagenforschung bis zur industriellen Anwendung – zur Priorität gemacht werden. Hier braucht es eine großangelegte Zusammenarbeit aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Verfallsdatum statt Mindesthaltbarkeitsdatum

Österreichische Haushalte werfen bis zu 157.000 Tonnen an angebrochenen und original verpackten Lebensmitteln weg, obwohl diese bei rechtzeitigem Konsum genießbar gewesen wären. Durchschnittlich werfen wir also jährlich rund 40 Kilogramm an Lebensmitteln weg, die eigentlich gegessen hätten werden können. Oftmals wäre das Wegwerfen von Lebensmitteln bei rechtzeitigem Verzehr, ordnungsgemäßer Lagerung oder durch verbessertes Haushaltsmanagement vermeidbar gewesen. Häufige Gründe sind falsche Planung von Einkäufen und Mahlzeiten (ungeplante Genusskäufe), falsche Lagerung bzw. Aufbewahrung von Lebensmitteln. Viele Menschen wissen nicht mehr, wie man Lebensmittel richtig lagert und wie man deren Qualität feststellen kann. Viele verlassen sich auf das Mindesthaltbarkeitsdatum. Das Mindesthaltbarkeitsdatum auf der Verpackung von Lebensmitteln gibt an, wie lange ein Produkt bei sachgerechter Lagerung seine spezifischen Eigenschaften behält. Ein abgelaufenes Datum bedeutet nicht, dass ein Lebensmittel verdorben sein muss. Der Begriff des Mindesthaltbarkeitsdatums muss

mit dem klareren Begriff „Verfallsdatum“ ergänzt werden. Der ÖAAB setzt sich im Sinne der Konsumentinnen und Konsumenten für eine Änderung der aufgedruckten Hinweise ein.

Die neuen Antworten für Österreichs Verkehr

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Moderne Arbeitswelten verlangen heute mehr denn je eine flexible, nachhaltige und intelligente Mobilität. Beschleunigt durch die Covid-19-Pandemie und die erhöhte Nachfrage nach umweltfreundlichen Fortbewegungsmitteln beginnt sich unser persönliches Mobilitätsverhalten zu verändern. Klimafreundliche Mobilität und die freie Wahl des Verkehrsmittels schließen einander nicht aus.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen echte Wahlfreiheit auf ihren alltäglichen Wegen erhalten, nicht nur in unseren Städten, sondern auch und besonders im ländlichen Raum. Wir wollen ein Verkehrssystem, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Wir wollen Ökonomie und Ökologie im Einklang mit den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen weiterentwickeln.

Innovative und kostengünstige Tickets sollen einen attraktiven Anreiz zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel schaffen und damit einen wichtigen Schritt hin zur Mobilitätswende setzen. Ziel ist es, ein flächendeckendes, für alle zugängliches und leistbares Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln zu schaffen, das die Bedürfnisse im Arbeits-, aber auch im Freizeitverkehr befriedigt und die Erreichbarkeit verbessert.

Neben günstigen Tickets braucht es auch den verstärkten Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum. Hierbei sind die Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern zu verbessern, insbesondere durch den Ausbau des Güterverkehrs auf der Schiene, der Bahnhöfe und der Park & Ride-Anlagen. Auch der Ausbau von innovativen Car-Sharing-Modellen oder Fahrrad-Leih-Systemen muss forciert werden.

Zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs sollen vor allem zur Bewältigung der „letzten Meile“ noch zusätzliche Angebote geschaffen werden. Wir erachten den Ausbau der Taktung

im ländlichen Bereich als besonders vordringlich. Unser Leitsatz dabei: Die Menschen, die auf den öffentlichen Verkehr umsteigen können, sollen die Möglichkeit dazu bekommen! Aber wir vergessen auch jene nicht, die dies nicht können. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Pendlerinnen und Pendler nicht belastet werden. Am derzeit gut geregelten Pendlerpauschales darf nicht gerüttelt werden.

Die Zukunft der Mobilität wird durch die Digitalisierung wesentlich beeinflusst. Intelligente Verkehrsleitsysteme, autonomes Fahren, kombinierte Verkehre sollen die Mobilität von Morgen noch effizienter, nachhaltiger und kostengünstiger gestalten und verlangen stärker denn je ganzheitliche Mobilitätskonzepte.

Infrastruktur und Verkehr bilden wichtige Säulen für eine zielgerichtete Standortpolitik und sind die Voraussetzung für Beschäftigung, Wohlstand und Versorgungssicherheit. Und speziell die Auto- und Autozulieferindustrie steht vor großen Herausforderungen.

Wir werden auch in Zukunft daran arbeiten, dass Arbeitsplätze, Forschung, Entwicklung und Wertschöpfung in Österreich erhalten bleiben.

Dazu gehört aber auch das Setzen von weiteren Anreizen, etwa über eine ökosoziale Steuerreform, mit der wir beispielsweise emissionsarme Mobilität spürbar entlasten und damit nachhaltig attraktivieren wollen.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Wahlmöglichkeit erhalten – wer mit dem Auto fahren muss, soll das auch können – Keine Verschlechterung beim Pendlerpauschales**
- ▶ **Anreizsysteme für Umstieg auf öffentlichen Verkehr schaffen – Jahresticket leistbar machen, Jobticket attraktivieren**
- ▶ **Park-and-Ride-Möglichkeiten ausbauen**
- ▶ **Problematik „Letzte Meile“ mit Car-Sharing oder Fahrrad-Leihmodellen attraktivieren**
- ▶ **Zeitproblematik beim Pendeln lösen**
- ▶ **Homeoffice forcieren – Anspruchsvoraussetzungen für das Pendlerpauschales erleichtern**
- ▶ **Ausbau von Radwegen**
- ▶ **Dezentralisierung schafft Arbeitsplätze in der Region**
- ▶ **Sachbezug bei Dienstautos neu regeln**
- ▶ **E-Autos leistbarer machen, auch für Privatpersonen**

Wahlmöglichkeit erhalten – wer mit dem Auto fahren muss, soll das auch können – Keine Verschlechterung beim Pendlerpauschales

Als ÖAAB stehen wir klar für eine Gesellschaftsordnung, die der bzw. dem Einzelnen bestmögliche Entfaltung durch ein Höchstmaß an Wahlfreiheit bietet. Wie Menschen ihr Leben gestalten und welche Lebensentwürfe sie verfolgen, muss in ihrer freien Entscheidung liegen. Das ist auch im Bereich der Mobilität unser Grundsatz. Wer also auf das Auto angewiesen ist, um zu seinem Arbeitsplatz zu kommen, soll dieses auch weiterhin benützen können. Auch beim Pendlerpauschales soll es zu keinen Verschlechterungen kommen. Pendlerinnen und Pendler sollen insgesamt nicht belastet werden. Hier wird die ökosoziale Steuerreform eine wesentliche Rolle spielen.

Gleichzeitig ist es aber auch wesentlich, ein gutes, sicheres, barrierefreies und preisgünstiges sowie flächendeckendes Mobilitätsangebot für die Österreicherinnen und Österreicher zu schaffen, um einen Umstieg auf Öffentliche Verkehrsmittel zu erreichen.

Anreizsysteme für Umstieg auf öffentlichen Verkehr schaffen – Jahresticket leistbar machen, Jobticket attraktivieren

Mobilität ist eines der sieben Kernthemen des EU Green Deal. Um eine klimafreundliche Mobilität möglichst vieler Menschen zu erreichen, setzen wir auf ein gestärktes und kundenorientiertes Angebot an öffentlichem Verkehr zu fairen Preisen („Klimaticket“). Ziel ist es, mit einem geeigneten und durchdachten Mobilitätsmix für jeden und jede das geeignete öffentliche Verkehrsmittel zu finden. Weitere Maßnahmen zum nachhaltigen Verkehr sollen Anreize setzen, aber nicht zu Belastungen unserer Bürgerinnen und Bürger führen. Es darf sich auch nicht die Situation jener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschlechtern, die etwa am Land zu Hause und auf das Auto angewiesen sind, nur weil es dort in der Nähe keine U-Bahn und auch keinen Zug gibt.

Auch das 2011 eingeführte Jobticket - ein ermäßigtes Jahresticket für die öffentlichen Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt vom Arbeitgeber – gilt es zu forcieren und zu attraktivieren.

Park-and-Ride-Möglichkeiten ausbauen

Mit dem konsequenten und langfristigen Ausbau strategisch wichtiger Park-and-Ride-Stellplätze schaffen wir effiziente Mobilitätsknotenpunkte, um die Mobilität in unserem Land flexibel, sicher und effizient zu gestalten. Besonders im Zentralraum sollen die Stadtzentren vom Individualverkehr zukünftig entlastet werden. Bei der Erweiterung und Gestaltung neuer Anlagen zum bequemen und einfachen Umstieg auf den öffentlichen Verkehr darf es keinen Halt geben.

Problematik „Letzte Meile“ mit Car-Sharing oder Fahrrad-Leihmodellen attraktivieren

Um den Mobilitätsansprüchen der Österreicherinnen und Österreicher auch künftig gerecht zu werden, braucht es eine Kooperation mit verschiedenen Mobilitätspartnern. Durch die sukzessive Ergänzung des öffentlichen Verkehrsangebots durch Dienstleistungen wie AST (AnrufSammelTaxi), Car-sharing, Fahrgemeinschaften oder Leihfahrrädern entsteht für die Fahrgäste ein attraktives Mobilitätspaket als flexible Alternative zum eigenen PKW.

Auch die autonome Mobilität zur Bewältigung der „letzten“ Meile ist ein Mittel, um den Verkehr möglichst effizient und reduziert abzuwickeln. Die Rail&Bike-Möglichkeiten müssen weiter ausgebaut werden, um die Fahrradmitnahme in den Zug zu attraktivieren.

Zeitproblematik beim Pendeln lösen

Wir erachten den Ausbau der Taktung im ländlichen Bereich als besonders vordringlich, um die Problematik der „Letzte Meile“ bestmöglich zu lösen. Weiters spielt hier die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs eine essentielle Rolle. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können jedoch nicht auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen und sind auf ein Auto angewiesen. Diese Menschen dürfen nicht unverschuldet vernachlässigt und schlechter gestellt werden. Die Bedürfnisse des ländlichen Raums müssen hierbei mitebezogen werden. Außerdem erachten wir, dass das Pendlerpauschale von einem Steuerfreibetrag zu einem Absetzbetrag umgestaltet werden muss, damit die Benachteiligung von Kleinverdienerinnen und Kleinverdienern beendet wird.

Homeoffice forcieren – Anspruchsvoraussetzungen für das Pendlerpauschales erleichtern

Das Pendlerpauschale wird sofern die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, in voller Höhe ausbezahlt, wenn die Pendlerin oder der Pendler im Monat mindestens an elf Tagen von der Wohnung zur Arbeitsstätte fährt. Aufgrund der Corona-Pandemie hat sich für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Arbeitssituation geändert, vielfach wird jetzt im Homeoffice gearbeitet. Laut Umfragen wollen die meisten Beschäftigten auch nach Corona weiter zwei bis drei Tage in der Woche im Homeoffice arbeiten. Viele Pendlerinnen und Pendler sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs und oftmals Jahreskartenbesitzer oder haben Fixkosten, weil sie ein Fahrzeug für den Weg zur Arbeit benötigen. Damit die Betroffenen, die im Homeoffice arbeiten, keine finanziellen Nachteile erleiden, setzen wir uns dafür ein, das volle Pendlerpauschale bereits ab neun Pendeltagen im Monat zu gewähren. Auch die übrige aliquotierte Staffelung soll gesenkt werden. Das heißt, Pendlerinnen und Pendler, die zwischen sechs und acht Tagen pro Monat pendeln, sollen zwei Drittel des

Pendlerpauschales erhalten. Pendler mit Fahrten an drei bis sechs Tagen pro Monat sollen noch ein Drittel des Pauschales beanspruchen können.

Ausbau von Radwegen

79 Prozent aller Haushalte in Österreich besitzen zumindest ein Fahrrad. Auch der Bedarf und Wunsch nach mehr Fahrradfahren hat sich in den letzten Jahren beträchtlich vergrößert. Daher braucht es jetzt auch bei den Radwegen eine konsequente Ausbauoffensive.

Dezentralisierung schafft Arbeitsplätze in der Region

Mit einer Offensive zur Verlagerung von Bundesbehörden in den ländlichen Raum wird die Region gestärkt und es werden wichtige Arbeitsplätze geschaffen. Qualifizierte Arbeitsplätze in den Regionen und kurze Wege sind ein Gebot der Stunde. Das reduziert letztendlich den Verkehr und verringert den CO₂-Ausstoß. Und bringt die Verwaltung näher zur Bürgerin und zum Bürger.

Sachbezug bei Dienstautos neu regeln

Der Sachbezug bei Dienstautos mit Privatnutzung ist ein Problem – viele Menschen benutzen Dienstfahrzeuge unter der Woche und haben einen Zweitwagen für die Freizeitfahrten. Daher fordern wir eine neue, einfachere und klimafreundlichere Regelung.

E-Autos leistbarer machen, auch für Privatpersonen

Steuerliche Vorteile und Förderungen bringen einen klaren Anreiz, um auf E-Mobilität umzusteigen. Sie vergünstigen Elektrofahrzeuge deutlich und machen sie teilweise bereits wirtschaftlicher als klassische Verbrenner. Wichtig ist nun, auch die notwendige Ladeinfrastruktur weiter auszubauen, um diese positiven Entwicklungen nicht zu bremsen.



Die neuen Antworten für unsere Sicherheit.

Rechtsstaat und staatlich garantierte Sicherheit sind die Voraussetzung für ein gelungenes menschliches Zusammenleben.



VIII. Die neuen Antworten für unsere Sicherheit.

Rechtsstaat und staatlich garantierte Sicherheit sind die Voraussetzung für ein gelungenes menschliches Zusammenleben.

Die neuen Antworten für Österreichs Verfassung

Unsere Verfassung ist mehr als bloß beschriebenes Papier. Sie ist die Grundlage für unser Zusammenleben, gleichsam die Hausordnung für alles, was in unserer Republik tagtäglich vorstättengeht. Sie schenkt uns Stabilität und Kontinuität.

Den [gedanklichen] Kern unserer Verfassung bildet dabei die Würde des Menschen, welche in unserer Verfassung im Gegensatz zum deutschen Grundgesetz und zur Europäischen Grundrechtecharta zwar nicht abgebildet ist, aber gerade für uns als christlich-soziale Arbeitnehmerbewegung ist die Würde des Menschen unantastbar und auch unverrückbar. Sie ist kein Teil des Gestaltens, sondern wir gestalten um sie herum. Aufgrund der unüberbrückbaren Gegensätze in der Gesellschaft am Ende des Ersten Weltkrieges hat Hans Kelsen unsere Verfassung auch auf checks and balances – einem System zur Herstellung und Aufrechterhaltung staatlicher Gewaltenteilung – aufgebaut. Mit der Menschenrechtskonvention und der Europäischen Grundrechtecharta folgen die Grundordnungen in Europa dem Grundrespekt gegenüber dem Menschen. Diesem Grundrespekt wollen auch wir folgen, wenn wir Kelsens Werk fit für die Mitte des 21. Jahrhunderts machen.

Dabei geht es auch um viele Kompromissfindungen und Abwägungen, wenn Interessen in Konflikt zueinander stehen: Wer Sicherheit will, muss meistens Freiheit opfern und umgekehrt. Bundesinteressen bilden immer wieder einen Kontrast zu jenen der Länder oder Gemeinden. Junge und alte Menschen haben unterschiedliche Vorstellungen von Generationengerechtigkeit.

Es ist die Aufgabe der Politik, einen Konsens zu finden und diese Abwägungen mit Bedacht zu führen.

Unsere Verfassung bildet das Grundfundament, auf dem wir das Haus unserer Gesellschaft aufbauen – wird beim Keller „gepfuscht“, fehlt es dem Haus an Stabilität und es droht in stürmischen Zeiten einzubrechen. Deshalb sind auch wir alle, die wir in diesem Haus wohnen, davon abhängig, ob wir auf stabilem Fundament stehen oder auf lockerem Boden.

Diese Sensibilität müssen wir uns immer wieder ins Bewusstsein rufen, wenn wir versuchen, für Verfassungsfragen passende Antworten zu finden. Wie alles Menschgemachte ist unsere Verfassung nicht perfekt – vielleicht gerade deswegen, weil sie eher zeitlos wirken möchte. In dem Spannungsfeld der sich verändernden Wertehaltungen und dem Hervorkommen neuer Problemfelder soll Verfassung stets kritisch hinterfragt, aber niemals leichtfertig verworfen oder verändert werden.

Unsere Maßnahmen

- ▶ **Werte als Basis unseres Zusammenlebens**
- ▶ **Verantwortung neu denken**
- ▶ **Mehr Vertrauen zwischen den Institutionen schaffen**
- ▶ **System der checks and balances erhalten**
- ▶ **Für die Würde des Menschen – Verfassungsmäßige Grundrechte auch im digitalen Raum garantieren**

Werte als Basis unseres Zusammenlebens

Als ÖAAB halten wir fest, dass es in der Gesellschaft immer ein Spannungsfeld zwischen Rechtsnormen zum Schutz der Allgemeinheit und den Grundrechten und Grundfreiheiten der bzw. des Einzelnen gibt. Wir sind der Überzeugung, dass dieses Spannungsfeld nur im konstruktiven Dialog und gegenseitigen Respekt und Achtung gegenteiliger Positionen bewältigt werden kann. Unsere Verfassung soll und muss ein Garant für die individuellen demokratischen Rechte jeder und jedes Einzelnen sein.

Verantwortung neu denken

Die Übernahme von Verantwortung muss gestärkt werden. Entscheidungsträger auf allen Ebenen brauchen gerade in Krisensituationen und bei komplexen Herausforderungen klare Kompetenzen. Als ÖAAB sind wir der Meinung, dass wir eine Neubewertung und Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas und der öffentlichen Debatte um Entscheidungsträger benötigen. Entscheidungsträger sollen und müssen sich auf Gesetze und Verordnungen stützen können, die ihnen wichtige Entscheidungen, insbesondere in Krisensituationen, ermöglichen.

Mehr Vertrauen zwischen den Institutionen schaffen

Als ÖAAB bekennen wir uns zu den Prinzipien des Föderalismus und der Subsidiarität. Abgrenzungen sollen stärken, nicht behindern. In dem Sinne begrüßen wir die Möglichkeit zu Kooperationen zwischen den Verwaltungsebenen und befürworten die Stärkung des Vertrauens zwischen den Institutionen unserer Republik im Sinne unseres Staates und seiner Bürgerinnen und Bürger.

System der checks and balances erhalten

Als ÖAAB bekennen wir uns zum bestehenden Dreiklang der Gewalten in unserer Republik (Judikative, Legislative, Exekutive), die in unserer Verfassung abgesichert sind. Wir halten es aber für dringend erforderlich, dass die checks and balances zwischen allen Gewalten gleichwertig erhalten werden. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die Persönlichkeitsrechte und die Eigenverantwortung der bzw. des Einzelnen zu legen. Im Bereich der drei Gewalten sind aus unserer Sicht die demokratischen Vertretungskörper zuständig für den politischen Diskurs und die politischen Entscheidungen zum Wohl Österreichs.

Für die Würde des Menschen – Verfassungsmäßige Grundrechte auch im digitalen Raum garantieren

Einschränkungen von Grundrechten der bzw. des Einzelnen sind in unserem Staat immer nur soweit möglich, wie dies die Verhältnismäßigkeit zulässt. Auch technologischer Fortschritt, neue Kommunikationskanäle oder veränderter Zugang zu Informationen dürfen deshalb nicht zu einer Einschränkung der Rechte der bzw. des Einzelnen führen oder diese auflösen. Wir fordern als ÖAAB, dass die verfassungsmäßigen Grundrechte, welche im analogen Bereich gelten, auch im digitalen Raum gewährleistet und garantiert werden. Wir sind der Überzeugung, dass dies nicht nur für staatliche Institutionen, sondern für alle Beteiligten (Medien, Individuen, Unternehmen, NGOs) zu gelten hat.

Die neuen Antworten für unseren Rechtsstaat

Unsere Rechtsordnung garantiert den Österreicherinnen und Österreichern unveräußerliche Rechte und freie Entfaltung sowie die Sicherheit, dass der Staat ihre Rechte schützt. Freiheit ist die Grundlage unseres Rechts- und Demokratieverständnisses. Die persönliche Freiheit hat dort ihre Grenzen, wo sie die Freiheit anderer einschränkt. Der Staat darf die Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten des Einzelnen nur dort begrenzen, wo der Missbrauch dieser Rechte die Freiheitsräume anderer oder der

Gemeinschaft verletzen würde. Die Menschen sollen sich hierauf jederzeit verlassen können.

Diese staatliche Ordnung muss Ergebnis demokratischer Entscheidungsabläufe sein und muss durch den demokratischen Willen der Bürgerinnen und Bürger legitimiert sein. Nur so kann der Rechtsstaat für die Stabilität der Demokratie garantieren. Es ist Aufgabe des Staates, die Rechtsordnung entschlossen durchzusetzen, Rechtsstaatlichkeit zu

gewährleisten und der Bürgerin bzw. dem Bürger Glaubwürdigkeit und Sicherheit zu vermitteln.

Unsere Rechtsordnung muss daher einfach, transparent und klar verständlich sein. Sie muss klare Spielregeln für jede und jeden vorgeben, unabhängig davon, wo sie bzw. er herkommt. Aufgabe unseres Staates ist es, diese Regeln konsequent durchzusetzen.

Die österreichische Justiz bildet das Fundament unseres Rechtsstaates. Die Unabhängigkeit der Justiz ist für uns ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Wir verurteilen jede politische Einmischung in Angelegenheiten der unabhängigen Rechtsprechung. Jeder Fall muss ohne Ansehen der Person restlos aufgeklärt werden und es darf keinen Unterschied machen, gegen welche Person ermittelt wird.

Der Öffentliche Dienst ist der Garant für ein funktionierendes Gemeinwesen und für den intakten Rechtsstaat. Die Lebensqualität ist hierzulande so hoch wie in kaum einem anderen Land. Dass Österreich ein sicheres und lebenswertes Umfeld bietet, verdanken wir zu einem großen Teil den herausragenden Leistungen der Kolleginnen und Kollegen des Öffentlichen Dienstes in allen Bereichen. Denn kein Politikfeld kann ohne diese Leistungen funktionieren. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass der Öffentliche Dienst unter schwierigsten Rahmenbedingungen größten Einsatz und einen wesentlichen Beitrag zur Pandemiebewältigung geleistet hat. Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass der Öffentliche Dienst einheitlich hohe Qualitätsstandards bei der Leistungserbringung bietet. Daher ist es wichtig, diesen mit den erforderlichen Personal- und Sachressourcen auszustatten, damit die qualitativ hochwertige Arbeit auch weiterhin gewährleistet werden kann.

Für uns als ÖAAB ist es wesentlich, dass die Grund- und Freiheitsrechte durch den Rechtsstaat garantiert sind. Österreich trat der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten [EMRK] im Jahr 1958 bei. Ihnen kommt in Österreich seit dem Jahr 1964 der Rang von Verfassungsrecht zu. Die Rechte der EMRK stellen daher für die österreichischen Gerichte und Verwaltungsbehörden unmittelbar anwendbares Verfassungsrecht dar und können vor diesen und schließlich auch vor dem Verfassungsgerichtshof

durchgesetzt werden. Die Bedeutung und der Inhalt der einzelnen Grundrechte haben sich allerdings im Wandel der Zeit und dem damit verbundenen Wandel der Gesellschaft entsprechend verändert. Dieser Veränderung müssen wir durch eine kritische Diskussion des Grundrechtskataloges Rechnung tragen. Auch muss die Frage erörtert werden, wie und wodurch neue Grundrechte entstehen – Stichwort Klimaschutz.

Unsere Maßnahmen

- ▶ **Einfache Sprache in der Gesetzgebung und in der Rechtsprechung**
- ▶ **Übernahme von Prozesskosten in strafrechtlichen Prozessen bei Freispruch durch den Bund**
- ▶ **Recht auf Datenlöschung im Internet**

Einfache Sprache in der Gesetzgebung und in der Rechtsprechung

Als ÖAAB sind wir der festen Überzeugung, dass der Rechtsstaat mit seiner Gewaltenteilung ein wesentliches Fundament für das gedeihliche Zusammenleben in Österreich bietet. Die Justiz und ihre Institutionen genießen in der Bevölkerung hohes Vertrauen. Wir halten es jedoch für notwendig, dass Rechtsprache und Rechtsnormen auch in einer für alle Bürgerinnen und Bürger verständlichen Sprache gestaltet werden, um so für Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei Entscheidungen des Rechtsstaates zu sorgen. Auch Kompliziertes lässt sich in einfachen Sätzen ausdrücken. Die Bürgerin und der Bürger haben Anspruch auf verständliches Deutsch. Daher setzen wir uns dafür ein, dass künftig bereits bei der Gesetzgebung und in der Rechtsprechung einfache, leicht verständliche Sprache angewandt wird.

Übernahme von Prozesskosten in strafrechtlichen Prozessen bei Freispruch durch den Bund

Jede oder jeder, gegen die bzw. den ein Strafverfahren anhängig ist, kann von der Möglichkeit Gebrauch machen, sich durch einen Strafverteidiger verteidigen zu lassen. Hier gilt bezüglich der Kosten das Verursacherprinzip. Dementsprechend muss die bzw. der Beschuldigte diesen Anwalt di-

rekt aus eigener Tasche bezahlen. Im Sinne unseres Rechtsstaates und dem Eintreten für Gerechtigkeit halten wir es als ÖAAB für notwendig, dass diese Prozesskosten im Falle eines Freispruchs bei strafrechtlichen Prozessen im vollen Umfang vonseiten des Staates refundiert werden.

Recht auf Datenlöschung im Internet

Wir leben im Glauben, dass im Internet alles gratis ist, aber in Wahrheit bezahlen wir mit unseren Daten. Täglich hinterlassen wir in der digitalen Welt zahlreiche kleine und große Spuren. Das geschieht meist unbemerkt. Diese wieder zu löschen, ist jedoch eine schwierige Aufgabe. Selbst wenn es uns

gelingt, die Daten zu löschen, so gibt es keine Garantie, dass auch alles tatsächlich weg ist.

Daher halten wir es als ÖAAB für unabdingbar, dass die Grundrechte, darunter das Recht auf Privatsphäre, bewahrt werden. Wir treten, auch im digitalen Raum, für das Recht auf Vergessen ein. Die Privatsphäre ist ein hohes Gut, unser Rechtsstaat soll auch im digitalen Raum und bei digitalen Nachrichtendiensten auf die Durchsetzung derselben Grundrechte [siehe Fernmeldegeheimnis] bestehen, wie dies im analogen Bereich existiert.

Die neuen Antworten für unsere Sicherheit

Sicherheit ist ein elementares Grundbedürfnis der Menschen: Ohne Sicherheit gibt es kein gesellschaftliches Leben, keine Wirtschaft und keinen Wohlstand. Denn Sicherheit berührt alle Lebensbereiche. Der Wunsch nach Sicherheit ist in unserer Gesellschaft stets gegenwärtig. Schließlich ist Sicherheit die Stütze unserer Freiheit. Es ist die zentrale Aufgabe des Staates, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu garantieren und über die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Recht und Ordnung sind die Alternative zu Willkür und Gewalt und damit Voraussetzung für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land ohne Angst leben können: ohne Angst um ihr Leben, ohne Angst um ihre Kinder, ohne Angst um Wohnung, Haus und Hof, ohne Angst um ihre Zukunft. Wir wollen die Einzelne und den Einzelnen, insbesondere die Schwachen in der Gesellschaft, genauso schützen wie die Privatsphäre, das Eigentum. Wir wollen ein Miteinander auf Basis des gegenseitigen Respekts.

Die in der Verfassung und im EU-Primärrecht verankerten Rechte und Pflichten bilden die Grundlage für ein gutes, sicheres Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen oder religiösen Prägungen. Sie gelten ausnahmslos für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Daher müssen sie etwa auch in der Familie, im Schulunterricht oder in Religionsgemeinschaften respektiert

werden. Dafür brauchen wir einen durchsetzungsstarken Rechtsstaat und eine Polizei, die auf den Straßen sichtbar ist und für Ordnung sorgt.

Der inneren Sicherheit kommt eine überragende Bedeutung zu. Österreich ist, Dank unserer Exekutive, eines der sichersten Länder der Welt, hier ist es möglich, in Freiheit und sozialem Frieden zu leben. Zu diesem Zweck bekennt sich der ÖAAB zu einer starken Exekutive zum Schutz der Grund- und Freiheitsrechte der Menschen, die in Österreich leben.

Zu beachten sind dabei vor allem Herausforderungen in den Bereichen Extremismus und Terrorismus, Daten- und Informationssicherheit, Cybersicherheit, Cyberkriminalität, Schutz kritischer Infrastrukturen, illegale Migration sowie international agierende Kriminalität und Korruption – Phänomene, die in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen haben. Dazu kommt die erhöhte Wahrscheinlichkeit von natürlichen oder vom Menschen verursachten Katastrophen.

Um die innere Sicherheit Österreichs auf dem derzeitigen hohen Niveau weiterhin gewährleisten zu können – und mit ihr das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung –, benötigen wir Polizistinnen und Polizisten, die mit den notwendigen Mitteln und Befugnissen ausgestattet sind, um Verbrechen jeglicher Art wirkungsvoll bekämpfen zu können. Hierfür braucht es einen notwendigen Ausbau der technischen Ermittlungsmöglichkeiten für die Si-

cherheitsbehörden. Die Polizei und auch die Justiz brauchen Instrumente, um dem Verbrechen und dem Terror stets einen Schritt voraus zu sein und die öffentliche Sicherheit schützen zu können.

Auf die in den kommenden Jahren anstehende Pensionierungswelle bei der Polizei müssen wir uns jetzt vorbereiten. Dafür müssen wir attraktive Rahmenbedingungen schaffen, die mehr junge Menschen dazu bringen, in den Polizeidienst einzutreten. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss im Polizeidienst verbessert werden.

Sicherheit ist Voraussetzung für Lebensqualität. Die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates und die Gewährleistung des Schutzes grundlegender Rechtsgüter hängen von den Rahmenbedingungen ab, die die Politik schafft.

Unsere Maßnahmen

- ▶ **Die Polizei braucht gute Arbeitsmittel, um gute Arbeit leisten zu können**
- ▶ **Verstärkte Kooperation zwischen Justiz und Exekutive ermöglichen**
- ▶ **Ausbau des Projekts „Gemeinsam.sicher“**
- ▶ **Einführung von verpflichtenden Anti-Gewalttrainings in der Schule**
- ▶ **Blackout-Vorträge in Schulen, Gemeinden und Betrieben und Ausbau der Strominfrastruktur**
- ▶ **Klare Regeln auf Europäischer Ebene in Fragen der Migration und Integration**

Die Polizei braucht gute Arbeitsmittel um gute Arbeit leisten zu können

Gerade im vergangenen Jahr wurden die vielfältigen und zahlreichen Aufgaben der Polizistinnen und Polizisten deutlich aufgezeigt. Um diese und weitere Aufgaben im Sinne der Bevölkerung erfüllen zu können, benötigt die Polizei daher weiterhin die personellen, infrastrukturellen, finanziellen aber auch die rechtlichen Rahmenbedingungen. Als ÖAAB sprechen wir uns dafür aus, dass die Polizei und die zuständigen Behörden für ihr immer breiter werdendes Aufgabenfeld (Stichwort Cyberkrimina-

lität) mit den notwendigen und adäquaten Mitteln ausgestattet werden.

Verstärkte Kooperation zwischen Justiz und Exekutive ermöglichen

Wir halten es als ÖAAB für notwendig, dass es im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung zu einer verstärkten Kooperation zwischen den Bereichen und Institutionen des Staates (Justiz, Exekutive) kommt, um die Sicherheit unserer Bevölkerung im ausreichenden Maß zu gewährleisten. Prävention und Bekämpfung der Kriminalität kann nur dann gelingen, wenn alle zuständigen Bereiche des Staates bestmöglich kooperieren und den Schutz der Bevölkerung, vor allem den Schutz von Frauen und Familien, Gewaltprävention und Rehabilitation von Straffälligen an die oberste Stelle setzen.

Ausbau des Projekts „Gemeinsam.sicher“

Sicherheit ist nicht nur eine Aufgabe des Staates, sondern aller Teile unserer Gesellschaft. Daher ist es für uns wesentlich, einen Austausch zwischen Polizei und Bevölkerung auf lokaler Ebene zu ermöglichen. Um aus Betroffenen Beteiligte zu machen, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen zu steigern und um Ängste abzubauen, sind Initiativen – wie „Gemeinsam.sicher“ – die einen solchen Austausch fördern, auszubauen. Damit wird nicht nur das positive Bild der Polizei in der Bevölkerung verstärkt, sondern alle Aspekte der Sicherheit werden durch rasche und schnelle Problemlösungen verbessert. Prävention, Sensibilisierung und Hilfe für die Menschen in unserem Land soll helfen, Vertrauen in die Polizei zu stärken und Kriminalität bereits von vorneherein zu minimieren.

Einführung von verpflichtenden Anti-Gewalttrainings in der Schule

Dass Gewalt nicht nur im häuslichen Bereich, sondern auch im schulischen zunimmt, kann man oftmals den Tageszeitungen entnehmen. Um bereits Kinder und Jugendliche an das Thema Gewalt im Alltag, zu Hause, in der Freizeit oder in der Schule heranzuführen, und ihnen klarzumachen, dass Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung in unserer Gesellschaft keinen Platz hat, setzen wir uns dafür ein, dass es künftig für 11-14-jährige verpflichtend zielgruppen-gerechte Anti-Gewalttrainings in der Schule geben soll, die von der Polizei in Zusammenarbeit mit Pädagoginnen und Pädagogen durchgeführt werden.

Blackout-Vorträge in Schulen, Gemeinden und Betrieben und Ausbau der Strominfrastruktur

Eine moderne Sicherheitspolitik muss auch Antworten auf die neuen Herausforderungen finden, die z.B. die Globalisierung mit sich bringt. Nicht alle Sicherheitsfragen können mit polizeilichen oder militärischen Mitteln gelöst werden. Dazu gehört beispielsweise die Sicherung der Energieversorgung. Das Thema des Blackouts ist in aller Munde. Glaubt man der Meinung von Expertinnen und Experten, ist ein Blackout einer der am wahrscheinlichsten eintretenden Katastrophenfälle. Für ein Blackout-Szenario braucht es vorbildliche Vorbereitung und das Vorliegen von Krisenplänen vom Staat, aber auch jede Einzelne und jeder Einzelne muss sich eigenverantwortlich auf diesen Katastrophenfall vorbereiten. Wir brauchen dafür eine aktive Bürgergesellschaft, die Verantwortung lebt. Information über das richtige Verhalten bei Blackouts und die Vorbereitung auf den Ernstfall soll in Schulen, Gemeinden und Betrieben durch entsprechende Vorträge, aber auch durch in einfacher Sprache aufbereitetes Informationsmaterial durchgeführt werden. Ebenso

ist der Ausbau der Strominfrastruktur in Österreich zu forcieren, damit die Entstehung eines Blackouts vermieden wird.

Klare Regeln auf europäischer Ebene in Fragen der Migration und Integration

Die österreichische Gesellschaft wird immer vielfältiger. Ein funktionierendes und sicheres Zusammenleben kann nur gelingen, wenn alle Teile der Gesellschaft sich dementsprechend einbringen und, wo notwendig, dazu auch in die Pflicht genommen werden. Daher fordern wir im Bereich Migration und Integration die zügige Einleitung von Verhandlungen eines neuen Vertrages der EU-Mitgliedsstaaten, um eine neue europäische Linie mit klaren Regeln und deren aktive Kommunikation innerhalb, wie auch außerhalb Europas sicherzustellen. Gerade aus unserem christlich-sozialen Menschenbild heraus braucht es hier eindeutige Regeln und klare, verständliche Vorgaben, die illegale Migration nicht zum Regelfall werden lassen, sondern diese bestmöglich unterbinden.

Die neuen Antworten für Österreichs Landesverteidigung

Die Republik Österreich als Teil der Europäischen Union ist ein wirtschaftlich starkes, lebenswertes und prosperierendes Land. Als Land im Herzen eines friedlichen Europas, umgeben von befreundeten Ländern und sozialem Frieden im Inneren, wurde Österreich gerne als „Insel der Seligen“ bezeichnet. Die Realität hat gezeigt, dass Krisen die Sicherheit Österreichs beeinträchtigen können – wie Terroranschläge, Pandemien oder Blackouts. Auch durch den Klimawandel bedingte Naturkatastrophen können trotz massiv gesteigerten Engagements für den Klimaschutz in den kommenden Jahren und Jahrzehnten immer häufiger auftreten und schwerer werden. Regionale Konflikte, welche konventionell oder mittels asymmetrischer Kriegsführung ausgetragen werden, können ebenso Auswirkungen auf die Sicherheit Österreichs haben. Dabei ist eine Destabilisierung der Gesellschaft durch Fake-News oder Angriffe auf Computersysteme und Netzwerke als Teil einer asymmetrischen Kriegsführung in Betracht zu ziehen, dessen Ziel Verunsicherung der Bevölkerung durch Beein-

trächtigung der Sicherheit ist. Das österreichische Bundesheer war in der Vergangenheit und wird auch in der Zukunft Garant für diese Sicherheit sein und bleiben.

Als ÖAAB sehen wir die militärische Landesverteidigung durch das österreichische Bundesheer als eine der wichtigsten Garantien zur Aufrechterhaltung der Souveränität der Republik Österreich und zum Schutze der Bevölkerung. Das Bedrohungspotenzial und die möglichen Bedrohungsszenarien unterliegen einem fortlaufenden Wandel. Als ÖAAB setzen wir uns deshalb für eine umfassende Landesverteidigung [militärisch, geistig, zivil und wirtschaftlich] ein, die in ein Konzept der umfassenden Sicherheitsvorsorge eingebettet ist.

Im Zentrum steht ein modernes, weiterentwickeltes, vielseitig einsetzbares österreichisches Bundesheer, dessen Kernaufgabe die militärische Landesverteidigung ist, und das den Herausforderungen der Gegenwart, aber auch den Bedrohungen der

Zukunft kompetent begegnet. Es ist nicht nur Garant für die Umsetzung der militärischen Landesverteidigung, verlässlicher Partner bei der Unterstützung der zivilen Behörden, sondern leistet auch Hilfe in Katastrophen; es ist ein moderner Dienstgeber in vielfältigen Berufszweigen.

Es schafft die Grundlage für die geistige Landesverteidigung, für ein starkes Bewusstsein sowohl dafür, warum militärische Landesverteidigung auch in der heutigen Zeit einen wichtigen Stellenwert haben muss, als auch dafür, was wir letztendlich damit verteidigen wollen: unsere Freiheit, unsere westlichen Werte und nicht zuletzt unsere Demokratie.

Deshalb bekennen wir uns als neutrales Land zum Österreichischen Bundesheer als Sicherheitsgarantie und zur umfassenden Landesverteidigung entsprechend der Österreichischen Bundesverfassung sowie zur allgemeinen Wehrpflicht gemäß dem Ergebnis der Volksbefragung vom 20. Jänner 2013.

Die Sicherstellung einer umfassenden Sicherheitsvorsorge und die in ihr eingebettete umfassende Landesverteidigung erfordern ein leistungsfähiges, hochtechnologisch ausgestattetes und damit vielseitig einsetzbares Bundesheer.

Deshalb muss sichergestellt sein, dass das Bundesheer ausreichend finanziell, personell und materiell ausgestattet ist, um weiterhin den Herausforderungen der Gegenwart, aber auch den Bedrohungen der Zukunft kompetent begegnen zu können. Es ist daher erforderlich, die Einsatzfähigkeit unseres Bundesheeres im In- und Ausland zielorientiert zu verbessern. Wesentlich ist, dass das aktuelle Mischsystem mit präsenten Soldaten, Grundwehrdienstern und Milizsoldaten gestärkt und ausgebaut wird.

Darüber hinaus sollen neben den bisherigen und zukünftigen militärischen Bedrohungsszenarien auch Schwerpunkte auf die Bereiche Krisen- und Katastrophenmanagement sowie neue Bedrohungsbilder wie etwa Cyberattacken gelegt werden. Darum gilt es, auch das staatliche Krisen- und Katastrophenmanagement auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten und dadurch eine Steigerung der Resilienz Österreichs zu gewährleisten.

Die Sicherheit und Versorgung der österreichischen Bevölkerung ist oberstes Ziel – und unser Bundesheer ist die Sicherheitsgarantie, auf die wir uns alle verlassen.

Unsere Maßnahmen

- ▶ **Zukunftsfähige Struktur für ein zukunftsfähiges Bundesheer**
- ▶ **Ausbau von Kasernen zu autonomen Einheiten für den Ernstfall**
- ▶ **Stellungsstraßen als große Gesundheits-Checks ausbauen**
- ▶ **Attraktivierung des Dienstes beim Österreichischen Bundesheer**
- ▶ **Attraktivierung des Grundwehrdienstes**
- ▶ **Stärkung und Ausbau des Milizsystems**

Zukunftsfähige Struktur für ein zukunftsfähiges Bundesheer

Der ÖAAB spricht sich für die umfassende Landesverteidigung aus. Dies bezieht auch die Forderung ein, das Österreichische Bundesheer mit allen notwendigen adäquaten personellen und materiellen Ressourcen für die militärische Landesverteidigung auszustatten und damit sicherzustellen, dass die verfassungsmäßigen Aufgaben des Bundesheeres in ausreichendem Maße erfüllt und anstehende Bedrohungsszenarien bewältigt werden können.

Ausbau von Kasernen zu autonomen Einheiten für den Ernstfall

Der ÖAAB sieht das Bundesheer als Rückgrat der Sicherheitsvorsorge und wichtigen Kooperationspartner für Bevölkerung und andere Institutionen des Staates. Der Ausbau unserer Kasernen als autonome Einheiten und Rückhalt im Katastrophenfall für alle beteiligten Behörden im Sinne des Schutz- und Hilfezonen-Modells ist zu forcieren.

Stellungsstraßen als große Gesundheits-Checks ausbauen

Als männlicher österreichischer Staatsbürger ist man ab dem 17. Lebensjahr stellungspflichtig und wird vom Österreichischen Bundesheer zur Stellung geladen. Dort absolviert man an zwei Tagen

psychologische Tests und Gesundheits-Checks zur Überprüfung der körperlichen sowie geistigen Eignung. Das Überprüfungsergebnis ist maßgeblich für die Art der Verwendung während des sechsmonatigen Grundwehrdienstes. Dieser Gesundheits-Check soll derart ausgebaut und modernisiert werden, dass er als große Gesundheits-Untersuchung der männlichen Bevölkerung einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitspolitik leisten kann und den jungen Männern frühzeitig einen klaren Gesundheitsstatus aufzeigt.

Attraktivierung des Dienstes beim Österreichischen Bundesheer

Als ÖAAB bekennen wir uns zum Arbeitgeber „Bundesheer“ und seinen Bediensteten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Für uns sind zeitgemäße und adäquate Arbeitsbedingungen beim Österreichischen Bundesheer wesentlich. Dies umfasst eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine Attraktivierung des Grundwehrdienstes, Ausbau der Miliz und Positionierung und Stärkung des Österreichischen Bundesheeres als Hoch-Technologie-Unternehmen mit attraktiven Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Attraktivierung des Grundwehrdienstes

Der Grundwehrdienst ist – genauso wie der Zivildienst – ein Dienst am Heimatland. Er ist ein wesentlicher Faktor für die Integration junger Migranten und schafft eine klare Identifikation mit Österreich. Daher ist es wesentlich, dass die jungen Männer aus ihrer Zeit im Dienst für die Heimat Österreich einen Nutzen ziehen. Gerade eine bessere Bezahlung und mehr Angebote zur individuellen Ausbildung machen den Grundwehrdienst attraktiver, und schaffen einen Mehrwert für die Zeit nach dem Dienst an der Allgemeinheit.

Stärkung und Ausbau des Milizsystems

Das Österreichische Bundesheer hat eine Vielzahl an Aufgaben zu bewältigen. Neben der Landesverteidigung, dem Katastrophenschutz und dem Grenzeinsatz sind auch Einsätze im europäischen und internationalen Ausland durchzuführen. Mit der ersten Teilmobilmachung in der Geschichte der Zweiten Republik haben das Österreichische Bundesheer und die Miliz bei der Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie ihren Stellenwert als unverzichtbarer Bestandteil der Österrei-

chischen Sicherheitsstruktur bewiesen. Um diese Aufgaben auch weiterhin zu erfüllen, ist es notwendig, das bereits gut funktionierende Milizsystem weiter zu stärken und auch auszubauen.



Die neuen Antworten für Regionen und Nationen.

Das Herz Europas schlägt in
Österreich.



IX. Die neuen Antworten für Regionen und Nationen.

Das Herz Europas schlägt in Österreich.

Die Europäische Union ist eine einmalige Erfolgsgeschichte, die den Mitgliedsstaaten die bisher längste Friedensperiode in der europäischen Geschichte ermöglicht hat. Sie hat auch dafür gesorgt, dass die Bürgerinnen und Bürger in Wohlstand leben können. Europa ist aber nicht nur ein Kontinent mit viel Vergangenheit, sondern hat auch großes Potenzial für die Zukunft. Das spüren wir jeden Tag. Europa bietet die Chance für Österreich gemeinsam die Herausforderungen der Gegenwart, aber auch der Zukunft besser meistern zu können. Klar ist für uns auch: Die Europäische Union muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt.

In Sicherheit und in Freiheit zu leben, ist ein zentrales Bedürfnis der Menschen. Sicherheit, Frieden und Freiheit bedeuten Lebensqualität und müssen ständig aufs Neue erarbeitet werden. In einem geeinten Europa können diese Herausforderungen gemeinsam bewältigt werden. Es braucht eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, um die Erfolgsgeschichte des Friedensprojekts Europäische Union weiterschreiben zu können.

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, deren Wurzeln in den Errungenschaften der Aufklärung, im christlichen Menschenbild und in den humanistischen Traditionen liegen. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Toleranz sind die Grundpfeiler der Europäischen Union. Diese gilt es zu schützen und zu erhalten.

Dort, wo es ein gemeinsames europäisches Vorgehen braucht, soll die Europäische Union gestärkt werden. Hingegen sollen dort, wo kein Mehrwert durch europäische Regelungen gegeben ist, Gemeinden, Landtage und nationale Parlamente weiterhin voll ihre Verantwortung wahrnehmen. So verstehen wir gelebte Subsidiarität in Europa. Wir sagen ganz klar: Vorrang für die kleinen Einheiten.

Österreich ist seit über 25 Jahren Mitglied in der Europäischen Union und seit unserem Beitritt profitieren wir von Zusammenhalt und Gemeinschaftsgedanken. Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, dass dieser Zusammenhalt essentiell ist. Kein Land kann für sich allein globale Krisen meistern. Wir brauchen einen europäischen Schulterschluss, um die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in ganz Europa wieder in Schwung zu bringen. Zwei Drittel unseres Wohlstands sind von Exporten abhängig – 80 Prozent davon innerhalb Europas. Die Jobs der Zukunft werden von der Politik der Europäischen Union geprägt. Da gibt es Chancen, aber auch Risiken, vor denen wir unsere heimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen müssen.

Wir brauchen die Europäische Union, um auf die großen Herausforderungen der Gegenwart, wie dem Klimawandel, der Migrationskrise oder der Digitalisierung, eine effektive Antwort geben zu können. Verglichen mit der Zeit von Robert Schuman geht es also heute um einen Paradigmenwechsel von der „Binnenorientierung“ zur „Weltorientierung“. Anstatt uns auf die „Schaffung einer immer engeren Union“ nach innen zu beschränken, müssen wir in Anbetracht neuer geopolitischer Herausforderungen den Schwerpunkt auf die Schaffung einer handlungsfähigen Union nach außen legen. Eine Europäische Union, die in der Lage ist, auf die großen Fragen unserer Zeit gemeinsame Antworten zu geben.

Unsere Maßnahmen:

- ▶ **Eine Europäische Union, die krisenfester ist**
- ▶ **Eine Europäische Union, die Arbeitsplätze schafft und soziale Mindeststandards garantiert**
- ▶ **Eine Europäische Union, die den Klimawandel gemeinsam mit den globalen Partnern effektiv bekämpft**
- ▶ **Eine Europäische Union, die Europa in die Gemeinden bringt**
- ▶ **Eine Europäische Union, die nach außen mit einer Stimme spricht**
- ▶ **Eine Europäische Union, die schützt**
- ▶ **Eine Europäische Union, die sich für umfassende internationale Handelsabkommen einsetzt und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Europa absichert**
- ▶ **Eine Europäische Union, die durch gemeinsame Werte integriert**

Eine Europäische Union, die krisenfester ist

Die Corona-Pandemie hat die europäischen Gesundheitssysteme vor enorme Herausforderungen gestellt. Dabei haben wir gesehen, wie wichtig Kooperation und grenzüberschreitende Zusammenarbeit für unsere Gesundheitssysteme sind.

Der Forschungsstandort und die Selbstversorgungssicherheit Europas müssen gestärkt werden, um flexibler und autarker auf globale Herausforderungen und Krisen reagieren zu können. Es bedarf daher entsprechender Investitionen in Forschungs- und Entwicklungsprogramme, um den Standort Europa weiter auszubauen und so Arbeitsplätze zu sichern und gleichzeitig neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen zu können.

Ein mögliches Entwicklungsfeld können dabei grenzüberschreitende Gesundheitskooperationen sein. Patientinnen und Patienten in Grenzregionen profitieren davon, wenn in der Gesundheitsversorgung über Grenzen hinweg gedacht wird. Allerdings ist der Zugang und die Nutzung von Gesundheitsangeboten bei Frauen und Männern oft unterschiedlich. Hier wären mehr von der EU unterstützte Empfehlungen und Förderschwerpunk-

te wünschenswert, zumal z.B. das Thema Frauengesundheit (besonders Vorsorgeuntersuchungen, Diabetes Typ II bei Frauen etc.) in den Mitgliedsstaaten unterschiedlich hohen Stellenwert hat. Hier kann die EU mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit viel bewegen.

In Europa verlieren jährlich 1,3 Millionen Menschen den Kampf gegen Krebs, trotz Großteils bester medizinischer Versorgung. Die Europäische Union hat heuer im Februar einen umfassenden Plan vorgelegt und sagt damit dem Krebs den Kampf an. Die Strategie beruht auf vier Säulen: Prävention, frühzeitige und zuverlässige Diagnose, Behandlung und die viel zu oft vernachlässigte Nachsorge.

Zusätzlich läuft seit Jahresbeginn mit „Horizon Europe“ das neue, mit 95,5 Milliarden Euro ausgestattete, EU-Forschungsrahmenprogramm. Neben Klima- und Umweltschutz ist die Bekämpfung von Krebs ein wesentlicher Bestandteil des Forschungsprogramms. Das Ziel auf europäischer Ebene ist es, alle Ressourcen in der Wissenschaft und im Gesundheitswesen zu bündeln, um damit bis zum Jahr 2030 insgesamt drei Millionen Menschenleben zusätzlich zu retten.

Die Lehren aus der Krise zu ziehen, bedeutet auch, die notwendigen institutionellen Änderungen vorzunehmen, um in Zukunft rasch und effektiv Maßnahmen treffen zu können. Wir setzen uns dafür ein, die Resilienz der Europäischen Union zu stärken. Eine Verschiebung von Kompetenzen ist dafür nicht notwendig.

Eine Europäische Union, die Arbeitsplätze schafft und soziale Mindeststandards garantiert

Der Standort Europa muss weiterhin attraktiv sein und den Anspruch haben, die besten Standards zu setzen, um Arbeitsplätze und soziale Absicherung für uns alle sicherzustellen. Dazu fordern wir europäische Mindeststandards bei den Regeln (z.B. Arbeitszeit), die dabei helfen, unfairen Wettbewerb zu verhindern, sowie Lohn- und Sozialdumping zu bekämpfen. Damit schützen wir die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Europa.

Die Europäische Union bemüht sich auch seit vielen Jahren, Gender Budgeting als deklariertes europäisches Ziel im EU-Haushaltsverfahren anzuwenden und die steigende Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zu verringern. Studien haben gezeigt, dass sich geschlechtergerechtes Haushalten für

Städte und Gemeinden rechnet. Daher müssen wir auch im Rahmen von EU-Regionalförderprogrammen auf mehr Geschlechtergerechtigkeit achten, ohne dadurch bürokratischen Mehraufwand, zu erzeugen. Langfristig gesehen muss dezidiert festgehalten werden, welches Geschlecht direkt von Geldmitteln profitiert und wem diese indirekt nutzen. Diese Informationen müssen transparent zugänglich gemacht werden.

Eine Europäische Union, die den Klimawandel gemeinsam mit den globalen Partnern effektiv bekämpft

Wir fordern, dass Förderungen für Klimaschutzprojekte in den Regionen leichter zugänglich gemacht werden. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollten ihre Ressourcen bündeln und gemeinsam EU-weite Programme zur Förderung von verschiedenen Ökotechnologien vorantreiben. Dazu sind eine verstärkte Bewusstseinsbildung und ein weniger bürokratischer Zugang notwendig. Bereits lange bestehende Fördermöglichkeiten für Umwelt- und Klimaschutzprojekte sind immer noch zu wenig bekannt. Auch überdurchschnittlich politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger und engagierte Gemeindefraktarinnen und -mandatäre gerade kleinerer Gemeinden wissen trotz regionaler Anlaufstellen zu wenig über die Förderprogramme. Förderansuchen sind nach wie vor mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden, haben lange Vorlaufzeiten und das Prozedere wird als nicht bürgerfreundlich wahrgenommen. Dies muss sich durch bessere Kommunikation und Informationskampagnen ändern, denn längerfristig können auch durch solche EU-Förderprogramme bestehende Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden. Die Europäische Union hat darüber hinaus in ihrer globalen Vorbildrolle die Verantwortung, die Klimakrise nachhaltig zu bekämpfen und dabei den Ton in der Welt anzugeben. Wir müssen den schrittweisen Umstieg zu einer klimafreundlichen Wirtschaft - unter Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit - und zu einer klimabewussten Gesellschaft ermöglichen.

Eine Europäische Union, die Europa in die Gemeinden bringt

Parlamente sind Angelpunkt der Demokratie - das Europäische Parlament als einzig direkt gewählte EU-Institution verdeutlicht diesen Anspruch auf europäischer Ebene. Das Europäische Parlament stärkt auch die Regionen und damit die Subsidiarität, weil die österreichischen Abgeordneten in ihren Regionen stark verwurzelt sind. Gerade ein föderales und dezentralisiertes Land wie Österreich muss die Vertretung der Regionen stärken. Auch die Sprachenvielfalt im Europäischen Parlament ist Sinnbild der Vielfalt in Europa - die wir als Vertreterinnen und Vertreter österreichischer Regionen und Gemeinden unbedingt erhalten wollen.

Die Gemeinde ist jene politische Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten ist. Daher muss diese Ebene auch im europäischen Prozess gestärkt werden - die EU-Gemeinderäte-Initiative Österreichs ist einzigartig in der gesamten Union. Als „Botschafter Europas“ sind die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte kommunale Schnittstelle nach Europa und „Übersetzer“ europäischer Informationen in den Gemeinden. Bei EU-Projekten muss der Nutzen für jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger noch stärker hervorgehoben und kommuniziert werden. Denn genau diese Kommunikation muss verbessert werden, um die Akzeptanz der Europäischen Union zu erhöhen und die gemeinsame europäische Identität zu stärken. Europa wird vor allem dann als sehr weit entfernt wahrgenommen, wenn die Themen nicht vor Ort ankommen, weil zu wenig darüber bekannt ist. Das, was wir zu Hause besser entscheiden können, darf uns nicht aus Brüssel aufgezwungen werden. Für uns ist ganz klar, dass der Vorrang für die kleinen Einheiten und damit volle Unterstützung für unsere Gemeinden entscheidend ist. Wir bringen Europa in die Gemeinden.

Eine Europäische Union, die nach außen mit einer Stimme spricht

Viele Mitgliedsstaaten gehen lieber ihren eigenen außen- und sicherheitspolitischen Weg, anstatt auf gemeinsame EU-Außenpolitik zu setzen. Immer wieder mangelt es aufgrund von Differenzen an einer gemeinsamen Haltung. Dabei ist ein gemeinsames Auftreten wichtig. Die EU könnte damit ein starkes Zeichen für ihre Weltpolitikfähigkeit setzen. Die Einigkeit unter den Mitgliedsstaaten strahlt bis in

die Regionen und Gemeinden. Das ist kein Widerspruch zur Subsidiarität, denn der Grundsatz der Subsidiarität gehört zum Kern des Selbstverständnisses der EU. Die Verwirklichung dieses Grundsatzes kräftigt sowohl den Binnenmarkt als auch die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Zentralistischen Tendenzen ist genauso vorzubeugen wie Bruchlinien zwischen Mitgliedsstaaten in Bereichen, in denen die EU geopolitisch geschlossen auftreten oder die Freiheiten der Unionsbürgerinnen und -bürger verteidigen muss. Nur wenn Europa mit einer Stimme spricht, wird eine gemeinsame Außenpolitik, mit der wir uns weiterhin für europäische Werte und Interessen in der Welt einsetzen, auch wahrgenommen werden.

Eine Europäische Union, die schützt

Im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik können die Gefahren in der analogen und digitalen Welt (etwa Desinformation oder Wahlbeeinflussung) auf europäischer Ebene effektiv gemeinsam bekämpft werden. Hier braucht es einen effizienten und menschenrechtskonformen Außengrenzschutz der Europäischen Union. Dabei geht es um die Stärkung der strategischen Autonomie und um ein souveränes Europa, das selbstständig für die Sicherheit seiner Grenzen und Bürger sorgen kann. Es geht um gemeinsame Antworten auf militärische sowie hybride (Terrorismus, Cyberattacken und Desinformation) Bedrohungen.

Eine Europäische Union, die sich für umfassende internationale Handelsabkommen einsetzt und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Europa absichert

Europa ist als industriestarker Kontinent noch immer stark abhängig von Energieimporten aus Drittstaaten, beispielsweise bei Gas und Öl. Nicht alle diese Staaten sind Rechtsstaaten und Marktwirtschaften, und auch wenn diese auf die Einnahmen durch Europas Käufe angewiesen sind, besteht immer ein gewisses Risiko, dass Energie als Druckmittel verwendet wird (z.B.: das Drosseln der Gaszufuhr im Winter). Energiepolitik muss daher auch immer als Geopolitik und damit auch als Sicherheitspolitik gesehen werden. Handelsverträge müssen durchsetzbare Standards für soziale Rechte, öffentliche Dienstleistungen, Umwelt- und Klimaschutz beinhalten und Klauseln gegen Ausbeutung, Abholzung

der Wälder, Sozialdumping und Bodenspekulation vorsehen.

Eine Europäische Union, die durch gemeinsame Werte integriert

Das europäische Territorium umfasst mehr als das Gebiet der heutigen EU-Mitgliedsstaaten. Die enge Zusammenarbeit über die Grenzen der EU hinaus ist im Interesse der Europäerinnen und Europäer. Die Westbalkan-Region zeichnen unter anderem ein niedriges Durchschnittsalter und großes Interesse junger Menschen an IT-Entwicklungen, besonders im Software Engineering und entsprechenden Anwendungen aus. Zur Stärkung der strategischen Autonomie Europas und der Wohlstandschancen der Menschen am Westbalkan müssen sich Investitions- und Innovationsschwerpunkte im IT-Sektor stark Richtung Westbalkan orientieren. Das Erfolgsprogramm der Innovationsförderung aus dem Europäischen Verteidigungsfonds sollte auf Drittstaaten ausgeweitet werden. Es ist ganz klar: Die sechs Westbalkanstaaten sind europäisch – aus geografischer, geschichtlicher und kultureller Sicht. Die Menschen in diesen Ländern sollen der Europäischen Union angehören. Nur dadurch können wir sicherstellen, dass Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit wirkungsvoll verankert werden und durch Reformen in den Ländern den Beitritt zur Europäischen Union ermöglichen. Wir werden die Westbalkan-Staaten auf ihrem europäischen Weg, aber auch bei der Lösung offener bilateraler Fragen, weiterhin aktiv unterstützen. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit der EU und eine Frage der Sicherheit für die EU.

August Wöginger ÖAAB-Bundesobmann

In den vergangenen Jahren haben sich die Arbeitswelt und unsere Gesellschaft erheblich verändert, nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat dies deutlich gezeigt. Daher ist es auch für uns als ÖAAB wesentlich, diesen Veränderungen Rechnung zu tragen. Der Anspruch des ÖAAB ist es immer gewesen, eine moderne und zukunftsorientierte Vertretung für die arbeitenden Menschen zu sein. Genau dieses Ziel werden wir auch weiterhin verfolgen.

Gemeinsam mit meinem Team will ich die Zukunft gestalten, aber dabei die Werte und Strukturen des ÖAAB bewahren. Der ÖAAB lebt Traditionen, ist aber gleichzeitig stets der Motor der Modernisierung in unserem Land.

Deshalb haben wir gemeinsam mit Expertinnen und Experten, Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern aus den Gemeinden und Ländern, Funktionärinnen und Funktionären aus der Arbeiterkammer, der Landarbeiterkammer, dem Öffentlichen Dienst und der Fraktion Christlicher Gewerkschafter und vielen Interessierten ein zukunftsweisendes Programm für den ÖAAB erstellt. Wir haben gemeinsam über den Tellerrand geblickt und neben arbeitspolitischen auch sozial- und gesellschaftspolitische Themenbereiche behandelt. Unser Motto dabei: Veränderungen leben. Werte erhalten!

Mein Dank gilt all jenen Menschen, die den Geist unserer Bewegung weitertragen und aus Über-



Karl Nehammer
Sicherheit



Barbara Riener
Frauen



**Christiane
Teschl-Hofmeister**
Bildung

zeugung für unsere gemeinsame Sache, für Österreich und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land aktiv sind und die an der Entstehung dieses Programmes mitgewirkt haben.

Klar ist: Der ÖAAB hat die richtigen Antworten auf die aktuellen Fragen der Zeit. Bei allem, was wir tun, haben wir die künftigen Generationen im Blick. Dieses Programm enthält keine kurzfristigen Forderungen, sondern wegweisende Ansätze für die Zukunft. Für uns ist Nachhaltigkeit nicht nur ein Schlagwort, wir leben sie. Wir wollen nachhaltige Arbeitnehmerpolitik machen, die die Bedürfnisse der künftigen Generationen im Auge behält. Jede

Generation soll der nächsten ein besseres Österreich hinterlassen.

Dafür werden wir weiterhin unser Bestes geben! Denn wir sind die DNA der Volkspartei!



August Wöginger
Bundesobmann



Christine Haberlander
Gesundheit & Pflege



Dominik Mainusch
Ländlicher Raum



Karoline Edtstadler
Europa

Impressum:

Herausgeber: ÖAAB-Bundesleitung, Lichtenfelsgasse 7, A-1010 Wien
+43 1 40141 590, office@oeaab.com, www.oeaab.com

Redaktion: Mag. Nikola König-Weixelbraun

Layout: Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz

Fotos: Stock.adobe.com

Herstellung: WOGRANDL DRUCK GmbH, Druckweg 1, 7210 Mattersburg, Österreich

Frühere Beschlüsse des ÖAAB werden, sofern sie diesem Programm nicht widersprechen, durch die Verabschiedung dieses Arbeitsprogrammes nicht aufgehoben, sondern ergänzt.

Wir haben uns bemüht, geschlechtsneutrale Formulierungen in unserem Programm zu verwenden. An einigen wenigen Stellen haben wir aus Gründen der leichteren Lesbarkeit darauf verzichtet und bei Personenbezeichnungen die männliche Form gewählt. Selbstverständlich beziehen sich die Angaben in gleicher Weise auf alle Geschlechter.

Trotz sorgfältiger Prüfung sind Fehler nicht ausgeschlossen und es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.

